Nr. 267 23. Dezember 1993

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

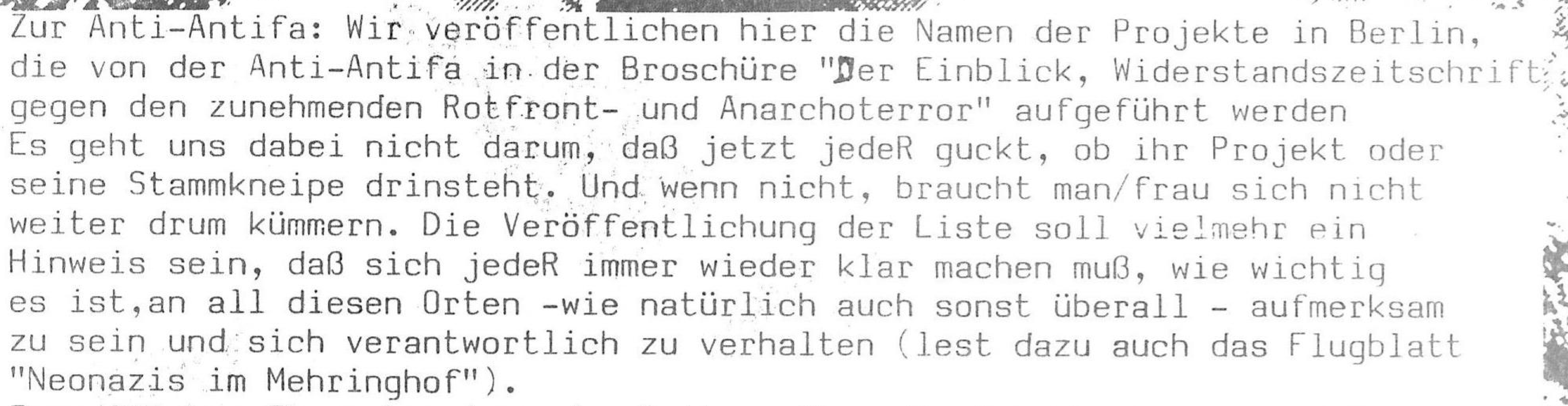
2[50] DM

Inhalt

diesmal S. 35

Impressum

auch S. 35



Vorwort

Zur Anti-Antifa: Wir veröffentlichen hier die Namen der Projekte in Berlin, die von der Anti-Antifa in der Broschüre "Der Einblick, Widerstandszeitschrift gegen den zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror" aufgeführt werden
Es geht uns dabei nicht darum, daß jetzt jedeR guckt, ob ihr Projekt oder seine Stammkneipe drinsteht. Und wenn nicht, braucht man/frau sich nicht weiter drum kümmern. Die Veröffentlichung der Liste soll vielmehr ein Hinweis sein, daß sich jedeR immer wieder klar machen muß, wie wichtig es ist,an all diesen Orten -wie natürlich auch sonst überall - aufmerksam zu sein und sich verantwortlich zu verhalten (lest dazu auch das Flugblatt "Neonazis im Mehringhof").
Zum gleichen Themenkomplex: der Beitrag über die Briefbombenentschärfung.
Zur interim-Sondernummer "Bezieherliste der faschistischen Zeitschrift Junge Freiheit"haben wir eine Gegendarstellung erhalten: Frau B. Muschiol ist keine Bezieherin und sie wehrt sich gegen die implizite Unterstellung, Faschistin zu sein. Aus diesem Anlaß sagen wir es hier nocheinmal: mit Sicherheit sind einige der dort aufgeführten Personen kein FaschistInnen, viele der Adressen werden nicht mehr aktuell sein usw.. Geht also vorsichtig und verantwortlich mit der Liste um!
Wenn ihr uns Zeitungsausschnitte schickt, bitte immer mit Angabe aus welcher Zeitung sie sind und warum ihr sie uns schickt. Wir wollen hier keinen Pressespiegel rausgeben; Ausschnitte sollen nur Ergänzung anderer Beiträge sein.
Liebe Leute im Dunstkreis! Wir haben eure Kritik zum Nichtabdruck des Papiers zu Dev Sol erhalten. Wir sehen das mit der Schokolade ein. Aber .. aber .. aber, wir finden das Papier nicht mehr ...! Schickt es bitte noch mal zu.

Die nächste Nummer gibt es erst wieder Anfang Januar.
Für die Zeit bis dahin empfehlen wir euch Pellkartoffeln und Filme am 24. im KOB und die Knastdemo am 31. Manchmal gibt es Heiligabend auch eine Party im Ex ... und dieses Jahr?

See you at the barricades in 1994 !



"Einblick-Liste" der Anti-Antifa bzgl. berl. Projekte etc.:

Mehringhof samt der dort ansäßigen Projekte, Jugendantifa im Drugstore, Papiertiger, El Locco, Fabrik, ASTA FU, Aktives Museum Faschismus und WIderstand, Antifaschistische Fußball-Fan Initiative, Galerie Olga Benario, VVN, A-Laden, M 99, Omega, Infoladen Daneben, Infoladen Bandito Rosso, BAOBAB, Umweltbibliothek, Eine-Welt-Laden, SOS-Rassismus, PREMA Presseagentur, ID-Archiv, ASTA-TFH-Wedding, Trotzkistische Liga.

Briefbomben - wie mensch sie erkennt und mit ihnen umgehen sollte

Aus Schweden erreichte uns ein Brief mit Tips, wie man eventuelle Briefbomben entdecken kann und mit ihnen umgehen sollte.

In den letzten 10 Jahren wurden in Schweden ca. 25-30 Fälle von Briefbomben bekannt, die meisten davon ereigneten sich in den letzten 5 Jahren. Mindestens 10 Fälle lassen mit aller Sicherheit auf politische Hintergründe schließen. Neonazis verschickten Briefbomben, die in den meisten Fällen amateurhaft konstruiert waren, an Menschen aus dem antirassistischen Spektrum. Das Ziel war damals eher Einschüchterung, als die beabsichtigte Tötung oder Verletzung des Empfängers und der Bombenanschlag meist eingebettet in eine längere Psychoterror-Kampagne.
Diese Briefbomben bestanden aus Schwarzpulver (Schießpulver), wurden per Post verschickt und sollten beim Öffnen detonieren.
In den meisten Fällen sind diese Bomben nicht explodiert, in anderen Fällen kam es zu keinen Verletzungen. Briefbomben auf Schwarzpulver-Basis sind meist nicht tödlich, können aber schwere Brände verursachen oder das Augenlicht kosten.
In einem Fall wurde die Bombe in einem wattierten Umschlag verschickt, der Absender sah aus wie von einer schwedischen antirassistischen Organisation.

Wie erkennst Du eine Briefbombe in Deiner Post?

Eine gut hergerichtete Bombe kannst Du nicht im auf Anhieb erkennen.
Der Brief kann so aussehen, als käme er von einem Freund, von einer gutbekannten Person oder von einem Buchversand, von dem Du normalerweise Post erhältst.

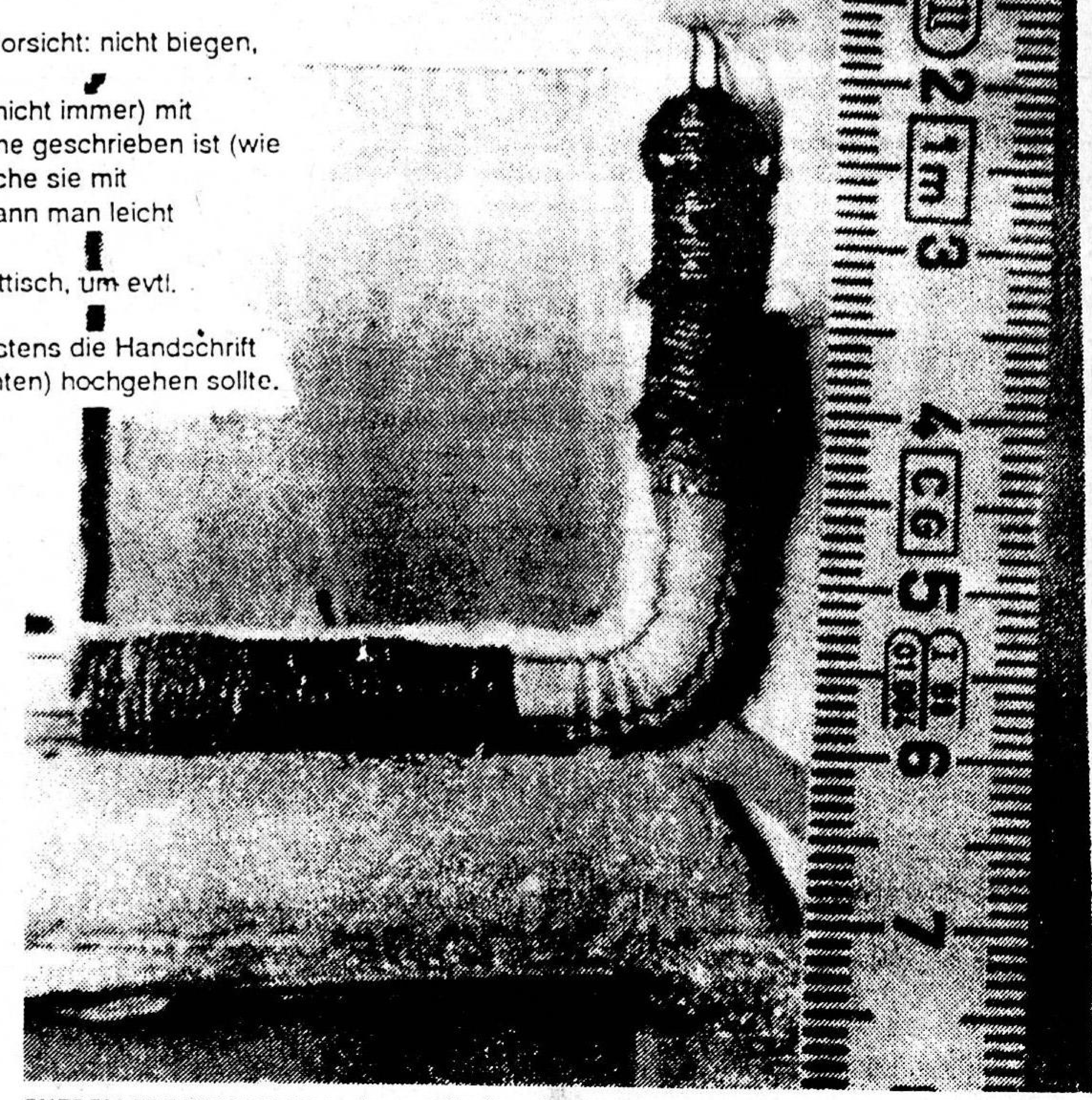
Es ist schwierig starre Regeln aufzustellen, wie Du Bomben in Deiner Post erkennen kannst.
Folgende Ratschläge solltest Du unbedingt befolgen:

- Sei mißtrauisch. Öffne nie - und ich meine NIEMALS - unverlangte Post ohne entsprechende Vorsichtsmaßnahmen.
- Ein Sicherheitsexperte in Sachen Bomben meinte, es wäre wichtig einen siebten Sinn zu entwickeln. Da Du nicht weißt, welcher Brief eine Bombe enthalten kann, mußt Du jeden Brief als potentielle Gefahr behandeln.
- Du mußt bestimmte Reaktionen entwickeln.
  Es kann sein, daß Du auf einen bestimmten Brief reagierst und Du weißt nicht warum.
  Vielleicht ist es die Rechtschreibung auf dem Umschlag, vielleicht weil er so anonym aussieht, vielleicht weil Du die Handschrift eines Freundes nicht erkennst. Vielleicht auch, weil zwar "Büchersendung" draufsteht, Du aber das Gefühl hast es ist zu leicht oder zu schwer um Bücher zu enthalten.
- IMMER, ich betone IMMER, wenn Du ein komisches Gefühl hast, mußt Du dementsprechend **HANDELN.**
  Zögere NIEMALS, sei nicht unschlüssig, versuche nicht, Dich selbst zu überreden, Du würdest Dir nur was einbilden. Gehe immer davon aus, daß es eine scharfe Bombe ist.

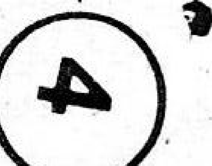
WIEN, 8. Dezember „Wir wehren uns" und „Ernst Rüdiger Graf Starhemberg" stand in jedem der Briefe zu lesen, die, gefüllt mit Trinkhalmen voll Nitroglyzerin, Zündsatz und flachen Batterien seit knapp einer Woche verschickt wurden.

- Folgende Dinge kannst Du kontrollieren:
  a) Eine Briefbombe kann alles sein von 25 Gramm aufwärts. Wie auch immer, alles was weniger als 50 Gramm wiegt, ist normalerweise nicht tödlich.
  b) Bei allem, was mehr als ca. 100 Gramm wiegt - verlaßt den Raum.
  c) Kontrolliere ob sich etwas Hartes, Starres in dem Umschlag befindet, aber Vorsicht: nicht biegen, nicht drücken, nur fühlen!
  d) Kontrolliere die Adresse. Briefbomben-Absender schreiben normalerweise (nicht immer) mit neutraler, nicht identifizierbarer Handschrift. Wenn die Adresse mit der Maschine geschrieben ist (wie Briefdrucksachen, Büchersendungen verschiedenster Organisationen), vergleiche sie mit Schriftproben früherer Sendungen (aber verlasse Dich nicht darauf, Stempel kann man leicht nachmachen).
  e) Wenn der Brief wattiert oder sonstwie verstärkt ist, lege ihn auf einen Leuchttisch, um evtl. Konturen des Inhalts erkennen zu können.
  f) Mache immer eine Fotokopie des verdächtigen Briefes. So kannst Du wenigstens die Handschrift des Absenders retten, wenn das Ding (in einem abgesicherten Raum, siehe unten) hochgehen sollte.

Dem oder den österreichischen Tätern wird zumindest hohes handwerkliches Geschick attestiert. Raffiniert sei die Machart der Höllenmaschinen. Die Verpackung des selbst hergestellten Nitroglyzerins, die Montage zu nur knapp einen Zentimeter dünnen Sprengkörpern, die alles Schütteln und Drücken am Postweg aushalten und dann durch Zerreißen eines Drahtes verläßlich explodieren, dies alles verlange hohes Geschick. Doch, so der Nachsatz, entsprechende Bauanleitungen kursieren gerade im rechtsradikalen Milieu international seit Jahren.



EXTREM PROFESSIONELL gingen die Bombenbauer ans Werk. Hier der stark vergrößert Inhalt eines der zehn Briefe.



- Amateurbomben können nicht so flach sein wie eine Zeitung oder ein paar Blatt Papier. Ausnahmen wie in Österreich bestätigen die Regel, das waren Profis. Ein Profi hingegen kann Plastiksprengstoff so formen, daß er aussieht wie ein dünnes Blatt, aber dann muß er immer noch den Zünder, Drähte, Batterie und was auch immer, so in dem Umschlag verstecken, daß es nicht auffällt.
- Darum: Die meisten Briefbomben müssen irgendwie unförmig aussehen und wiegen normalerweise nicht weniger als 25 Gramm.

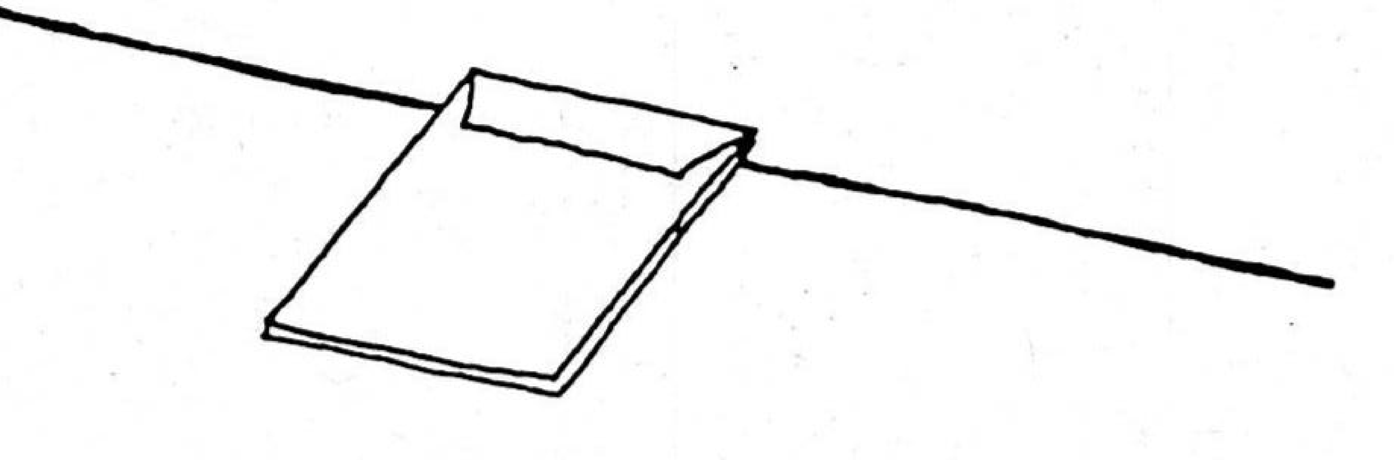
Im Falle der österreichischen Briefbomben war es ein "normaler" weißer DIN C 6-Briefumschlag, in dem (angeblich, lt. Tagesschau) Nitroglyzerin, eine Knopfzelle (Fotobatterie) u.a. enthalten war. Er wog 50-100 Gramm und war ca. 5-10 mm dick. Er sah aus wie ein Brief mit mehr als 4 DIN A4-Seiten darin.

Was ist zu tun, wenn Du einen verdächtigen Brief erhältst?

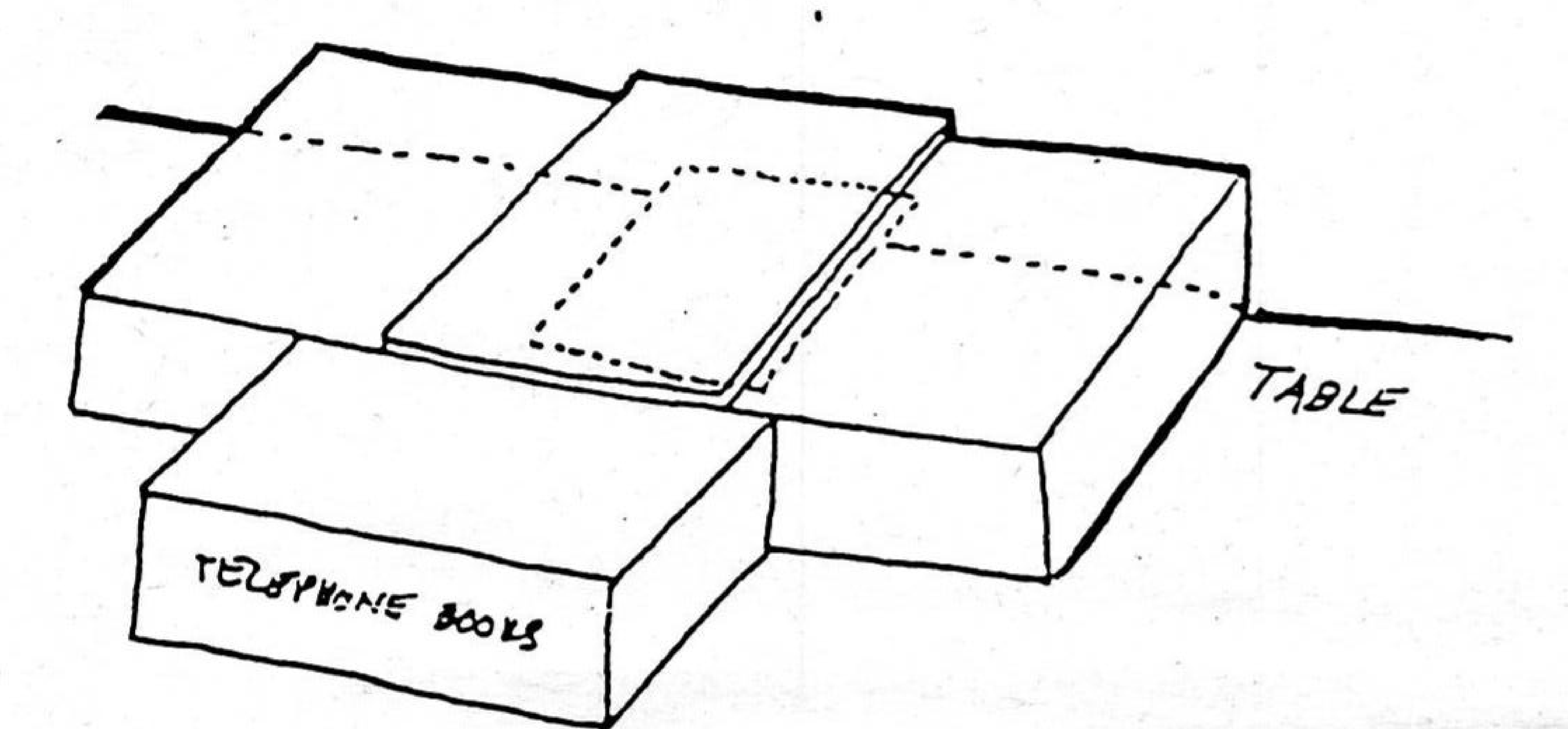
- Diejenigen, die das wollen, sollen die Polizei rufen: Sie hat Erfahrung im Umgang mit diesem Dreck. Außerdem ist es ihr Job. Wenn Du es nicht willst, dann versuche auch nicht einen verdächtigen Brief zu öffnen, es könnte Dich Deine Finger kosten.
- Diejenigen, die aus verständlichen Gründen, den Umgang mit der Polizei verabscheuen, müssen strenge Sicherungsmaßnahmen ergreifen.
  Erstmal brauchst Du eine Briefwaage und Du mußt rechnen:
  Eine Briefbombe (außer in einem wattierten Umschlag) wiegt normalerweise weniger als 100 Gramm.
  Inhalt: Eine Minibatterie (ca. 25 Gramm). Ein Zünder, Drähte, der Umschlag selbst, Papier zum Kaschieren (evt. dünner Karton etc.). Zusätzliches Gewicht: ca. 25 Gramm.
  Somit bleibt im Umschlag Platz für mindestens 50 Gramm Sprengstoff. 50 Gramm können einen höllischen Knall verursachen.
  Also, rechne das Gesamtgewicht des Briefes nach unten. Wenn der Brief 75 Gramm wiegt, kann der Sprengstoff nicht mehr als 25 Gramm wiegen usw. (Vergiß nicht, auch 25 Gramm Sprengstoff sind gefährlich, auch wenn sie nicht tödlich sind; sie können Dich, auch wenn Du vorsichtig bist, Dein Augenlicht, Deine Finger, Deine Knochen kosten.)

Ein Brief, der weniger als 50 Gramm Sprengstoff enthält, kann mit folgenden einfachen Sicherungsmaßnahmen geöffnet werden:

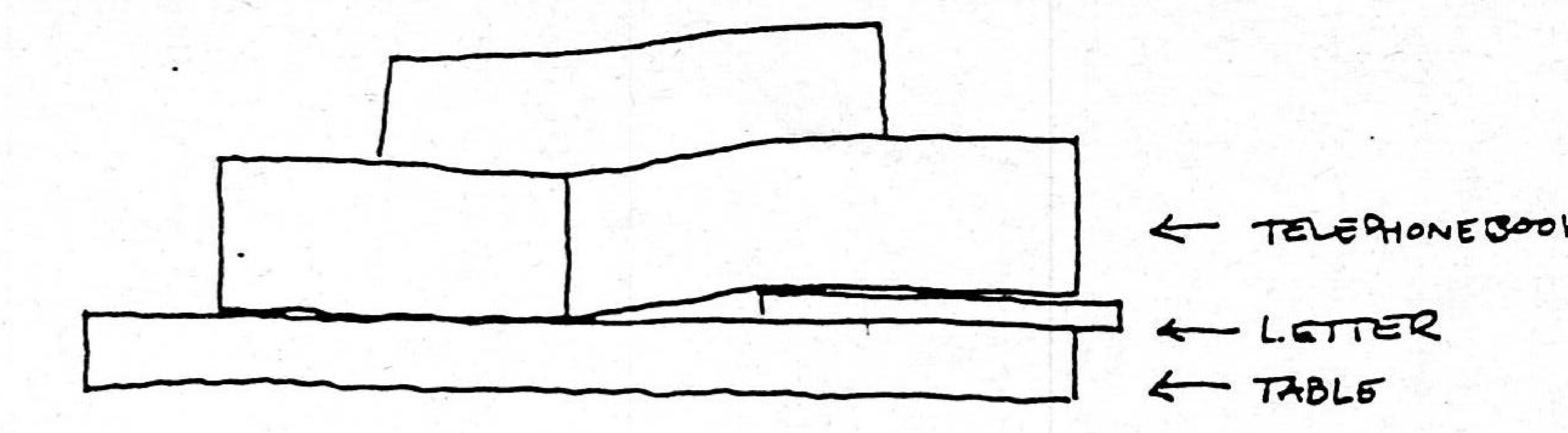
- Leg den Brief auf einen stabilen Tisch und laß ihn ein Stück überragen.



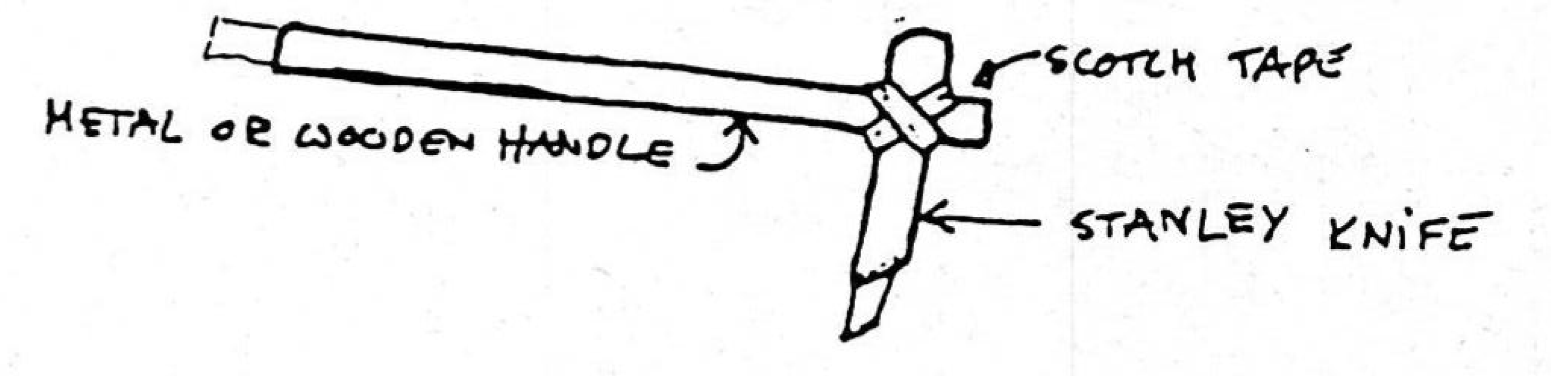
Decke den Brief vorsichtig mit mehreren schweren Büchern ab. Dicke Telefonbücher eigen sich hervorragend dafür. Sie reichen normalerweise aus, um Dich vor einer Bombe zu schützen, die weniger als 50 Gramm Sprengstoff enthält.



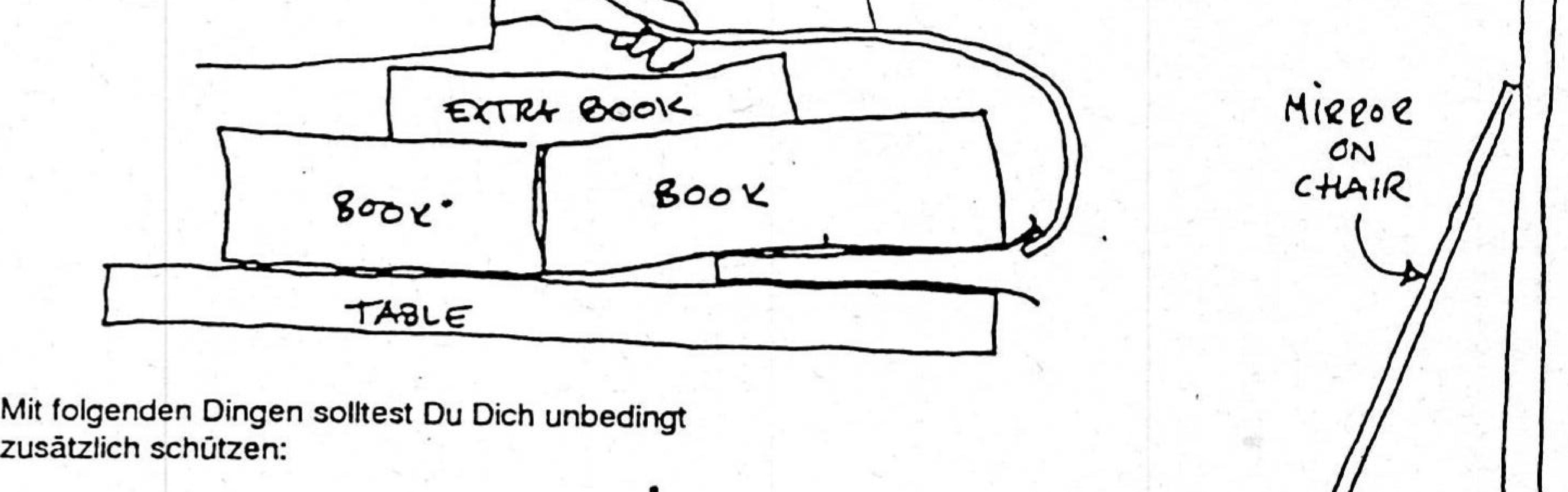
Von der Seite sieht das Ganze so aus; um ganz sicher zu gehen, lege lieber noch eine Schicht Telefonbücher oben drauf.



- Stelle einen Spiegel auf einen Stuhl, gegenüber der potentiellen Bombe. So kannst Du aus sicherer Distanz sehen, was Du tust.
- Nun muß der Brief an dem vorstehenden Ende vorsichtig aufgeschnitten werden.
  Verwende NIE, NIEMALS Deine Finger! Baue Dir eine Vorrichtung dafür. Befestige ein Teppichmesser oder einen stabilen Cutter mit Klebeband an einem Holz- oder Metallgriff. Die Schneide muß im rechten Winkel dazu stehen, sonst kannst Du nicht schneiden.

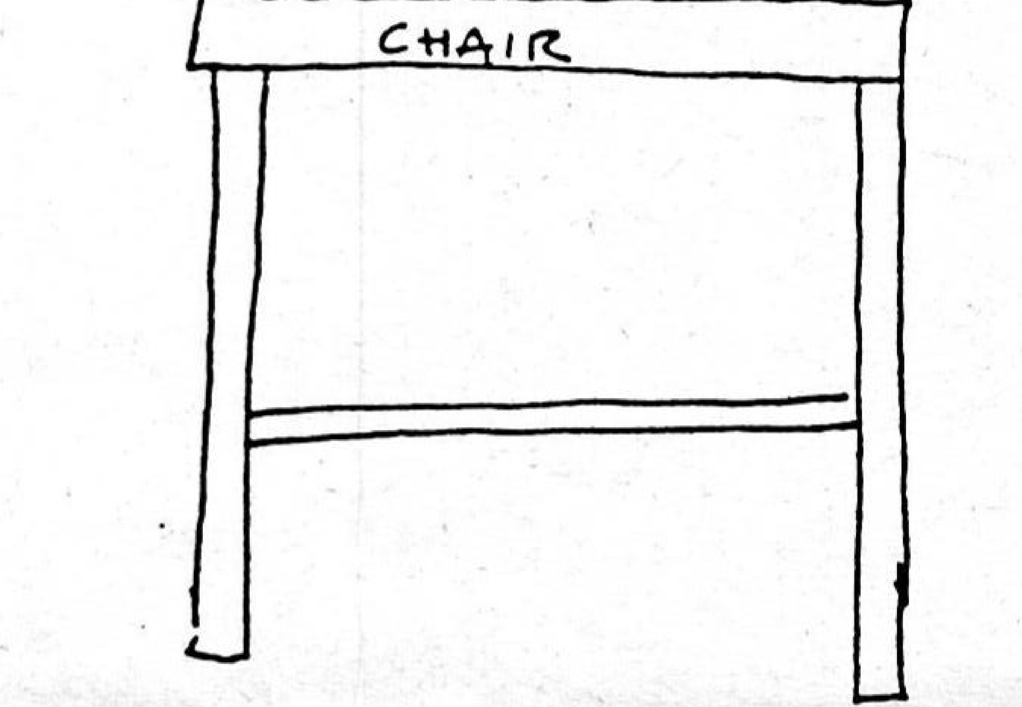


- Schneide das Ende des verdächtigen Briefes auf.
  Überflüssig zu sagen, daß Du natürlich **hinter dem Tisch** stehen mußt. Achte darauf, daß Dein Körper in Deckung ist, evt. brauchst Du eine Abdeckung auf dem Boden, um Deine Beine zu schützen.
- Sobald Du den Brief aufgeschnitten hast, hebe das obere Ende des Umschlages vorsichtig mit einem stabilen, hakenähnlichen Gegenstand an (z.B. mit einem Stück Stahldraht oder -band). Wenn Du in den Spiegel schaust, solltest Du Dich jetzt entscheiden, ob da eine Bombe drin ist, oder ob Dir jemand einen dicken Geburtstagsbrief geschickt hat.



Mit folgenden Dingen solltest Du Dich unbedingt zusätzlich schützen:

- Professionelle Bombenräumkommandos tragen Sicherheitskleidung, um sich vor Splittern zu schützen. Du brauchst das wahrscheinlich nicht (nicht bei weniger als 50 Gramm Sprengstoff), aber auch ein kräftiger Ledermantel gibt Dir zusätzlichen Schutz.
- Trage IMMER eine Schutzbrille, um Deine Augen zu schützen.
- Denk daran die Ohren zu schützen. Ein Trommelfell nimmt auch kleine Detonationen in geschlossenen Räumen übel.



- Trage Handschuhe. Auch wenn Du Deine Hände nicht in der Nähe der Bombe hast, kann Dir der Stahlhaken zum Öffnen des Umschlages ganz schön um die Ohren hauen. Lederhandschuhe können den Rückschlag dämpfen.

- Schick ALLE Leute aus dem Raum. Für diesen Job brauchst Du keine Hilfe und vor allem keine Schaulustigen. Sie lenken Dich nur ab, verbreiten Hektik und Verwirrung.

Einige abschließende Ratschläge:
Es ist grundlegend eine "kleine" Briefbombe von einer größeren, professionellen Bombe zu unterscheiden. Wenn Du den Regeln von oben folgst, müßte es Dir möglich sein, mit jedem Ding bis zu 100 Gramm Gesamtgewicht umgehen zu können (lieber weniger als 100 Gramm. Auch wenn ich überzeugt bin, daß Ding würde mich nicht töten, wenn ich wie beschrieben vorgehe, kann es schief gehen).

Von allem, was mehr wiegt als insgesamt 100 Gramm, würde ich die Finger lassen. Für die Art von Bomben brauchst Du Unterstützung durch einen Experten.
Tatsächlich würde ich die Grenze bei 75 Gramm ziehen. Wenn die Bombe mehr als 50 Gramm Sprengstoff enthält, bleibt es bei Verletzungen. Mehr als 100 Gramm Sprengstoff können Dir ein Loch in der Wand bescheren und dann schützt Dich kein Telefonbuch mehr.

Eine Frage bleibt - was tust Du, wenn Du einen Brief geöffnet hast und Du stellst fest, daß er eine Bombe enthält, aber sie geht nicht hoch.
Ruf die Bullen. Es ist ihr Job. Aber sei vorsichtig. Hoffentlich hast Du daran gedacht, daß die Zimmertür hinter Dir ist, sodaß Du nicht vor der Bombe rumlaufen mußt, um zum Telefon zu kommen.

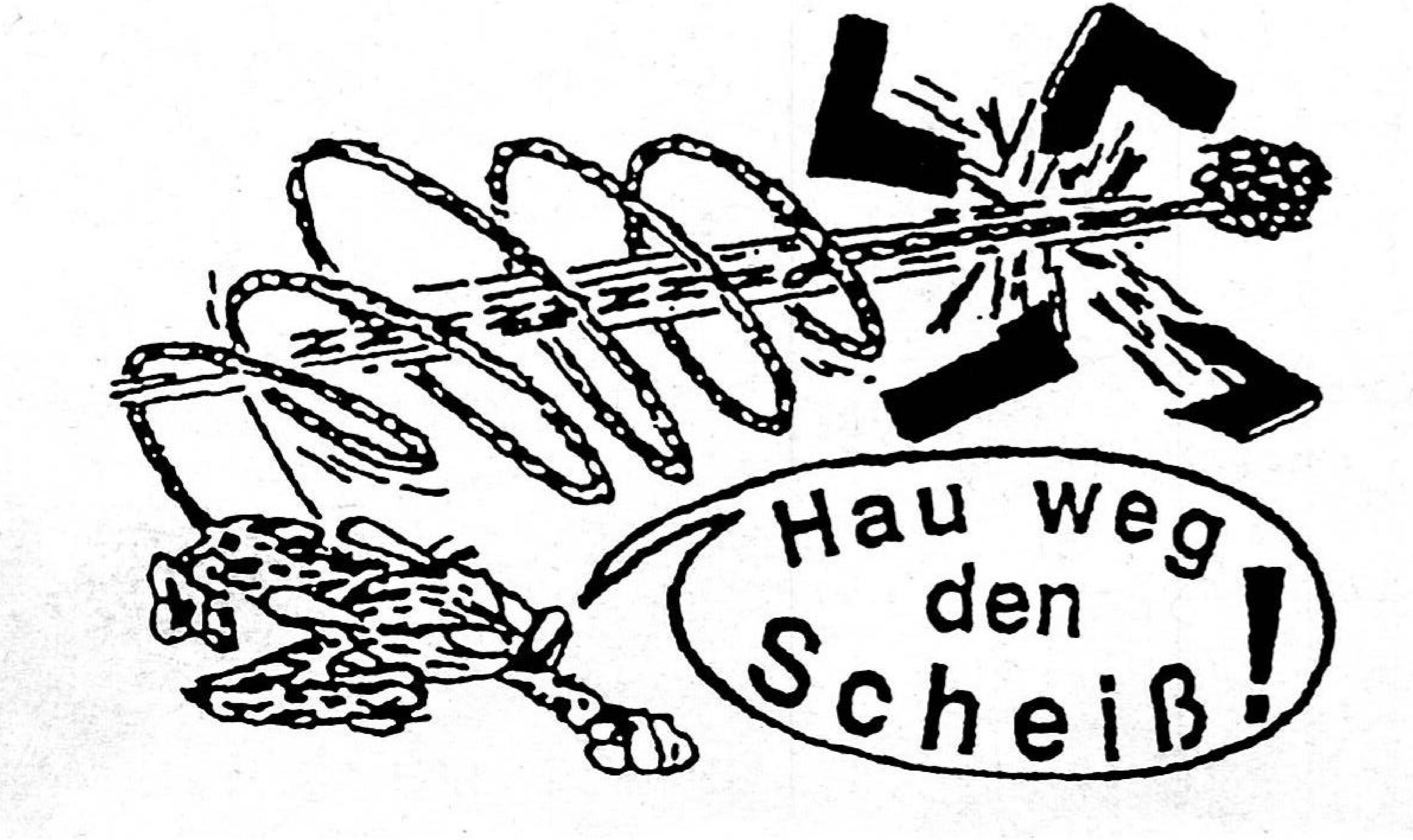
Es gibt wohl Möglichkeiten Briefbomben zu entschärfen, aber ich würde das wirklich nicht tun. Um sie sicher auseinander bauen zu können, brauchst Du mehrere Tage Schulungskurs (falls Du einen zuverlässigen Ex-Soldaten kennst, kannst Du ihn ja mal freundlich um Rat fragen).

Noch etwas - es ist keine schlechte Idee, eine Box oder ähnliches zu konstruieren, wo Du den verdächtigen Brief aufbewahren kannst, während Du auf Hilfe wartest. Vor allem darf die Box nicht abgedichtet sein. Laß eine Öffnung, durch den eine evtl. Druckwelle entweichen kann, außer, Du willst überall in Deinem Büro Splitter finden. Eine Menge Arbeit, um die Schweinerei wieder sauberzumachen. Am besten für die Box eignet sich ein mehrlagiges Netz von Stahlbändern.

VOR ALLEM: Treffe Vorbereitungen wohin mit einem verdächtigen Päckchen, bevor Du sie erhältst. Sei nicht so panisch sie aus dem Fenster zu werfen.
Die Bombe wird nicht durch normale Behandlung hochgehen (sonst hätte sie den Postweg nicht überstanden. Naja, Ausnahme, wie üblich, wenn sie persönlich abgegeben wurde...). Du kannst den Brief also vorsichtig an einen sicheren Platz tragen.

Worauf Du auch achten mußt, ist, wenn jemand angefangen hat den Brief zu öffnen und dann festgestellt hat, daß da was nicht stimmt. Dann könnte die Bombe instabil geworden sein.

Uns allen viel Glück!



ND 20.12.93

An der schönen braunen Donau

Briefbomben und ähnliche Spezialitäten – Was die österreichische STAatsPOlizei weiß und was sie wissen sollte

Am 1. Dezember trafen sich die Mitglieder des „Freundeskreises Gerd Honsik" am Wiener Westbahnhof, um von dort aus in eine Gaststätte zu fahren. Offiziell sollte es eine Julfeier (neuheidnisches Wintersonnenwendfest) sein; was die Teilnehmer der rechtsextremen Runde an diesem Mittwoch wirklich nach Wien zog, liegt noch im Dunkeln. Mit von der Partie waren der notorische Pyromane und Bombenleger Eckehard Weil (44) und der Schmuddelrocker und NS-Fanatiker Arnulf-Winfried Priem (46) aus Berlin.

Zwei Tage später, am Freitag gegen Mittag, explodierten die ersten Briefbomben...

Das Sumpfloch

Sie sind schon alte Spezln, die Herren aus der Ostmark und dem Reichsgebiet, die sich um die austriakische Zentralfigur, Gerd Honsik (52), scharen. Einer der ganz alten Kameraden ist der Salzburger Fritz Rebhandl (72), der bereits vor dem „Anschluß" eifriger HJler und danach Mitglied jener SS-Division „Das Reich" war, die sich bleibende Verdienste u.a. in Polen, Jugoslawien und Ungarn erwarb. Immer noch gilt Rebhandl als der schärfste Befürworter der bewaffneten Revolution (von rechtsaußen) und pflegt enge Kontakte zu ideellen und finanzkräftigen Unterstützern in Westberlin, zu Eckehard Weil, David Irving (55), der DVU und Gerhard Frey (60) sowie Wolf-Rüdiger Heß (Sohn von Rudolf Heß). Gerade erst den Fängen der österreichischen Justiz entronnen sind weitere Tatverdächtige im Briefbombenfall: Franz Radl jun. (26) und Gerd Honsik. Der junge Radl wurde mit seinem 66jährigen Vater am 14. Dezember festgenommen (der alte Radl wurde jetzt wieder aus der Haft entlassen), Honsik wird gesucht.

Wenige Wochen nach der Novellierung des NS-Verbotsgesetzes durch das Parlament, am 26. Februar 1992, fand der Prozeß gegen den abgebrochenen Jura-Studenten und Burschenschafter (Teutonia Wien) statt. Auf einem Flugblatt hatte er den millionenfachen Judenmord geleugnet und die Gaskammern als Attrappen bezeichnet.

Bemerkenswert ist Radls Interesse an der DDR-Geschichte. 1989 organisierte er eine Kundgebung zum Thema: „DDR 1953 und heute – Meinungsfreiheit". Auch Gerd Honsik ist berüchtigt wegen seiner unzähligen politischen Straftaten. Er gehörte zu den aktiven Ostmärkern, die im Frühjahr 1990 die sich rasch vergrößernde rechtsextreme Szene in der DDR registrierten und dem Jungvolk selbstlos zu Hilfe eilten. Eine organisatorische Plattform bestand ja bereits: die Kameradschaften Dresden und Cottbus der Deutschen Alternative bildeten die mitteldeutsche Sektion der SA, die seit dem 1. September 1989 „reichsweit" aufgebaut wurde und als Kaderorganisation der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front arbeiten sollte. Honsik ernennt die Gauleiter der GdNF in Österreich.

Die Connections

VAPO-Chef Gottfried Küssel wieselte 1990/91 zwischen Dresden und Berlin-Lichtenberg hin und her, bereitete den Schriftverkehr mit der Wohnungsverwaltung wegen des Hauses in der Weitlingstraße 122 vor und sorgte im Haus für Ordnung, Sauberkeit und Disziplin. Da ging es nämlich sehr undeutsch zu, es wurde gekifft (!) und gesoffen, währenddessen man fast im Dreck erstickte. Neben Küssel, Reinthaler und Binder gingen Weil und Priem in der Jungnazi-Trutzburg ein und aus. Weil, der zu diesem Zeitpunkt den Plan hegte, das PDS-Haus samt Gysi in die Luft zu jagen, legte einen Vorrat an Sprengstoff an und versuchte eine Elektrikerin zu überreden, aus einem Dämmerungsschalter einen Zeitzünder zu konstruieren. Den „Häusersturm" am 27. April 1990 verfehlte Weil um Haaresbreite, weil er kurz zuvor das Haus verließ.

Selbstverständlich wurden die DDRler auch in die Ostmark eingeladen, zu Kameradschaftstreffen nach Salzburg und Wien (wo auch mit einem sehr bekannten Politiker Bekanntschaft geschlossen wurde) oder zum Wehrsport ins niederösterreichische Langenlois. Dort betrieb die Sippe des rechtsextremen Lokalmatadoren ein Bordell mit Thai-Mädchen.

Es ist ein tiefbrauner, schmutziger Pfuhl, den die österreichischen Behörden, allen voran der smarte STAPO-Chef Oswald Kessler, nicht aufgerührt sehen möchten. Unerklärlich sonst die schleppenden Ermittlungen zu den Bombenattentätern. Unglaublich zynisch auch die, aus dem Innenministerium in die Boulevardpresse lancierte „heiße Spur", der zufolge ein türkischer Flüchtling Ministerpräsident Helmut Zilk haßerfüllt Rache geschworen haben soll, und zwar nach dem Verlust seines lukrativen Jobs im Wiener Magistrat.

Unter anderem ließ der Verweis der Attentäter auf den Befreier Wiens vor dem Türkenangriff, den Grafen Ernst-Rüdiger von Starhemberg, auf eine relativ gebildete Klientel schließen. Hätten sie den Titel des Retters des Abendlandes noch weggelassen, wären die Bekennerschreiben beinahe von intellektueller Doppeldeutigkeit gekennzeichnet gewesen.

Das Gespenst

Der Fürst Ernst-Rüdiger von Starhemberg nahm 1923 am Hitler-Putsch in München teil und gilt als einer der Geburtshelfer des Austrofaschismus. Er starb 1956 direkt an der Front – im Tiroler Örtchen Schruns. Da hatte sich ein Fotograf der KPÖ-Zeitung „Volksstimme" im Gebüsch versteckt, um ein Foto des braunblütigen Fürsten zu schießen. Der Fürst kam, der Fotograf sprang aus dem Gebüsch, und der Fürst fiel tot um. Ein Boulevardmagazin titelte daraufhin: „Fürst Starhemberg von Kommunisten zu Tode erschreckt!"

Zurück zu den aktuellen Tatsachen: Glaubwürdige Zeugen erkannten Eckehard Weil als den Mann, der in einem Copy-Shop die Bekennerschreiben vervielfältigt hatte. Mindestens drei Zeugen wollen Arnulf-Winfried Priem zweifelsfrei identifiziert haben, u. a. in der U-Bahnlinie U 1, wie üblich mit dem Button „I love Eva Braun".

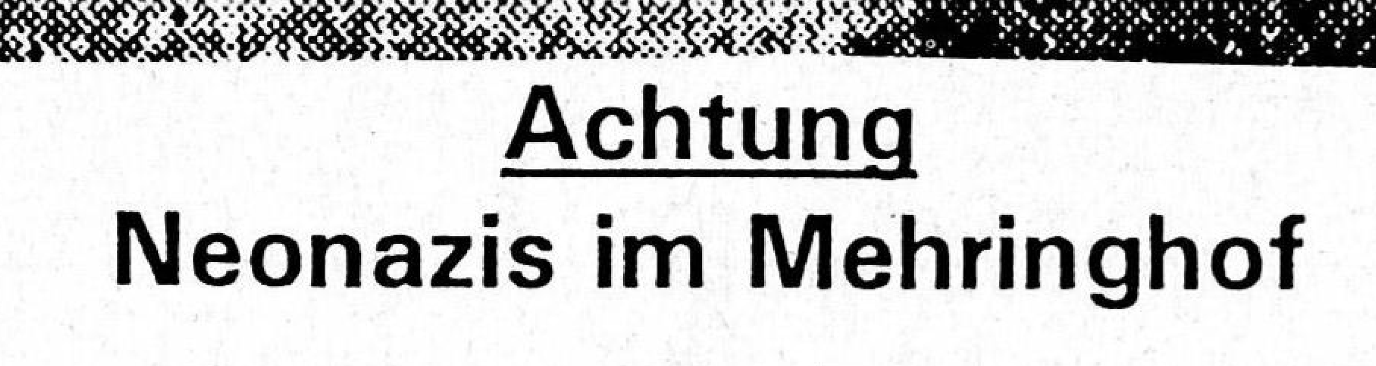
Die Spitze der VAPO sitzt fast vollständig hinter Gittern, am Freitag wurde Gerhard Endres – „Wyatt Earpp" (33) – in Wien im Gerichtsgebäude festgenommen. Der Küssel-Hausmeister und Rambo-Verschnitt wollte es sich nicht nehmen lassen, persönlich zu einem Prozeß zu erscheinen, den er gegen den Journalisten Wolfgang Purtscheller angestrengt hatte. Purtscheller hatte geschrieben, daß Endres während der Rostocker Pogrome verhaftet worden war. Das war in der Tat nicht ganz korrekt, Endres war nur zur Feststellung der Personalien festgenommen worden...

Im Zusammenhang mit der Festnahme des schwergewichtigen „Wyatt Earpp" durchsuchte die STAPO nochmals die Küsselsche Wohnung im Stadtteil Währing und beschlagnahmte zum nunmehr dritten Male eine Ansammlung von Waffenimitaten. Ebenfalls festgenommen wurde ein Mitglied der ultrarechten Innsbrucker Burschenschaft Brixia.

Der Funkspruch

Große Fragezeichen stehen noch hinter einem mysteriösen Funkspruch aus Kroatien, in dem gefordert wurde: „Bis 28. Schüller justieren.". Helmut Schüller, Chef der österreichischen Caritas, hatte sich nach den ersten beiden Briefbomben-Anschlägen sofort zu Wort gemeldet: Solche Verbrechen würden die Caritas nicht davon abbringen, „ihre Stimme laut für Flüchtlinge und andere Ausländer zu erheben". Es wird noch einige Zeit dauern, ehe das ganze Spinnennetz und seine Signalfäden ins Ausland aufgedeckt sind.

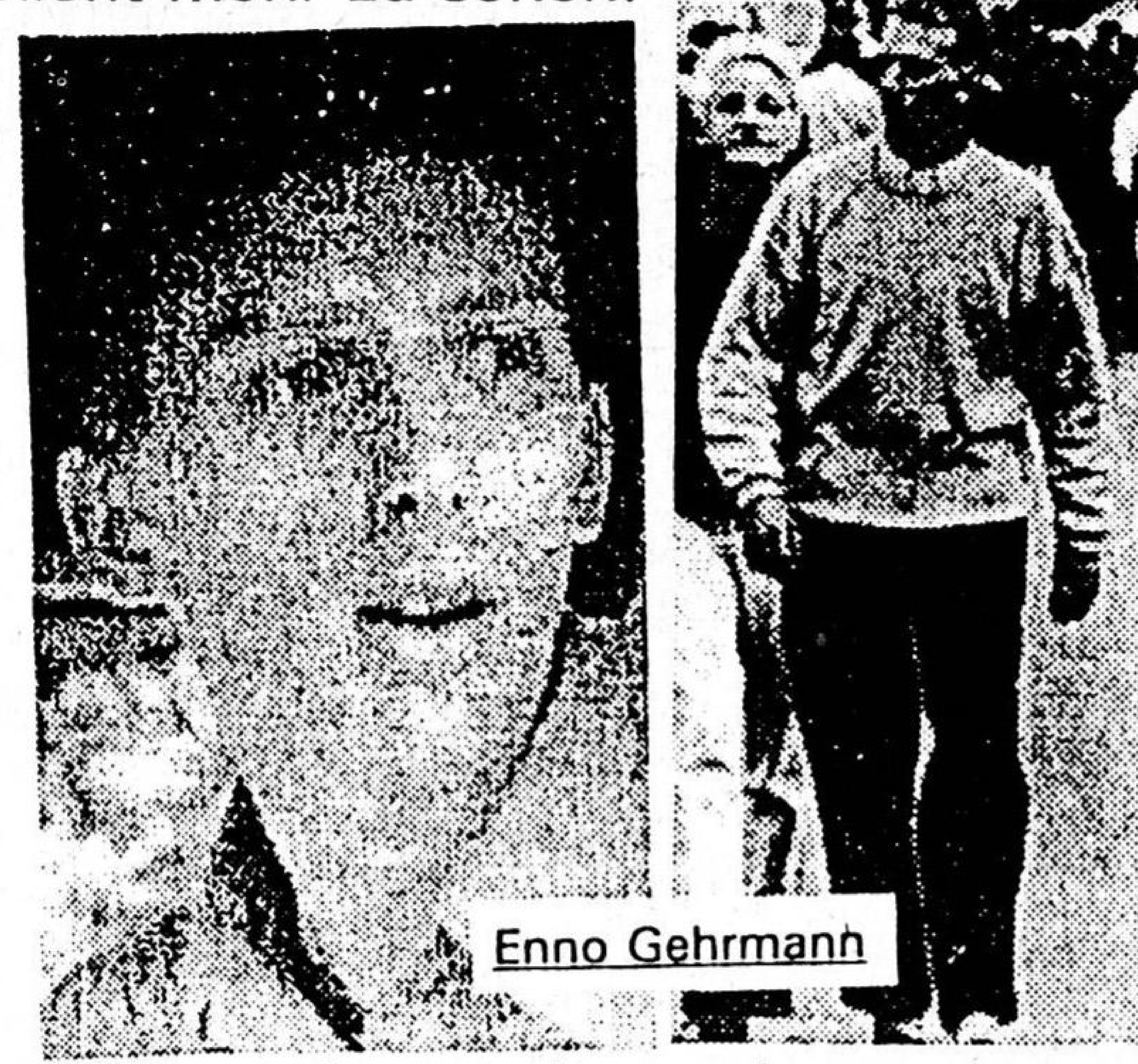
Als am Donnerstag in Wien eine Telefonzelle in die Luft gesprengt wurde, redete das Innenministerium eilfertig von einem „Lausbubenstreich". Dabei hatte Helmut Zilk wenige Tage zuvor, während seiner Pressekonferenz im Krankenhaus, an die Anfänge des Austrofaschismus vor über fünfzig Jahren erinnert: Damals begann es mit einer gesprengten Telefonzelle...



Achtung
Neonazis im Mehringhof

Am letzten Freitag kam es gegen 23.00 Uhr zu diesem Vorfall: Im zweiten Hof wurde versehentlich ein Mann eingeschlossen, der - als er von Leuten "befreit" wurde - sofort seine Beine in die Hand nahm und aus dem Mehringhof rannte. Jemand rannte ihm hinterher, aber der Mann hatte sich entweder irgendwo versteckt oder konnte anders flüchten - jedenfalls war er nicht mehr zu sehen.

Es handelt sich bei ihm mit ziemlicher Sicherheit um **Enno Gehrmann**, einer der wichtigsten Kader der verbotenen Nationalistischen Front und schon öfter bei provokanten Aktionen beteiligt (z.B. NF-Flugblatt-Verteilung im KZ Ravensbrück).


Enno Gehrmann

Dieses war nicht das erste Mal, daß sich Faschisten im Mehringhof herumtreiben. In den letzten sechs Wochen gab es mindestens zwei weitere Vorfälle:

- Ein bekannter Nazi aus Österreich wurde gesehen, als er aus dem Buchladen kam. Leider konnte ihn die Frau, die ihn erkannt hatte, nicht stoppen. Er hatte auch bemerkt, daß er erkannt worden ist und haute ab.
- Im vierten Stock neben dem Anwaltsbüro bzw. Ambulante Dienste wurde ein Spuckie der "Anti-Antifa" entdeckt.

Wir wollen keine Panik schüren, aber nochmal darauf hinweisen, sehr vorsichtig und aufmerksam zu sein. Das gilt ganz besonders für die Abendstunden, wenn kaum noch jemand im Haus ist.

Vom 4. bis 11. Dezember gibt es eine bundesweite faschistische Aktionswoche, in derem Rahmen es bereits mehrere Angriffe und Anschläge gegeben hat.

Also: Augen auf und lieber einmal zuviel gefragt!



antifa / kritik zur knastdemo vom 4.12.

Ein Brief an die "Interim"

Liebe GenossInen
Seit ungefähr zwei Jahren habe ich die Möglichkeit Eure Zeitung regelmäßig zu lesen.
So konnte ich versuchen mir ein Bild zu machen von einem Teil der Diskussionen welche bei West- Autonomen laufen.
Vielleicht hat es Sinn hier einzufügen, das ich in Antifa- Zusammenhängen der Ex-DDR mitarbeite; so wird manches sicher etwas klarer(?!) Freilich stelle ich hier nur meine eigene Meinung dar, nicht die einer Gruppe. Meinem Eindruck nach leiden viele West-Autonome an völliger Blindheit bzw. Unwissenheit gegenüber den Verhältnissen und Gegebenheiten in der Ex- DDR . Nein, ich will jetzt nicht die Belehrungskeule rausholen; nur versuchen was zu erklären und Fragen zu stellen. Mir begegnen oft Vorurteile und noch häufiger pauschale Urteile, sowohl über die Geschichte der DDR, als auch über Ereignisse und Verläufe seit dem Anschluß. Zwischen starker Idealisierung und totaler Ablehnung der Geschichte "des anderen deutschen Staates" (RL: "Nie wieder Deutschland" Herbst'90) gibt es die verschäftesten Schattierungen. Da erklären mir Menschen aus West-Berlin die DDR sei doch das Vorzeigebeispiel für Antifaschismus, Internationalismus und des Versuchs einer solidarischen Gesellschaft gewesen. Solche Haltungen kenne ich nur von für mich stalinistisch- autoritär geprägten Gruppen wie MLPD, TKP/ML, DKP- SEW u.a.Dort erwarte ich auch nichts anderes. Wenn ich derartig unkritische und unreflektierte Geschichts-und Gegenwartsauffassung aber bei Antiimps und/oder Autonomen feststelle, wird mir schwarz vor Augen!!!
Wie könnt Ihr bei aller berechtigter Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen in der BRD vergessen, das es auch in der DDR Nazis in Amt und Würden gab, das auch hier Kommunisten und andere linke Oppositionelle jahrelang in den Stasigefängnissen verbrachten oder mit Berufsverbot belegt wurden (und das ist nur ein Ausschnitt aus den 50ern). Wie könnt Ihr vergessen, das es unmöglich war faschistische Bestrebungen öffentlich zu benennen und sich dagegen zu wehren? Oder wußtet Ihr von alldem nichts? Wie also kann und konnte es passieren daß ihr die Ex- DDR entweder gar nicht wahrnehmt / nahmt oder sie durch eine rosa Brille betrachtet?- Sicher, Ausnahmen sollen die Regel bestätigen: So brachte die "RADIKAL" in ihrer Reihe "Gegen das Vergessen" u.a. einen recht diferentzierten Beitrag über den 17. Juni 1953. Doch eine Diskussion über die Ursachen des Zusammenbruchs sogenannten real existierenden Sozialismus gab es im Osten wenig und im Westen erst recht nicht. Reflektiert wurde, wenn überhaupt, nur im Gefolge der Implosion der Linken. Mit dieser Nicht-Diskussion überlassen wir aber das Terrain denen, die schon immer Antikommunisten (oder überhaupt Antiemanzipativ) waren und jetzt die Bahn frei haben für die Salonfähigmachung einer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und 40 Jahre Erfahrungen in der DDR (s.Nolte, Baring, Heitmann....) Zwar erbrachte die Organisierungsdebatte um die AA/BO wertvolle Beiträge zur Faschismustheorieen und Antifaschismus, von den Erfahrungen, Fehlern, Irrwegen aber auch Erfolgen von Antifas in den FNL ist keine Rede. Wir wissen viel über Eure Geschichte(natürlich nur im groben);was aber wißt ihr von den "besetzten Gebieten"? Unter anderem daher rührt die Distanz vieler Antifas hier zur AA/BO. Schlimm wird die ganze Sache dann, wenn Leute aus dem Westen über die Köpfe anderer entscheiden eas nötig und richtig ist (s. Frankfurt/Oder). Ich bin mir bewußt das die Voraussetzungen für Antifaarbeit bei uns sehr mangelhaft sind. Für einen Diskussionsprozeß brachen wir Geduld, Toleranz und Fähigkeit zum Streit. Sicher kam jetzt nur ein Teil dessen rüber, was ich meinte mitteilen zu müssen In der Hoffnung auf Reaktion
liebe Grüße
Anna

STELLUNGNAHME ZU DER KRITIK IN DER LETZTEN INTERIM

Es war KEINE politische Entscheidung, daß A.´s Brief auf der Knastkundgebung in Moabit nicht verlesen wurde. Es gab andere Gründe, einer war sicherlich die "Aufbruchstimmung" der Leute auf der Straße. Es waren nur noch wenige Menschen vor dem Knast, was zum früheren als geplanten Ende der Kundgebung führte.
Unter besseren Bedingungen wäre der Beitrag verlesen worden, den von Repression verfolgten GenossInnen gehört unsere grundsätzliche Solidarität.

Um bessere Bedingungen für den Ablauf von Kundgebungen, wie auch Demoszu erreichen, ist verantwortliches Umgehen miteinander nötig. Die Anforderungen und Erwartungen an die jeweiligen Leute im Wagen werden meist gerade während der Demos auf die Spitze getrieben. Vorbereitete Konzepte müssen durch den Ablauf - von Bullenknüppeleien bis zu den wichtigsten aller Informationen, die gerade erst reinkommen - immer wieder über den Haufen geworfen werden, spontanes Entscheiden und ständiges Jonglieren in Hektik ist die Situation für die Leute im Wagen. Und das sollten sich alle vor Augen halten und alle Mittel und Wege nutzen, um im Vorfeld klarere Strukturen und Eckpfeiler einer Kundgebung, Demo zu ermöglichen und mitzubestimmen.Keine Funktionalisierung der Leute im Wagen.

Bei der Knastkundgebung gab es an verschiedenen Punkten ein verdammt funktionales Verhältnis zu den Leuten im Lautsprecherwagen.

Wir können die Enttäuschung und Wut der Freundinnen und Freunde von A. verstehen, die vergebens auf seinen Brief warteten. Nicht jedoch den Stil, w. dann ihre Stellungnahme aussah. Bevor mit Anpisse und Vermutungen geklotzt wird, gibt es andere Wege, die nicht in den ausgetrampelten Pfaden von Unterstellungen landen. Falsche Vorhaltungen bringen uns keinen Schritt weiter.

-- Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands

-- Freiheit für die antifaschistischen Gefangenen

einige von vielen

KURZ ETWAS ZUM ABLAUF DES FUßBALL-SPIELS FC BERLIN - TÜRKIYEMSPOR AM 19.12.1993 IN HOHENSCHÖNHAUSEN

Unsere Vermutungen hatten sich leider bestätigt. Schon zwei Tage vor Spielbeginn erhielt Türkiyemspor telefonische Droh-Anrufe. Und am Sonntag liefen dann rd. 100 - 150 Hools und Nazis ins Stadion und machten durch ausländerfeindliche Parolen auf sich aufmerksam. Im Laufe des Spiels gelang es ihnen, auf die Tribüne, wo sich ca. 60 Türkiyemfans befanden, einzusickern und uns sowie die türkische Mannschaft und deren Betreuer massiv zu provozieren und zu beschimpfen. Kurz bevor die Situation völlig zu eskalieren drohte, traten die Bullen auf den Plan und räumten die Tribüne von Hools und Faschos. Die Beschimpfungen setzten sich dann allerdings vom Nachbar-Block, in den sich vor allem die Nazis unter den Hools abgesetzt hatten, fort.
Dort wurden dann auch Mitglieder der FAP Prenzlauer Berg und andere eindeutige Faschisten gesichtet. Von denen bekamen wir über den Zaun die Drohung, daß sie uns beim Hallenturnier erwischen wollen.
Dieses Hallenturnier findet am Mittwoch, den 29.12. ab 17 Uhr in der Dynamo-Sporthalle, Weissenseer Weg (ehem. Ho-Chi-Minh-Straße) in Hohenschönhausen statt. An diesem Turnier werden neben Lichtenberger und Köpenicker Mannschaften auch Türkiyemspor und der FC Berlin teilnehmen, es sei denn, Türkiyemspor verzichtet aufgrund der o. g. Ereignisse und Drohungen auf eine Teilnahme. Sollte dieses nicht der Fall sein, ist für diesen Mittwoch-Abend Fascho-Alarm angesagt.
Ähnliches gilt übrigens auch für den Abend des 7.1.94, wenn Türkiyemspor in einem weiteren Hallen-Turnier erneut auf den FC Berlin trifft. Dieses Turnier findet in der Sporthalle Charlottenburg, Sömmeringstraße statt.
Für uns Türkiyemfans stellt sich die Situation als ernst dar, und wir finden daher, daß es nötig ist, Türkiyemspor - wie erfolgreich in Cottbus und Halle geschehen - durch antifaschistische Mobilisierung zu unterstützen, um sich so einerseits mit den bedrohten türkischen, kurdischen und deutschen Türkiyemspor-Fans zu solidarisieren und andererseits den rassistischen Hools und Nazi-Banden ihre Grenzen aufzuzeigen.

einige antifaschistische
Türkiyemspor-Fans







Spendenaufruf für die Kreutzigerstraße 21

Kreutziger Straße - was das eigentlich ist:
Acht selbstbestimmte Häuser, die in der Wendezeit im April 1990 von OstlerInnen und WestlerInnen gemeinsam besetzt wurden. Es handelt sich dabei um die Hausnummern 11, 12, 13, 18 , 19, 21, 22 und 23. Dazu gehört auch das Gelände Nr. 20 und der Garten hinter den Häusern, den wir selbst angelegt haben. Dazu gehört auch der Abenteuerspielplatz Ecke Boxhagener Straße, den wir in Zusammenarbeit mit AnwohnerInnen ins Leben gerufen haben und seitdem betreuen. In den ehemals leerstehenden Häusern haben wir nicht nur Platz zum Wohnen für über 170 Menschen geschaffen, sondern auch für verschiedene Projekte. Hervorzuheben sind das Videokino Anschlag, das Café Anbiß, die Kneipe Pilatus, die Jugendwerkstatt, eine Galerie, einen Sport- und Trainingsraum und mehrere Proberäume für Musiker.
In den Häusern leben wir nicht jedeR für sich, sondern zusammen als Gemeinschaft. Auch wenn das natürlich nicht immer ganz leicht ist und manchmal gar nicht geht. Klar, wir sind keine paradiesische Insel im Großstadtdschungel. Hier läuft natürlich auch vieles schräg und daneben. Trotzdem merken wir immer wieder: Es ist einfacher, schöner und menschlicher, wenn man den harten Alltag dieser Gesellschaft nicht allein und vereinzelt meistern muß, wenn man sich gegenseitig hilft und Raum läßt für andere, unbekannte Lebensweisen. Wir finden das Projekt Kreutziger Straße aber auch deshalb wichtig, weil wir die Stadt nicht den Büros und Boutiquen überlassen wollen, und weil wir im Kampf gegen den Mietenterror ein wichtiger Faktor auch für unsere NachbarInnen im Kiez sind.

Die meisten Häuser in der Kreutziger Straße haben seit Jahren Verträge. Nicht so die Nr. 21.
Und nun zum Anlaß des Spendenaufrufs:

In der Kreutziger 21 hat es am 26. 11. 93 gebrannt. Ursache war ein Heizunfall. Dabei sind zwei Zimmer im 2. Stock völlig ausgebrannt, die beiden Zimmer darüber sind ebenfalls schwer beschädigt. Die Zimmer darunter, im 1. Stock, sind durch das Löschwasser zerstört. Auch das restliche Haus hat durch Qualm und Ruß großen Schaden genommen. Die meisten Zimmer werden wir jedoch bald wieder bewohnbar machen. Das ist auch wichtig, weil es Winter ist und der Wohn- und Lebensraum von 26 BewohnerInnen des Hauses auf dem Spiel steht. Insgesamt muß das Haus im großen Maßstab renoviert werden. Wir haben bereits erste Schritte unternommen, um das Haus vor drohenden Frostschäden zu bewahren.
Das alles kostet sehr viel Zeit und Kraft und Geld. Von all dem geben wir soviel wir können, doch das wird nicht reichen. Da das Haus zwar Antragsteller (Erbengemeinschaft) hat, diese jedoch noch nicht als Eigentümer eingetragen sind, kümmert sich niemand um die Schäden und das Wiederbewohnbarmachen. Wir betrachten das Haus, das wir seit dreieinhalb Jahren besitzen und selbst verwalten als unser Haus und werden es daher auch selbst wieder aufbauen.

Besonders viel Arbeit werden wir mit den Böden/Decken unter- und oberhalb des Brandherdes haben. Unter uns sind zum Glück ausgebildete Handwerker. Wir konnten auch kompetente Fachleute zur Begutachtung, Beratung und Anleitung gewinnen. Was uns aber vor allen Dingen fehlt, sind die notwendigen Materialien. Deshalb bitten wir hiermit dringend um Sach- und Geldspenden.

Sachspenden könnten zum Beispiel sein: Werkzeug, jede Menge Rigipsplatten, Dachlatten, 22 - 25 mm starke Bretter, Gips, Zement, Farbe, Kalkputz, lange Nägel, Kohlen, Fensterglas...

Für Geldspenden haben wir folgendes Sonderkonto eingerichtet:

Berliner Sparkasse
Andreas Haubner
Verwendungszweck: Haus
BLZ 100 500 00
Konto Nr. 0514218304

Das Projekt Kreutziger Straße geht weiter! Dazu gehört, daß die Nr. 21 wieder voll bewohnbar gemacht wird. Helft/Helfen Sie uns mit Eurer/ Ihrer Spende. DANKE!
Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.
Kreutzigerstr. 21
10247 BERLIN-Friedrichshain

KOMMT ZUR
PROZEßKUNDGEBUNG
DONNERSTAG 6.1.1994

TREFFPUNKT: LANDGERICHT BERLIN, LITTENSTR.(U-BAHN KLOSTERSTR.) BERLIN-MITTE
UHRZEIT :9.00 UHR
(ES GIBT KAFFEE UND GLÜHWEIN)

KEINE RÄUMUNG

SIE WOLLEN UNS DAS FELL ÜBER DIE OHREN ZIEHEN ABER DAS HABEN DIE HAUSEIGENTÜMER,BULLEN RICHTER UND STAATSANWÄLTE SCHON OFT VERSUCHT

WIR KOMMEN AUS VIELEN LÄNDERN, UND WIR BLEIBEN HIER

DIE BESETZTEN HÄUSER
MARCHSTRASSE/ EINSTEINUFER

gegen wehrdienst



Hallo Freunde und Freundinnen!
Den beiliegenden Brief haben wir an wehrerfasste Jungen und Männer verschickt.

Wir haben uns darin bemüht, bereits existierende Positionen zu vermitteln. Die Verbreitung neuer Erkenntnisse war nicht unser Anspruch. Für uns lebt die Aktion - so sie uns gelingt - im Wesentlichen davon, mit diesem Brief direkt in den "Privatbereich" der Wehrpflichtigen hineinzuwirken, die Köpfe und Herzen der Angesprochenen zu erreichen, und ihnen unsere Positionen zu Militär und Patriarchat ungefiltert mitteilen zu können. Wir haben keinerlei Probleme damit, wenn dieser Brief benutzt wird für weitere öffentliche Aktionen gegen das Militär. An Kritik und Verbesserungsvorschlägen bezüglich der gelaufenen Aktion sind wir sehr interessiert.

Wir bitten Euch - entsprechend Eurer Möglichkeiten - um Veröffentlichung dieser beiden Briefe in Eurer Zeitung/Infoladen/Cafe/Gruppe usw, möchten aber zu bedenken geben, daß dies womöglich als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" ausgelegt werden könnte (zB Kriminalisierung der Hannoveraner Zeitung RAZZ).

Einige Gedanken möchten wir gerne noch kurz mitteilen.

Am Beispiel Kreiswehrersatzamt: Wir setzen auf das Bedürfnis vieler Männer, sich angesichts des offensichtlichen Zwangscharakters diesen Institutionen entziehen zu wollen. Diesen Fluchtreflex (zB die hohen Verweigerungszahlen während des Golfkriegs) halten wir für eine der wenigen Tugenden von Männern, die aber nur zum Teil pazifistisch begründet ist. Die Antisozialität der Zwangsdienste, nicht nur gegen die Gesellschaft, sondern auch gegen den einzelnen Zwangswehrdienstpflichtigen muß als solche benannt werden, um sozusagen die Flucht, Desertion, Totalverweigerung und Sabotage zu "adeln".

Wir wünschen uns, daß öffentliche antimilitaristische Gruppen ihre Aktivitäten nicht im Widerspruch zu militanten Aktionen betrachten, - oder aber ihre Kritik zur Diskussion stellen. Linsradikale/revolutionäre Männer fordern wir auf, die Existenz von Totalverweigerergruppen zur Kenntnis zu nehmen, sie zu stärken oder mitaufzubauen.

Wir meinen, daß es darum geht, ein solidarisches Netz zu schaffen, welches auch von Männern mit Totalverweigerungsambitionen genutzt werden kann, die nicht jahrelang politisch gearbeitet haben. Antimilitaristische UND antipatriarchale Aspekte der Totalverweigerung sollten offensiver in die öffentliche Auseinandersetzung getragen werden und auch als Verweigerung zur Männlichkeit thematisiert werden.

Bündnisse zwischen (Schublade auf) Totalverweigerern, Pazifisten, Militanten, Linksradikalen, Antimilitaristen, antipatriarchalen Männern (Schublade zu) sind möglich! Zum Teil beweist uns dies diese Aktion.

Die Aktion ordnen einige von uns als einen Beitrag ein, den Vormarsch einer vermehrt sichtbaren militaristischen Formierung von Männern abzubremsen.

Wir haben nicht die Illusion, diese Entwicklung zu stoppen, zum Stehen zu bringen. Wir sehen aber unsere Chance und Aufgabe aktuell darin, die Zeit der linksradikalen Orientierungslosigkeit zu nutzen, um dem eine antipatriarchale Widerstandsutopie entgegenzusetzen und weitere militaristische Einbrüche in die Gesellschaft zu verhindern. Bestehende Widersprüche innerhalb diverser Männerbünde (wie Militär, faschistische Männerrudel) gilt es zu erkennen und im Sinne antipatriarchaler Tendenzen zu schüren und spaltend/schwächend in diese hineinzuwirken.

Wir sind überzeugt davon, daß die gesellschaftlich breitere Thematisierung von den Orten und Funktionen patriarchaler Zurichtung von Männern zu soldatischen Männern Chancen bietet für die Entwicklung eines Ansatzes, der an die Wurzeln der militaristischen Formierung geht. Immerhin ist die Zurichtung zu soldatischen Männern eine Grundlage, auf der auch die derzeitige faschistische Mobilisierung greifen kann.

Parolen gibt es diesmal keine - dafür aber liebe Grüße an Euch.
(Ihr dürft ruhig mit uns in Gedanken darauf anstoßen, wenn alles geklappt hat.)

Flammende Herzen
Dezember 93

Hallo! Guten Morgen! Guten Tag!

Mußt Du demnächst zur Musterung? -oder zur "Eignungsprüfung"? -oder bist Du schon gemustert und "tauglich" für den "Dienst am Vaterland"?
Weißt Du schon, wie Du Dich dazu stellst? -zum Bund gehen? -als Kriegsdienstverweigerer Zivildienst machen? -Überlegst Du, keinen dieser beiden Zwangsdienste ableisten zu wollen (Totalverweigerung)?
Eine Entscheidung darüber triffst Du - aber vielleicht können wir Dir mit diesem Brief ein paar neue Denkanstöße geben; jedenfalls versuchen wir es.
Wir - das sind ein paar Männer, die sich aus verschiedenen Gründen zusammengetan haben, um dem Kreiswehrersatzamt in Marburg einen Brand zu stiften, die Bundeswehr zu sabotieren. Wir sind gegen jedes Militär, weil es ein Instrument der Herrschaft ist, Interessen mit Drohungen, Mord und Totschlag durchzusetzen. (Mehr dazu weiter unten.)
Deinen Namen und Adresse haben wir aus dem Kreiswehrersatzamt gestohlen, weil wir ihn für die Verschickung dieses Briefes brauchten. Aber keine Panik, wir garantieren: keine Vertreterbesuche.
Wenn wir eine glückliche Hand hatten, ist es uns gelungen, die dort lagernden Akten zu vernichten. Mit viel Glück sind die Daten schwer zu rekonstruieren und das Kreiswehrersatzamt liegt eine zeitlang lahm - was für Dich bedeutet, etwas mehr Zeit zum Nachdenken zu haben.
Beim Verfassen dieses Briefes ist uns klar geworden, daß es uns nicht leicht fällt, mit Leuten schriftlich zu "diskutieren", die wir nicht mal kennen; und dabei Dinge verständlich darzustellen, die teilweise auf recht komplizierte Art mit anderen Sachverhalten verwoben sind. Wir wissen nicht, ob uns das halbwegs gelungen ist; einiges haben wir aus unserer Sicht beschrieben, vieles bleibt unerwähnt. Sei also etwas nachsichtig mit uns, wenn nicht alles verständlich rüberkommt und manches etwas platt klingt.

"Zur Führungsaufgabe der Bundeswehr gehört, die Soldaten mit dem Tod vertraut zu machen!" (Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, zitiert nach Spiegel 15/92)
Wir sollen uns daran gewöhnen, daß der Fronteinsatz deutscher Rekruten in immer größere Nähe rückt, daß "unsere" Soldaten demnächst kämpfen und morden sollen und natürlich auch ermordet werden. Als Wehrerfasster betrifft Dich dies ganz direkt!
"Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten."
(Kohl in seiner Regierungserklärung vom 30.1.91)

Die Formalitäten dazu sind weitgehend erledigt - die Pläne stehen, der Umbau der Bundeswehr läuft. Es geht nur noch darum, die Bevölkerung psychologisch auf Kriegseinsätze vorzubereiten, denn noch ist sie nicht so richtig auf Vordermann gebracht. Die nicht ganz berechenbaren Massenproteste und die sprunghaft angestiegenen Kriegsdienstverweigererzahlen während des Golfkriegs und die Meinungsumfragen über "Out-of-Aera-Einsätze" der Bundeswehr deuten jedenfalls darauf hin. Deshalb wird uns - zur besseren Gewöhnung - der Weg zum Fronteinsatz häppchenweise serviert:
- Stationierung des Oldenburger Luftwaffengeschwaders an der türkisch-irakischen Grenze
- Beteiligung der Bundesluftwaffe an Aufklärungsflügen über dem Irak als Vorarbeit für die Bombardierung militärischer und ziviler Ziele
- Minensuchboote der Bundesmarine im persischen Golf
- Sanitätssoldaten werden zum Einsatz nach Kambodscha abkommandiert
- Einsätze der Bundesmarine und des BGS zur Überwachung der Sanktionen gegen Jugoslawien
- usw
- bis zum vorläufigen Höhepunkt: der Einsatz von 1700 Bundeswehrsoldaten in Somalia unter deutschem Kommando

Parallel dazu werden wir über die Medien regelrecht überschwemmt mit der "Debatte" darüber, daß weltweite Einsätze "unserer Mannen" das Gebot der Stunde seien. Wortverbiegungen in bester Politiker-Manier wie: Krisenmanagement, chirurgische Eingriffe, Peace-Keeping, Peace-Enforcing usw, die das, was tatsächlich dahintersteckt auf furchtbare Art verharmlosen, tun ihr übriges.

Für diesen Propagandafeldzug sind die Kriege in Jugoslawien und Somalia Gold wert: das angesichts der Fernsehbilder über Hunger, Massenvergewaltigungen, Tod und Elend aufkommende Gefühl "Da muß doch was getan werden!" wird derart verwurstet, daß die Bundeswehr als Samariterverein dargestellt wird. Großformatige Anzeigen in den Zeitungen (Die Engel von Phnom Penh; Ja, Menschlichkeit; Ja, Sicherheit) sollen zukünftige Militäreinsätze als das hinstellen, was sie gerade nicht sind - als einen Akt der Mitmenschlichkeit. In Somalia wurde der Blauhelmeinsatz anfangs als ein Kampf gegen den Hunger - verursacht durch "rivalisierende Banden" - dargestellt. Und schrittweise wurde daraus eine Kampfansage an die Bevölkerung, bei der Bombardierungen von Wohnvierteln mit hunderten von Toten zur "humanitären" Normalität gehören. Der wahrscheinlich vorzeitige Abzug der Bundeswehr aus Somalia wird jedoch an den Absichten der deutschen Kriegsstrategen nichts ändern.

Wir sehen, daß es einen kleinen Teil der Welt gibt, der von Reichtum und Wohlstand überzogen ist, während der große Teil der Welt mehr mehr als weniger am Hungertuch nagt. Das liegt nicht etwa daran, daß die einen Völker klug sind und die anderen zu blöd, sondern an den internationalen Machtverhältnissen. Tatsache ist, daß die reichen Länder dieser Welt (bei denen die BRD an der Spitze rangiert) ein vielfältiges Instrumentarium haben -und auch nutzen, um diesen Zustand zu erhalten. Über Einrichtungen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond, Wirtschafts-, Militär-, "Entwicklungs"hilfe und anderes mehr werden die armen Länder zu einem politischen und wirtschaftlichen Handeln erpresst, welches sowohl den Wohlstand der Reichen als auch die Armut der Armen vergrößert.

Us-Soldat durchsucht Somalijungen nach Waffen

Echte Deutschmänner in Reih und Glied

Wir sehen, daß die Rüstungsindustrie (die BRD ist der drittgrößte Rüstungsexporteur weltweit) sich eine goldene Nase verdient, indem sie in Zusammenarbeit mit dem Staat ihre "Qualitätsprodukte" in alle Welt verkauft. Daß es sowohl die Firmenspitzen als auch die Regierung einen Dreck interessiert, was diese Geschäfte für Folgen haben, zeigt die Praxis immer wieder. Hauptsache, der Profit und die politische Einflußnahme auf den Empfänger stimmen.
Wir sehen, daß viel von dem Elend, der Armut, dem Tod in den Ländern der sog. 3.Welt zusammenhängt mit der Politik, die hier gemacht wird. Die Folge davon ist, daß den Menschen dort ihre Lebensgrundlage entzogen wird - riesige Flüchtlingsströme sind weltweit unterwegs. Den wenigen, die es schaffen, sich bis in die BRD durchzuschlagen in der Hoffnung, in einem der reichsten Länder der Welt wenigstens minimale (Über-)Lebensvoraussetzungen zugestanden zu bekommen, wird von feisten vollgefressenen Politikern erklärt:"Das Boot ist voll!" Und sie werden kurzerhand wieder außer Landes befördert, oder von echten Deutschmännern bzw organisierten Faschisten bedroht, geschlagen, erstochen, totgetreten, angezündet.

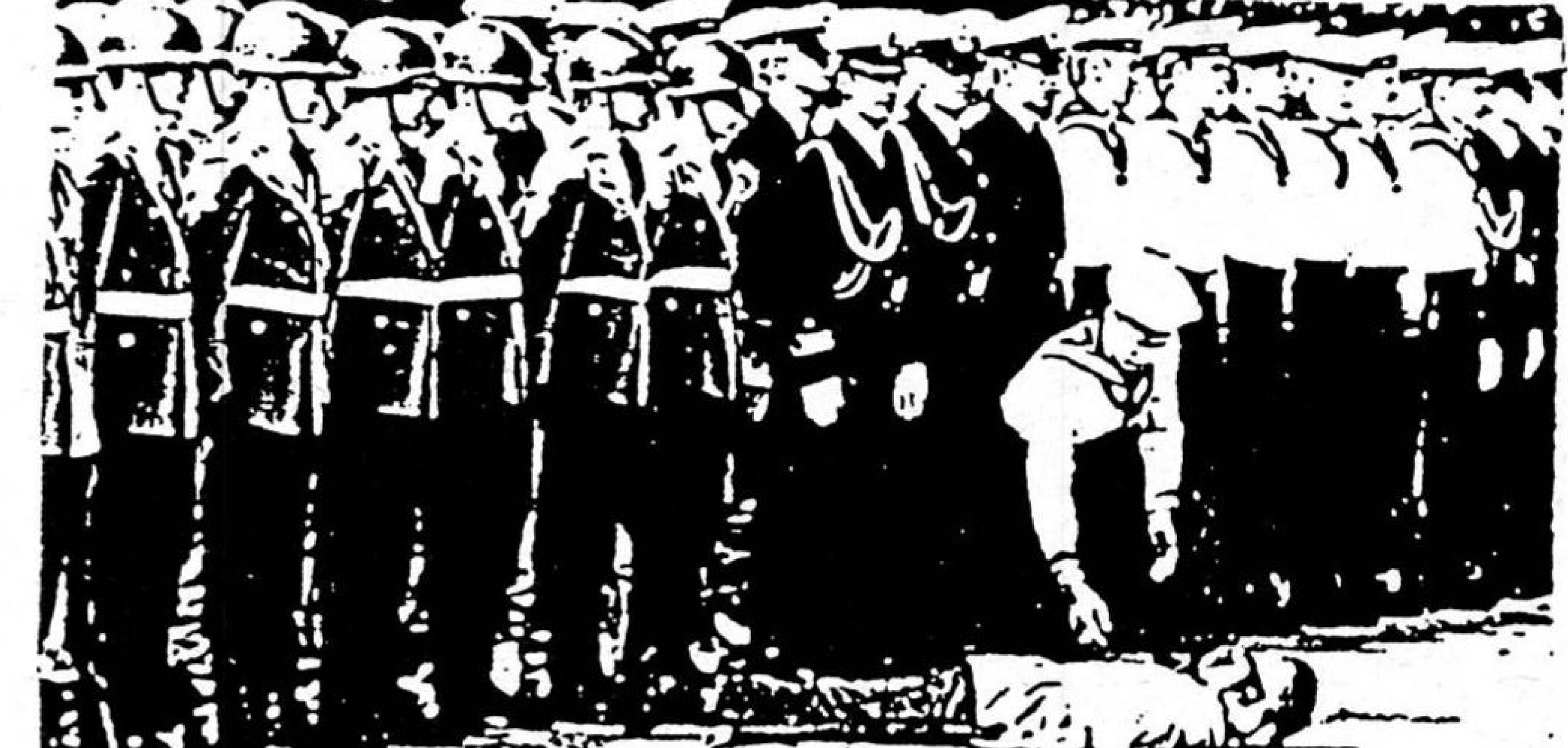
Wir sehen, daß es für das Kriegführen gegen andere Völker eine notwendige Voraussetzung ist, wenn in der eigenen Bevölkerung eine vorurteilsbeladene, ablehnende - rassistische Haltung gegenüber zukünftigen möglichen "Feinden" besteht. Als in den letzten Jahren von den Politikern damit begonnen wurde, Stimmung zu machen gegen "Asylschmarotzer" und "Wirtschaftsasylanten"(also: Flüchtlinge=unerwünschte AusländerInnen), da fiel das auf fruchtbaren Boden. Denn schon vorher wurden hier Menschen nichtdeutscher Herkunft mit einer gehörigen Portion Verachtung bedacht. "Gastarbeiter" wurden sie genannt, und: Spanjockels, Spaghettis, Kümmeltürken, Knoblauchfresser, die zu nichts besserem als Müllmänner und Dreckwegmacherinnen zu gebrauchen sind - und genau so wurde vielerorts mit ihnen umgegangen.
Nachdem nun der alte Feind, die Gefahr aus dem Osten gebannt ist, muß nun ein neuer Feind her. Dafür infrage kommen alle Völker, die im Besitz sogenannter strategisch wichtiger Rohstoffe sind. Und wir meinen, daß u.a.aus diesem Grund ein Bild von z.B. der arabischen Welt gezeichnet wird, in dem die Menschen von dort als verschlagen, terroristisch, irre, - eben: gefährlich erscheinen. Andere Völker werden mit entsprechend anderen Attributen ausgestattet, und da werden die Farbigen zu einer "Rasse" von "Dummbeuteln", die sich gegenseitig nur abschlachten können und ansonsten zu blöde sind, für ihre Ernährung zu sorgen.
Wir sehen, daß wir als Männer eine besondere Rolle in diesem "Spiel" einnehmen. Männer sind die Herren der Gewalt (und der Welt). Dabei ist weniger die Tatsache wichtig, daß wir einen Schwanz zwischen den Beinen baumeln haben, wesentlich ist das Denken!

Wir glauben nicht daran, daß wir per Geburt dazu auserkoren sind, die gesellschaftlich bestimmende Macht zu sein; über Frauen und andere, unter uns stehende Männer zu bestimmen oder zu herrschen: Männer (und Frauen) werden gemacht! - von Menschen, die ihre Lektion bereits gut gelernt haben.

Von klein an werden wir dazu erzogen, "richtige" Männer zu werden. Als Spielkameraden schießen wir uns mit dem Colt gegenseitig nieder, lernen durch unsere Umgebung, daß wir uns durchsetzen sollen, im Falle eines Falles eben mit Gewalt. Wir sind erzogen, unsere Ellbogen zu gebrauchen, gegeneinander zu konkurrieren und möglichst dabei zu gewinnen, nicht zu heulen, wenn uns danach zumute ist, Schmerzen tapfer zu ignorieren und unsere Gefühle zu beHERRschen. Furchtlos sollen wir sein, nach Macht über andere streben, herrschen, aber auch sich gegenüber "Höherstehenden" unterzuordnen und Befehle/Anweisungen zu befolgen.

Als "Herren der Schöpfung" glauben wir immer zu wissen, wo es lang geht. Den Platz, den wir für uns beanspruchen, gestehen wir meist Anderen (z.B. Frauen und Flüchtlingen) nicht zu. Unser Handeln sollen wir nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern vom Kopf. Wir dürfen auch ruhig mal agressiv werden und Konflikte mit Prügeln lösen. Frauen werden erobert und unterworfen. Wärme und Zuneigung, Geborgenheit und Zärtlichkeit sollen wir nur bei Freundinnen suchen, auf keinen Fall bei unseren Freunden. Richtige Männer sind hart, gegen sich und andere. Schwächen dürfen nicht gezeigt werden, und alle Eigenschaften, die als "weiblich" angesehen werden gelten als verachtungswürdig.
Hat ein Junge das alles in sich hineingefressen (gut gelernt), wird er mit dem Prädikat "ganzer Mann" ausgezeichnet; hat er nicht gut gelernt, wird er dafür als Waschlappen, Memme, schwul, weibisch und Schlappschwanz verachtet.

Dieses gesellschaftlich anerkannte Bild von Männern hat zur Folge, daß es zwar streckenweise ganz schön mühsam ist, die Anforderungen, die an ihn gerichtet werden zu erfüllen. Aber die Besserstellung, die Bevorteilung, die Machtpositionen - die Privilegien, die seine gesellschaftliche Stellung mit sich bringt, sind das Zuckerbrot, mit dem die Peitschenhiebe der "Zurichtung zum Mann" mehr als versüßt werden. Und es sind nicht nur die männlichen Privilegien, die das gesellschaftliche Miteinander prägen. Die Tatsache, daß in der BRD nahezu alle drei Minuten eine Frau vergewaltigt wird, das erschreckende Ausmaß von sexuellem Kindesmißbrauch, die bis unters Dach belegten Frauenhäuser, in denen Frauen Schutz vor ihren prügelnden Männern finden können usw sind ein paar Beispiele, die zeigen, von wem Gewalt und Unterdrückung ausgeht.
Die Erziehung zum Mann hat keine örtliche oder zeitliche Begrenzung. Was im Elternhaus und im Kindergarten begonnen wurde, das setzt die Schule, die Kirche, die Jugendgang, Lehre oder Uni und die Maloche fort.
Es liegt auf der Hand, daß solcherart vorgeprägte Menschen fast ideale Voraussetzungen bieten zum "Dienen bei der Truppe" und das Militär setzt dem Ganzen noch einmal die Krone auf. In der "Schule der Nation" kriegen die Rekruten ihren letzten Schliff verpasst. Und am Kreiswehrersatzamt kommt kein Mann vorbei! Die Erfassung und anschließende Musterung ist total, und die für "tauglich" Befundenen werden später in den Kasernen zu Spezialisten der Gewalt ausgebildet, inclusive Gehirnwäsche, bei der das Bild vom richtigen Mann nochmal ausgebaut und verfestigt wird. Mit Befehl und Gehorsam, Drill und Druck werden die letzten Kanten der eigenen Persönlichkeit weggehauen.
"Kommt der Mann in die Kaserne, wird ihm der Privatbereich entzogen.Selbst seine Kleidung wird gegen die Uniform eingetauscht. Dort treten sie nicht nur an ihn heran, sondern in ihn hinein. So erfährt der Mann eine für ihn bestimmte Zurichtung, die bis über die Leistungsgrenze hinausgeht. Diese Überschreitung der Grenze wird bis zur Besinnungslosigkeit praktiziert. DEn Druck, die Entmenschlichung und Entwürdigung in der allgemeinen Ausbildung zum soldatischen Mann vordergründig ertragen zu können gilt als "mannhaft" und ist somit positiv besetzt. Dieses Ertragen ist jedoch nur die Fassade, hinter der der unerbittliche Kampf gegen die eigenen Schwächen und alles "unmännliche" geführt wird. Die Verinnerlichung dieser kaputten Selbstdisziplinierung und Unterwerfung funktioniert bei auch noch so weit

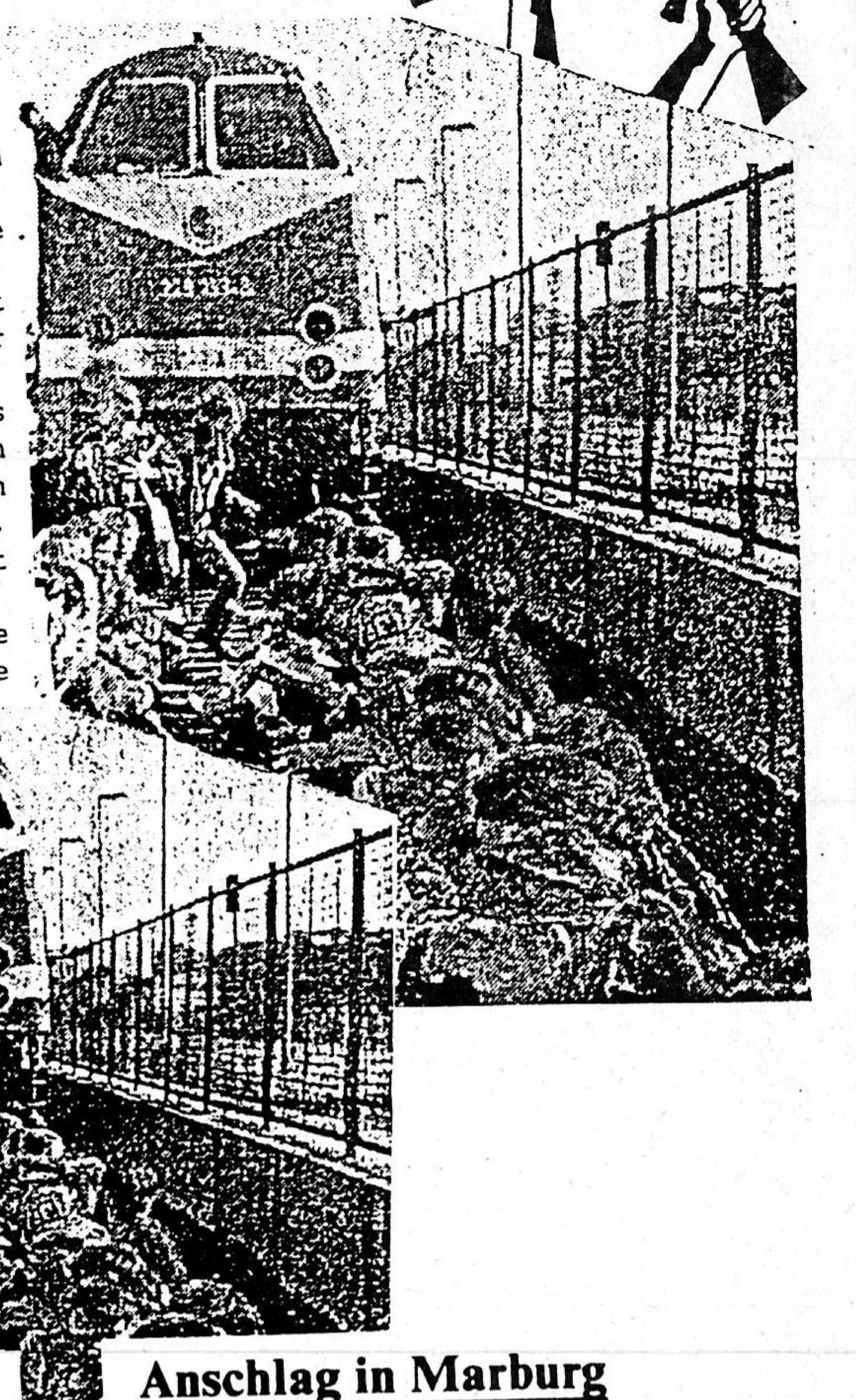


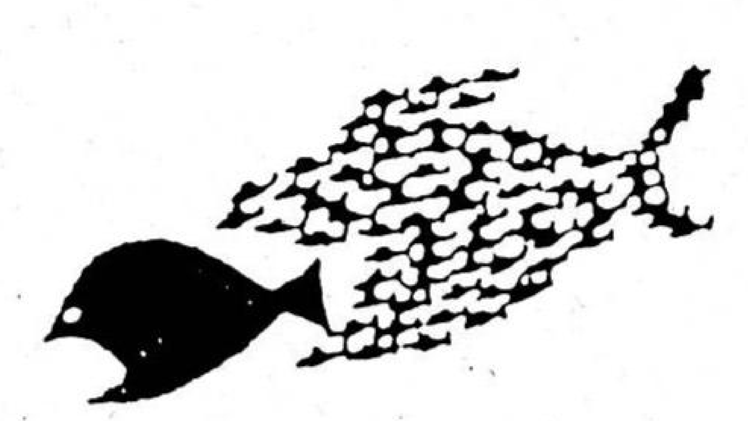
untenstehenden weißen Männern in der Gesellschaft darüber, daß ihnen Macht über Frauen und Farbige zugestanden und ihnen suggeriert wird, Herr über die eigene Person und Schwachheit zu sein. Mit anderen Worten: Die männlichen weißen "Sklaven" akzeptieren die Existenz von Hierarchisierung und patriarchalen Gewaltstrukturen insofern, als daß sie selbst Herr sein wollen oder können. Diese Akzeptanz macht jeden Mann zum permanenten Täter! Der soldatische Mann, hart gegen andere und sich, ist ein gesellschaftliches Leitbild. An diesem Leitbild verlaufen die Orientierungen von Jungen und Männern." (Flammende Herzen,1991)

"Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann!"

Was tun?
Neben der Möglichkeit, zur Bundeswehr zu gehen kannst Du Dich auch für den Dienst ohne Waffe entscheiden. Die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner) bietet Information und Beratung an. (Gibts auch in Deiner Stadt.)
Wenn Du für die Totalverweigerung offen bist, weil Du sowohl der Bundeswehr als auch dem Zivildienst ablehnend gegenüberstehst, wird Dir die DFG/VK sicherlich Adressen von Totalverweigerergruppen/-initiativen geben können.

Diese solltest Du dann auf jeden Fall aufsuchen und gemeinsam mit ihnen beratschlagen, wie dieser Weg für Dich aussehen könnte.
Wir können und wollen Dir in dieser Frage keine Ratschläge erteilen. Beide Wege haben so ihre Tücken.
Zum Zivildienst: Wenn Männer soziale Dienste machen wollen, ist das gut und zu begrüßen; und natürlich sind soziale Arbeiten allemal sinnvoller als strammstehen, marschieren und morden zu lernen. Es ist jedoch ein Unding wenn diese Arbeiten erzwungen und mit Dumping-Löhnen bezahlt werden. Das liegt daran, daß viele sozialen Dienste (zB Altenpflege) keine wirklich anerkannten Arbeiten sind. Unterbezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen sind in diesem Bereich nicht unüblich. Es kann Dir durchaus passieren, daß Du feststellen mußt, wie kalt, funktional und hierarchisch die Arbeit an, mit und für andere Menschen organisiert ist.
Für uns ist es eine offene Frage, ob der Zivildienst das Militär infrage stellt oder nicht. Klar ist jedoch, daß er im "Spannungsfall"(offizielle Bezeichnung) ein Kriegsdienst ohne Waffe ist.





40 WehrdienstgegnerInnen und Totalverweigerer blockieren einen mit Rekruten besetzten Zug in Potsdam (Oktober 93)

Zur Totalverweigerung: Unser Herz schlägt aus politischen Gründen für die Totalverweigerung und wir träumen davon, daß tausende von Männern sich dem staatlich verordnetem Zwang zum Dienen widersetzen und verweigern, aber wir wissen auch, daß eine solch kompromißlose Haltung gegenüber dem Militärdienst strafrechtliche Folgen hat (Geldstrafe, Bewährungsstrafe, bis hin zu mehreren Monaten Knast. Trotzdem wurden 1992 bundesweit ca 400 Totalverweigerer gezählt.) Wir glauben, daß die möglichen Folgen für Dich am besten zu bewältigen sind, wenn Du weißt, daß Freunde und Freundinnen hinter Dir stehen und Totalverweigerergruppen Dich aktiv unterstützen.
Wie immer Du Dich auch entscheidest, ob Du zum Bund gehst, Zivildienst leistest oder totalverweigerst: Wehren kannst Du Dich überall und vielfältig! Wir glauben nicht an Sprüche wie:"Das ist eben so, da kann man nix machen." Wir können sehr wohl was machen! Indem wir die Verantwortung für das eigene Denken und Handeln übernehmen. Wir können genau hingucken, wo wir im Alltag unsere Männlichkeit beweisen sollen; wo andere uns zu deutschen Herrenmenschen(-männern) machen wollen - und uns dem verweigern. Mehr noch: Wir können uns solidarisch zu all jenen verhalten, die durch die deutsche Männerherrlichkeit angegriffen und ausgegrenzt werden.

Verweigern wir uns der Gefolgschaft von Militär und Patriarchat(=Männerherrschaft)!

So, genug der Worte, wir sagen Dir hiermit Tschüß und wünschen Dir auf Deinem Weg das Allerbeste





(Weihnachts-)Männer gegen Befehl und Gehorsam / Flammende Herzen

Dezember 93

Anschlag in Marburg

Akten brannten im Kreiswehrersatzamt

MARBURG. Ein Brandanschlag wurde am Montag morgen auf das Marburger Kreiswehrersatzamt verübt. Von einem gezielten Anschlag bisher unbekannter Täter zur Vernichtung des Aktenbestandes der Behörde geht die Marburger Kriminalpolizei nach den ersten Ermittlungen aus, in die das Landeskriminalamt eingeschaltet wurde. Eine politische Motivation schließt die Kripo nicht aus, Bekennerschreiben gebe es aber nicht.

Eine gestern von den Ermittlern noch nicht näher bezifferte Zahl von Akten und Karteibeständen sowie Teile der Einrichtung und Büromaschinen sollen beschädigt und teils verbrannt sein. Über das genaue Ausmaß der Schäden wurden keine Angaben gemacht.

Die Täter sollen nach dem Durchtrennen eines Fenstergitters in einen Aktenraum im Erdgeschoß des Kreiswehrersatzamtes eingedrungen sein und an mindestens drei Stellen in den Büroräumen Feuer gelegt haben. Der von einem Anwohner gegen 6.30 Uhr entdeckte Brand sei von der Feuerwehr schnell unter Kontrolle gebracht worden, so daß keine größeren Gebäudeschäden entstanden seien, so ein Polizeisprecher.

Die Tragweite des Brandanschlags und Beeinträchtigungen für die Arbeit der Behörde konnte der Leiter des Kreiswehrersatzamtes, Harald Steinmüller, gestern noch nicht einschätzen. Durch den Brand beschädigt oder zerstört sei aber nur ein kleiner Teil der archivierten Akten über Wehrpflichtige und Reservisten aus den Kreisen Marburg-Biedenkopf und Vogelsberg, die beim für diese Region zuständigen Marburger Amt der Wehrüberwachung unterliegen.

Nicht betroffen durch den Brandanschlag seien Unterlagen für anstehende Musterungen und Einberufungen von Wehrpflichtigen. Hier werde es keine Verzögerungen geben, so Steinmüller. tap



Campagne pour un jour combat international Liberté pour tous les prisoniéres politicques dans le monde

Campaña por un dia internacional de la lucha para la Libertad de todos los presos politicos en el mundo

campaign for an international actionday Free all political prisoners in the world

Kampagne für einen internationalen Kampftag

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit

Aufruf des deutschen Initiativkreis Libertad!

"Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß '500 Jahre Kolonialismus und Widerstand' teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen, sozialen usw. Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den 'Internationalen Tag der politischen Gefangenen' festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und das wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können."
München, 6.7.92 (Moviemento Liberation Nacional/Puerto Rico, National Democratic Front/Philippinen, FMLN/El Salvador, MLN-Tupamaros/Uruguay)

Die Idee, die Solidarität mit den Gefangenen weltweit an einem Tag zu manifestieren, ist nicht neu. Schon lange lebt sie in den Herzen und Hoffnungen von vielen - der Gefangenen selber, bei den Menschen aus Solidaritätsgruppen und immer wieder in Gesprächen der verschiedensten Bewegungen aller Kontinente. Die Hoffnung, in internationaler Verbundenheit und gemeinsamen Kämpfen die Freiheit der Gefangenen zu erstreiten, wurde nie aufgegeben.

Unsere Initiative für eine internationale Kampagne entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftgipfel 1992 in München. Dort faßten die Vertreterinnen und Vertreter der genannten Organisationen unsere gemeinsame Diskussion zusammen. Mit Genossinnen und Genossen aus Befreiungsbewegungen und Basisgruppen verschiedenster Länder nahmen wir uns vor diesen Versuch zu wagen. Damit fangen wir jetzt an und geben die Gründung von Libertad!, dem deutschen Initiativkreis bekannt.

Die Menschenrechte werden nur revolutionär erkämpft. Keine Regierung, kein Staat, keine internationale Institution schenken sie uns. Wer da noch Illusionen hatte, wer vielleicht glaubte nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Staatssozialismus würden die imperialistischen Eliten zur Einsicht kommen, wird täglich eines Besseren belehrt. Im Namen der Menschenrechte werden Kriege zur Durchsetzung der alten "neuen Weltordnung" geführt. Hunger, Elend und Vertreibung sind der Alltag von immer mehr Menschen. Die Wahrzeichen des nunmehr weltweit herrschenden Kapitalismus sind Rassismus und

sexuelle Unterdrückung, Entmündigung und Ausbeutung. Die UNO schwingt sich auf zur zentralen Institution imperialistischer Politik und begeht täglich Verbrechen an den Menschen und Völkern.

Westeuropa, der alte Kontinent der Conquistadoren, erfährt seine historische Wiedergeburt als Zentrum kapitalistischer Macht und imperialer Größe. Was der Ost-West-Gegensatz 40 Jahre in Schach hielt, kann jetzt wieder ungehemmt schalten und walten. Großdeutschland ist Brandstifter - hier und immer öfter in der Welt. Deutsches Geld und Vernichtungstechniken - von den Isolationstrakten bis zum Giftgas in Halabja - haben seit Jahrzehnten einen guten Ruf bei allen Diktatoren und Militärregimes. Jetzt geht die Bundeswehr selbst zur Sache: "Germans to the front".

Die Internationale erkämpft des Menschen Recht

1917 löste in allen Winkeln der Erde bei den Unterdrückten eine Welle der Hoffnungen aus. Die Oktoberrevolution siegte. Ein neuer Anfang in der Geschichte der Menschheit schien gemacht. Diese Hoffnung begleitete alle Befreiungskämpfe bis in die jüngste Vergangenheit. Nicht erst heute, aber heute erst recht müssen wir nach den vielen verschiedenen beschrittenen Wegen und ihren Sackgassen von einer grundsätzlichen Krise dieser Zuversicht sprechen. Die Niederlagen, die emanzipatorische Politik in vielen Ländern erlitten hat, sind unsere gemeinsamen Niederlagen und nur zusammen können wir sie bewältigen. Wir haben historische Erfahrungen. Aber auch erst jetzt, wo die ganze Welt faktisch kapitalistisch ist, kann sich emanzipatorische Politik wieder freier entfalten: Das Ende des staatlichen Sozialismus hat nicht das "Ende der Geschichte" eingeläutet, sondern nur das Ende des Kapitalismus.

Wir gehören zu denen, die auf der Suche sind. Wir können nicht behaupten, daß uns sehr viel deutlich vor Augen ist; aber grundsätzlich sind wir uns einig: nichts darf so weitergehen wie bisher. Die von den Herrschenden und Profiteuren dieses Systems großangelegte, umfassende Zerstörung muß beendet werden. Dazu bedarf es unserer Auffassung nach eines gesellschaftlichen Widerstands und einer revolutionären Kraft.
Das ist unser Ausgangspunkt.

Das internationale Machthaberkartell ist auf dem Vormarsch. Das Prinzip der Profitmaximierung gilt scheinbar grenzenlos und ungehemmt. Allein in diesem Land wurden in den letzten Jahren Tatsachen geschaffen, vor denen wir nicht die Augen verschließen können. Die Armut ist nicht nur die tv-gerechte Aufbereitung der Probleme anderer Länder. Der Kapitalismus bleibt eine funkelnde Glitzerwelt, und doch wird der Verlust sozialer Vorzüge schonungslos im breitem Ausmaß sichtbar. Verschärfen wird sich faschistische, rassistische und sexistische Gewalt - verschärfen wird sich der Existenzkampf.

Für Frauen wird es jeden Tag dringender, sich in dieser explosiven Gesellschaft mit allen Mitteln ihrer Haut zu erwehren. Und über zwanzig von Faschisten ermordete Menschen allein in diesem Jahr. Die alltäglichen rassistischen Übergriffe, denen ausländische und behinderte Menschen ausgesetzt sind, lassen sich nicht mehr zählen.

Auch diese Entwicklung macht es zwingender nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Ein neues Projekt der Befreiung muß erst geschaffen werden. Aus diesen Zuständen und gegen sie!

Viele Ideen und Vorstellungen, aber auch Diskussionen an Widersprüchen, anderen Sichtweisen und Erfahrungen werden dafür die Grundlage bilden. Noch ist kein Wendepunkt in Sicht - während die Irrfahrt der Weltpolitik der Herrschenden andauert, und wir ihnen Schläge versetzen müssen.



Der internationale Kampftag

Die Initiative für einen internationalen Kampftag weist alle Hoffnungen auf "Lösungen von oben" zurück. Gerade auch in unserem Land ist das Vertrauen auf die eigene Kraft viel zu oft der Hoffnung auf staatliche Vernunft gewichen. Das hat die letzten Jahre geprägt - und das längst nicht nur in der Frage der Gefangenen. Wir müssen die Sache selber in die Hand nehmen, wie die Menschen ihre Angelegenheiten immer und überall selber in die Hand nehmen müssen. Sonst wird es etwas gegen uns und nicht für uns. Dazu müssen wir dieses Verhältnis, da wo es verloren gegangen ist, zurückerobern. Darum geht es dieser Initiative. Sie wäre sonst nicht Teil eines Emanzipations- und Widerstandsprozesses. Sie wäre bloß ein Aufguß ausgelaugter Konzepte und politischer Schliche, mit denen die Hoffnungen auf Verbesserung unserer Lage betrogen werden.

Die Initiative kann aber eine internationale Bewegung werden, eine aus den Kämpfen für menschenwürdige Bedingungen und Solidarität mit den Gefangenen in allen Ländern gewachsene Einheit. Weltweit werden Menschen verfolgt, getötet, gefoltert und eingesperrt, die um gesellschaftliche Befreiung kämpfen. Nicht selten konnte ihr Widerstand in den Knästen auch die Bewegungen "draußen" ermutigen. Und nur im Kampf stark gewordene Widerstandsbewegungen konnten und können ihre Gefangenen befreien!

Einen internationalen Kampftag kann man nicht einfach ausrufen. Das ist kein Plan, im Hinterzimmer ausbaldowert, sondern eine Bewegung, die entstehen muß. Sie kann nur wachsen im Bewußtsein von vielen Menschen rings um die Welt. Einen Tag - und dann welchen? - festzulegen, können wir nur denken, in der gemeinsamen Anstrengung vieler Menschen und Gruppen, vieler Aktionen, Vorstöße und Anläufe. In diesem Land und mit den Komitees für den Internationalen Tag, die sich in anderen Ländern bilden werden. Die Illusion schneller Erfolge und kurzfristiger Kampagnen haben wir nicht.

Und natürlich geht es nicht nur um einen Tag, sondern um alle Tage des Streites, des Protestes, des Widerstands und der Solidarität mit den eingeknasteten Genossinnen und Genossen. Egal wo, egal aus welchen Kämpfen und Organisationen. Es soll ein Kampftag sein, an dem die Forderung so breit und offensiv wie möglich weltweit öffentlich präsent ist. Die Protest- und Kampfformen sollen so vielfältig und unterschiedlich sein wie die Menschen, die ihn gestalten. Das wird letztlich den Charakter dieses Tages bestimmen - fern ab aller Unterschiede über den Weg, wie die Freiheit der Gefangenen oder eine andere Gesellschaft zu erkämpfen ist. An einem Tag wird sich das sowieso nicht entscheiden - auch wenn er jährlich begangen wird.



"Es gibt keine politischen Gefangenen in Deutschland"

Das war und ist Regierungsdirektive seit 20 Jahren gegen die Gefangenen aus Guerilla und Widerstandsgruppen. Die Kriminalisierung und Entpolitisierung von Fundamental-opposition ist für die Bundesrepublik konstitutiv. Gegen diese Leugnung des politischen Charakters der revolutionären Kämpfe seit 1968 war es notwendig den Begriff 'politische Gefangene' durchzusetzen.

Der Begriff des politischen Gefangenen ist problematisch. Er ist Definitionssache und abhängig von Interessen und Zielen. Für die einen schließt er Gefangene, die aus sozialer Not stehlen aus; für die anderen schließt er gefangene Nazis und Kriegsverbrecher ein, während wieder andere die im Kampf eingesetzten Mittel zum Kriterium nehmen.

Wir verstehen uns mit dieser Initiative als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung. Die in ihren Kämpfen, Mobilisierungen und Aktionen gefangen genommenen Genossinnen und Genossen, die von den Machthabern in allen Ländern drangsalierten Menschen definieren unseren Begriff des politischen Gefangenen selbst: Es sind die Gefangenen aus den Widerstands-, Befreiungs- und Basisprozessen in aller Welt, es sind die Gefangenen aus den Klassenkämpfen für die Abschaffung der Klassengesellschaft. Und natürlich kann eine internationale Kampagne für die Freiheit der Gefangenen nur greifen, wenn sie auch das Ziel hat, das Unterdrückungs- und Knastsystem insgesamt zu brechen.

Die Basis internationalistischer Solidarität ist der eigene Kampf. Ohne ihn wird alles zur Proklamation. Wir kennen das Argument, daß erst die eigene Sache auf die Beine gestellt werden muß, bevor man in die Welt geht. Da ist was dran. Und natürlich dann, wenn es schlecht steht um unseren Kampf. Wir wissen das auch: Die Probleme überwiegen. Die Linke ist schwach und unsere Gefangenen sind noch nicht einmal

zusammengelegt. Und natürlich stellt sich die Frage, ob nicht versucht wird der eigenen Realität auszuweichen, anstatt das Nächstliegende im eigenen Land zu tun. Aber was ist das Nächstliegende?

Unser Freiheitskampf richtet sich gegen die herrschenden Verhältnisse. Und die sind international, wenn auch in den verschiedenen Ländern und Kontinenten unterschiedlich ausgeprägt. Gemeinsam gegen diese Zustände zu kämpfen ist kein Umweg oder Ersatz für den Kampf im eigenen Land. Das gilt auch in Bezug auf die Gefangenen. Mehr denn je erpreßt in diesem Land der Staat die gesamte radikale Linke mit den Gefangenen. Auf die Jahrzehnte der Isolation aufbauend ist die Maxime: Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, Akzeptanz des Staates und Individualisierung - oder Knast auf ewig. Das stellt alle vor schwerwiegende Entscheidungen, drinnen wie draußen.

Und gerade weil es eine Veränderung der Situation der Gefangenen nur um den Preis völliger politischer Selbstaufgabe zu geben scheint, müssen wir die nationale Enge durchbrechen und neue Kraft schöpfen. Für uns ist das kein Widerspruch. Das Eine bedingt für uns das Andere. Und weil es so ist, braucht es den Zusammenschluß aller, die diese weltweite kapitalistische Zwangsgesellschaft zum Teufel jagen wollen.

Libertad!, die Initiative für eine weltweiten Kampftag kann, wenn sie zu einer Bewegung wird, auch neue Kräfte und frischen Wind im Kampf um das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen in Deutschland freisetzen. Aber dieser Freiheitskampf hat keine Maßeinheit in Wochen oder Monaten.

LIBERTAD!

Gründung des Initiativkreises und die ersten Schritte

Seit dem Gegenkongreß in München ist ein Jahr vergangen. Wir haben diese Zeit gebraucht, um uns zueinander sicher zu werden und sicher zu gehen, daß der Initiativkreis !Libertad! den ersten Aufruf überlebt.

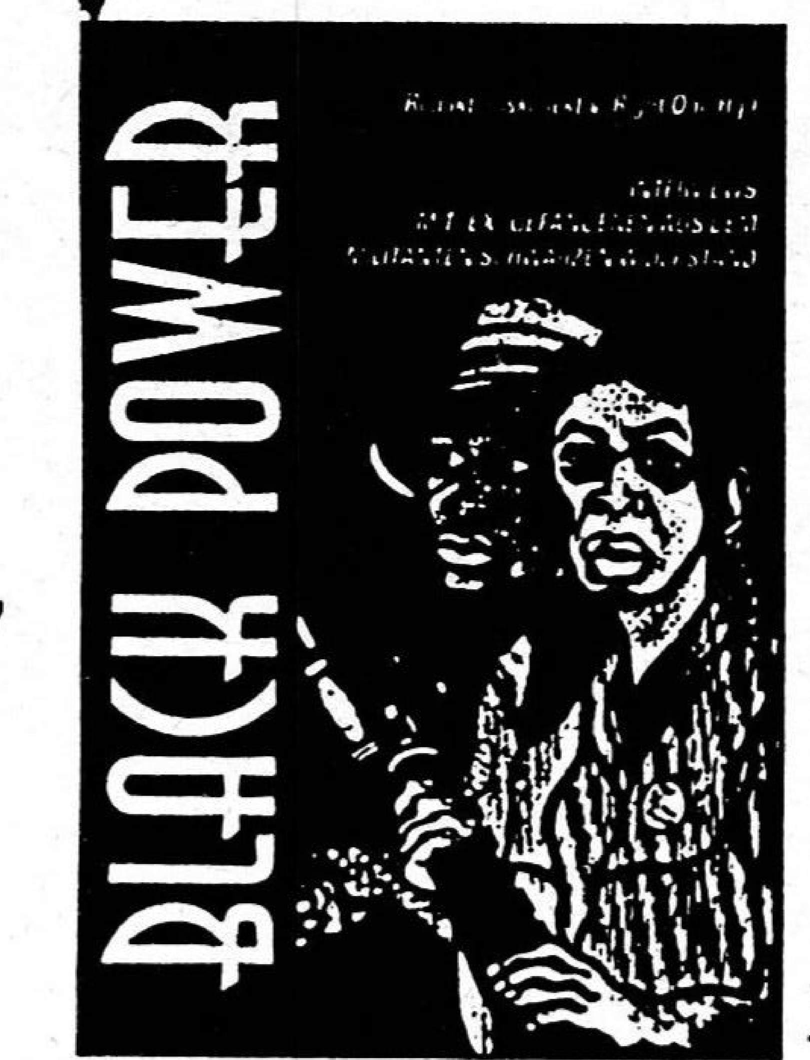
Wir gehen jetzt an die Öffentlichkeit, um diese Idee des Internationalen Tages vorzustellen und zu verbreiten. Die Initiative ist offen. Wir werden mit interessierten Gruppen gerne Informationsgespräche führen und Infoabende veranstalten, um die konkreten Überlegungen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Arbeit zu vermitteln. Längerfristig soll eine Struktur lokaler Komitees und bundesweiter Arbeitsgruppen von Libertad! entstehen. Für die erste Hälfte des nächsten Jahres planen wir eine öffentliche Arbeitskonferenz, um gemeinsam die weiteren Vorhaben zu besprechen und anzugehen.

Unser Ziel ist es, daß viele Menschen, Gruppen und Organisationen die Kampagne zu ihrer Sache machen - daß dieser Internationale Kampftag für die Freiheit mithilft das gesellschaftliche Klima zu verändern.

Wir wollen gemeinsam die Initiative ergreifen: gegen die Vernichtung unserer Geschichte, gegen die Vernichtung der Gefangenen, gegen die Zerstörung der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung.

Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit der Kämpfe!

K o n t a k t :
Libertad! c/o "3. Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt/M
S p e n d e n :
Libertad! KNr.: 10 215 811, Ökobank FFM (BLZ 500 901 00)



Redaktionskollektiv ›Right On‹ (Hg.)
Black Power
Interviews mit politischen Gefangenen aus dem militanten Schwarzen Widerstand

NEUERSCHEINUNG 1993

180 Seiten, 18,– DM
ISBN: 3-89408-031-1

»Wir haben nach Südafrika die zweitgrößte Anzahl von Gefangenen weltweit, und natürlich spielt Rassismus dabei eine Rolle. Viele der schwarzen Gefangenen, die ich hier treffe, kommen irgendwann raus und versuchen sich auf der Straße für die Folter und Unterdrückung, die sie im Knast erleiden mußten, zu rächen. Sie rächen sich dann nicht an den Schließern oder anderen Vertretern des Systems, sondern an irgendeiner unschuldigen Person, die dann das Opfer des jahrelang aufgestauten Hasses wird. Im Knast haben wir jahrelang versucht, die rivalisierenden Mitglieder der Bloods und Crisps (die größten Jugendgangs in Los Angeles) zusammenzubringen, um zu verhindern, daß sie sich auf der Straße gegenseitig umbringen. Im Knast ist uns das vor ein paar Jahren gelungen, und jetzt hat sich diese Entwicklung auch auf der Straße ausgewirkt – die beiden Gangs haben während der Rebellion in Los Angeles einen Waffenstillstand geschlossen. Jetzt versucht der Staat mexikanische und schwarze Jugendliche gegeneinander aufzubetzen. (...)
Zu Zeiten von George Jackson in den 60er Jahren waren wir schon einmal mit dieser Situation konfrontiert – die Gefangenen über Rassengrenzen hinweg zu organisieren und zum gemeinsamen Handeln zu bringen.«
Geronimo ji-Jaga Pratt, ehemaliger Verteidigungsminister der Black Panther Party, seit 1969 in Haft. Amnesty International, US-Parlamentarier und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren seine Freilassung.

Das Buch enthält Interviews mit Geronimo Pratt, Abdul Majid, Bashir Hameed, Ramona Africa, Mumia Abu-Jamal und Saffiyah Bukhari-Alston. Sie äußern sich ausführlich zur Geschichte der *Black Panther Party (BPP)*, der *Black Liberation Army (BLA)* und *Move*, zum schwarzen Widerstand Ende der 60er und in den 70er Jahren, ihren Festnahmen und (auf Konstrukten aufgebauten) Verurteilungen. Die Gefangenen beschreiben ihre Haftbedingungen und nehmen zur aktuellen Situation in den USA und den Diskussionen um den schwarzen Widerstand Stellung.
Darüberhinaus beinhaltet das Buch einführende Texte des Redaktionskollektivs, die ersten programmatischen Texte der BPP und BLA sowie einen Beitrag über die Repression und das Knastsystem in den USA.

Wann kommt Irmgard Möller raus?

Zum aktuellen Stand des Verfahrens und der Mobilisierung für die Freilassung von Irmgard Möller



Wir wollen alle, die sich in der Unterschriftenaktion, der Grußaktion in der „taz“ und der Demonstration vom 9. Oktober 1993 in Lübeck für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller eingesetzt haben, über die neueste Entwicklung in dem Verfahren zu ihrer Entlassung informieren. Und wir wollen zur Fortsetzung der Mobilisierung und zu verstärkten Anstrengungen für ihre Freilassung aufrufen.

Der Bruch unter den Gefangenen und der RAF hat die Situation verändert. Wir können nicht so tun, als wäre nichts passiert. An der Notwendigkeit, die Freiheit aller Gefangenen zu erkämpfen, hat sich für uns nichts geändert. Wir setzen uns mit den Folgen dieses Bruchs auseinander und arbeiten gleichzeitig an weiteren Initiativen für die Freiheit von Irmgard und allen anderen Gefangenen. Nur wenige haben bisher eigene Fragen und Positionen veröffentlicht. Die meisten Reaktionen reichen von Hilflosigkeit bis Fraktionierung. Natürlich nimmt die Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation real viel Zeit und Gedanken in Anspruch. Aber das darf nicht dazu führen, daß die konkreten,praktischen Initiativen, Aktionen und auch Reaktionen aufgegeben werden.

So setzte z.B. die KGT (Koordinierungsgruppe Terrorismus) am 11.11.1993 das Gerücht in die Welt, die Gefangenen wollten kollektiven Selbstmord begehen. Gegen diese absurde Behauptung, die in der aktuellen Situation nur als unverhohlene Drohung verstanden werden konnte, fanden vor mehreren Knästen Kundgebungen statt.

Wir fordern alle auf, mit uns oder mit den eigenen politischen Zusammmenhängen weitere Initiativen zu ergreifen.

Die Demonstration vom 9. Oktober hat gezeigt, daß wir so wenige nicht sind. Wir waren tausend bei einer Mobilisierung, die hauptsächlich im norddeutschen Raum stattgefunden hat, und auf der viele noch gefehlt haben, die auf einer anderen Ebene politische Eingreifmöglichkeiten wahrnehmen könnten und müßten. Wir denken dabei an alle diejenigen, deren Politisierung wie Irmgards in den 60er und 70er Jahren stattfand und die auch heute dem Staat nicht zubilligen, seine FeindInnen nach ihrer Festnahme oder in der Gefangenschaft zu vernichten. An diejenigen,die die Frage der Einhaltung von Menschenrechten gegenüber den politischen Gefangenen nicht von der Existenz oder Nichtexistenz militanter oder bewaffneter Aktionen draußen abhängig machen. Und erst recht nicht vom Abschwören der Gefangenen von ihrer Geschichte und politischen Überzeugung. Für uns geht es u.a. darum, das Auslöschen der Geschichte des revolutionären Kampfes und des Widerstandes in der BRD, das der Staat auch an den politischen Gefangenen durchsetzen will, zu verhindern.

Nach der Demonstration, die allen und auch Irmgard und den anderen politischen Gefangenen Mut gemacht hat, wurden wir konfrontiert mit einer neuen Entscheidung auf Justizebene , die Irmgards Freilassung weiter verzögerte und in Frage stellte. Ohne Vorankündigung war Anfang Oktober die für das Entlassungsverfahren zuständige Kammer des Lübecker Landgerichts - angeblich entsprechend dem üblichen Geschäftsverteilungsplan - ausgewechselt worden und das neubesetzte Gericht machte, im Gegensatz zum vorher zuständigen, die Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens zur Voraussetzung für die Anhörung von Irmgard. Nachdem Irmgard abgelehnt hatte, sich für ein solches Gutachten befragen und untersuchen zu lassen, beantragte die Staatasanwaltschaft Heidelberg beim Gericht, Irmgards Antrag auf Entlassung abzulehnen wegen fehlender Mitwirkung und eine Frist von 2 Jahren festzulegen, innerhalb der Irmgard keinen neuen Antrag stellen darf.

Wenn auch das Gericht der Staatsanwaltschaft nicht folgte, sondern jetzt ein psychatrisches Gutachten nach Aktenlage erstellen läßt und damit im Entlassungsverfahren fortfährt, drückt die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft - hinter der die Bundesanwaltschaft steht - deutlich den Vernichtungswillen gegenüber Irmgard und mit ihr gegenüber allen politischen Gefangenen aus. Ein Vernichtungswillen, der auch in der Fortsetzung der nach 23 Jahren kaum modifizierten Sonderhaftbedingungen gegen alle politischen Gefangenen ,in den Kronzeugenprozessen gegen bereits zu mehrmals lebenslänglich verurteilte Gefangene und in der verschärften Einzelhaft gegen Birgit Hogefeld zum Ausdruck kommt.

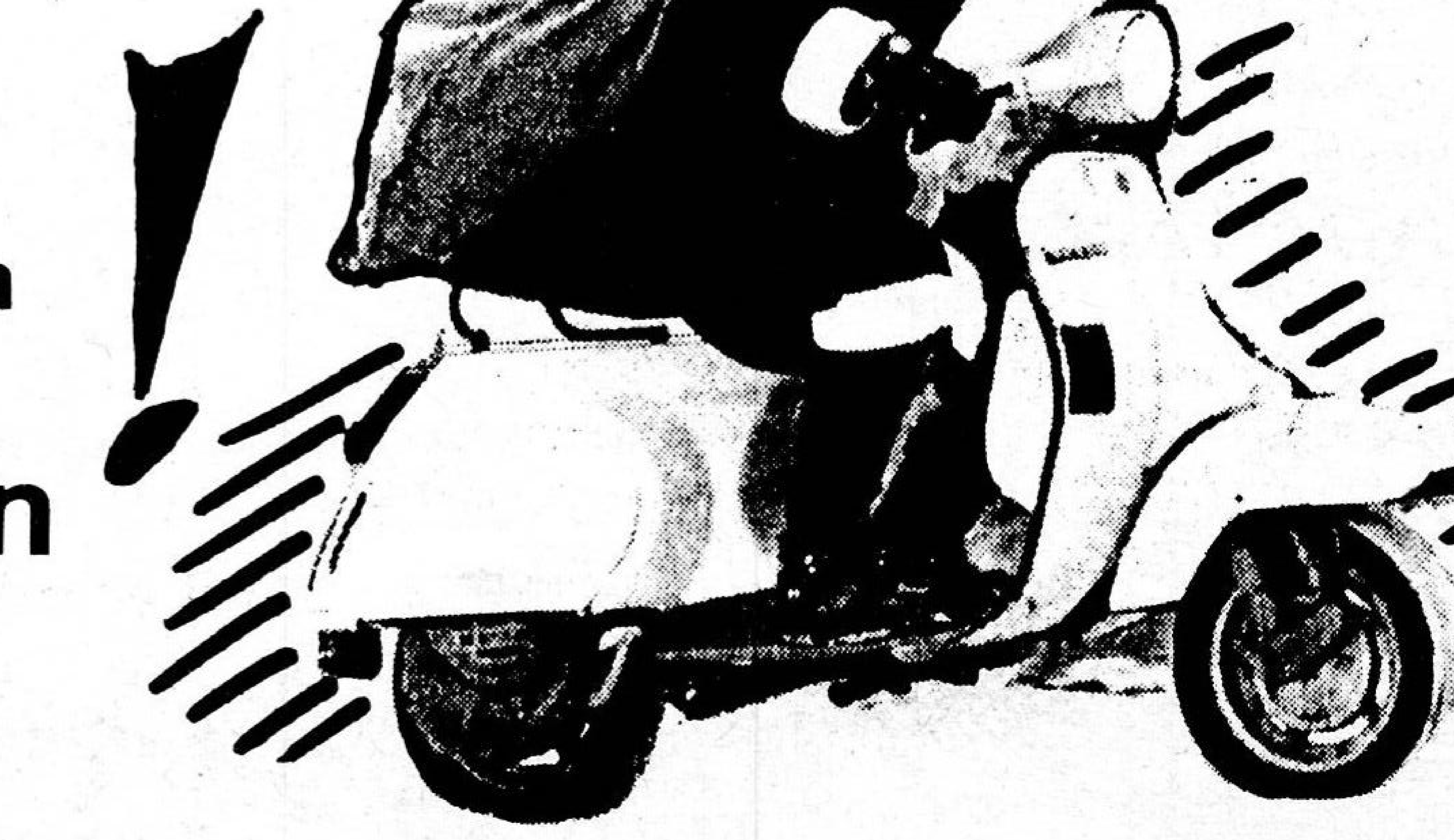
Wir müssen ganz klar sehen, es geht für den Staat nicht um die Frage, ob Irmgard oder andere Gefangene aus der RAF und dem Widerstand nach dem Knast wieder bewaffnet kämpfen oder nicht. Es geht darum, ob sie an ihrer Geschichte und ihrer Gegnerschaft zum existierenden System festhalten. Irmgard steht für fast die gesamte Geschichte der RAF und fast die gesamte Geschichte des Kampfes der politischen Gefangenen. Als einzige Überlebende der Nacht vom 18.10.77 in Stammheim widerspricht sie der staatlichen „Selbstmord“version und soll auch deshalb nicht freigelassen werden.

Wenn überhaupt sollen Irmgard und die anderen politischen Gefangenen erst rauskommen, wenn sie sich und ihre Geschichte vollständig verleugnen. Es liegt an uns, den Staat daran zu hindern, die politischen Gefangenen bis an ihr Lebensende in Gefangenschaft zu halten.

Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller und Bernd Rössner!
Freiheit für alle politischen Gefangenen - ihre Zusammenlegung bis dahin!

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen in der BRD
Initiative für die Freilassung von Irmgard Möller
c/o Schwarzmarkt, kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

RAUS mit den Gefangenen



Ende oder Neuanfang?

Zur Diskussion `Drinnen und Draußen` nach dem Bruch zwischen der RAF und der Mehrheit der Gefangenen

Die Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen aus RAF und Widerstand (siehe dazu den Artikel `Kampf zweier Linien` im `ak` Nr. 358, 22.9.93) ließen eine Zäsur schon seit Monaten wahrscheinlich werden. Trotzdem kam die Art und Weise des nun medienwirksam vollzogenen Bruchs überraschend und hat politisch fatale Auswirkungen.

Zum bisherigen Verlauf der Debatte

Nach der Erklärung der RAF vom April `92, in der sie ihre neue Politik begründet, gab es anfangs nur öffentliche Kritik von den Gefangenen aus dem Widerstand Ali Jansen/Bernhard Rosenkötter/Michael Dietiker. Erst die ausführlichere August-Erklärung der RAF wurde vom RAF-Gefangenen Christian Klar in einem 5-Zeilen-Leserbrief in der `Konkret` als "linksdeutsche Einseiferei" qualifiziert. In Briefen äußerten auch die RAF-Gefangenen Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt, Heidi Schulz und Rolf Heißler Kritik an der neuen Politik der Illegalen. Allerdings beschränkte sich diese Kritik lediglich auf deren 2 Fraktionen-Theorie im Staatsapparat und ihre Einschätzung der KGT-Initiative. Am grundsätzlichen Konzept der neuen Linie (Gegenmacht von unten, Gradualismus/Reformismus, Staatsbegriff) wurde von den Gefangenen keine Kritik geübt. Die von Helmut Pohl im Namen von 7 weiteren Gefangenen aus der RAF im August `93 abgegebene Erklärung, in der der von der KGT initiierte Vorschlag, einer kurzzeitigen Zusammenlegung der Gefangenen zur Unterzeichnung einer Kapitulationserklärung, zurückgewiesen wurde, enthält keinerlei Grundsatzkritik an der Politik der Illegalen.

GenossInnen, die `draußen` die Neubestimmung aus feministischer, kommunistischer, traditionell-antiimperialister Sicht kritisierten, wurde häufig mit dem Entsolidarisierung- und Spaltungsvorwurf begegnet. Diese Methode findet in der Erklärung der RAF vom 6.11. fröhliche Urständ. Dort werden die KritikerInnen pauschal als "SchwätzerInnen, die nur Scheindiskussionen führen und sich nie praktisch verhalten haben" diffamiert.

Der Bruch

Am 29.10.93 veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine von Brigitte Mohnhaupt im Namen von Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Sieglinde Hofmann, Rolf Heissler, Rolf Clemens Wagner, Eva Haule, Adelheid Schulz, Christian Klar und Helmut Pohl abgegebene Erklärung, in der sie den Bruch zur RAF und den Celler Gefangenen Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer und Birgit Hogefeld bekanntgeben. "Der Inhalt unserer Beziehungen ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen."

Hintergrund dieser Vorwürfe ist, daß die Celler in Einvernehmen mit den Illegalen und der in Bad Kleinen verhafteten und seither in Einzelisolation inhaftierten Birgit Hogefeld über den AL-Politiker und Ex-Verteidiger von RAF-Gefangenen Christian Ströbele Kontakte zu führenden Personen aus der Wirtschaft (Edzard Reuter) und des öffentlichen Lebens (Ignaz Bubis) aufgenommen haben, damit diese Druck auf die Regierung ausüben um eine Lösung in der Gefangenenfrage zu erreichen. Damit wäre eine 23 jährige militärische Konfrontation in der BRD beendigt. Umgekehrt wäre die RAF bei einem negativen Ausgang dieser Sondierungen gezwungen, zur Konfrontation zurückzukehren, um Druck auszuüben (so stand es schon in der Erklärung nach dem Anschlag in Weiterstadt). Die Auseinandersetzungen haben also nichts damit zu tun, ob eine Gruppe für oder gegen Gewalt ist, sondern ob revolutionäre Gewalt eingesetzt werden soll, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, sich in der Gefangenenfrage zu bewegen, um dann das Kapitel `bewaffneter Kampf in der BRD` zu beenden oder ob es eine eigenständige politische Bestimmung der RAF im Sinne einer revolutionären Intervention in der Metropole gibt. Deshalb auch die Passage von Eva Haule in ihrer Pozeßerklärung, in der sie eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes der RAF ablehnt, wenn dieser Schritt mit der Situation der Gefangenen begründet wird. "Wir lehnen das ab, einen von jeder politischen Bestimmung entleerten Aktionismus der RAF im Zusammenhang mit uns wollen wir nicht und einen Tauschhandel wird es mit uns nicht geben (aus clockwork 129a, Nr.33.34).

Das Ende der 'Befreit-die-Guerilla-Guerilla'?

Schon an diesem Punkt wurde nicht analysiert, ob das böse Wort von der `Befreit-die-Guerilla-Guerilla` jenseits aller Polemik nicht seit 1975 einen realen Kern hatte.

Schließlich erklärte Helmut Pohl zu den Ende der 70er Jahre in die DDR exilierten RAF- AussteigerInnen und späteren KronzeugInnen, daß diese eigentlich nur aus humanitären Erwägungen zur RAF gestoßen seien, weil sie die Situation der Gefangenen zum Handeln motivierte.

Hier sind wir bei den oben erwähnten fatalen Entwicklungen dieser Art der Spaltung angelangt. Nicht die Trennung an sich ist zu kritisieren. Inhaltslose Zusammenhalte-Appelle, weil wir doch alle zusammenhalten müssen, sind zwar gut gemeint, können aber revolutionäre Perspektiven behindern. In der Geschichte der kommunistischen Bewegung gab es genügend Beispiele für die fatalen Folgen einer versäumten oder zu spät vollzogenen Trennung. Ein bekanntes Beispiel ist die zu spät vollzogene Trennung des Spartakusbundes und anderer linksradikaler Gruppen von der zentristisch-pazifistischen USPD während des 1. imperialistischen Weltkriegs und Lenins Kritik daran.

Persönliche Enttäuschung oder Grundsatzkritik an der neuen Politik?

Problematisch ist vielmehr der Auslöser des Bruchs; der versuchte `Deal` der Celler, Birgits und der Illegalen mit Staat und Kapital, aber nicht vordergründig die `neue Politik`, die dazu führte.

Es ist verständlich, daß sich die 11 Gefangenen persönlich hintergangen fühlten, als sie zufällig erfuhren, daß hinter ihrem Rücken über ihre Zukunft verhandelt werden sollte. Diese Geheimhalung wurde von den Cellern damit begründet, daß sonst diese Initiative von den anderen Gefangenen verhindert worden wäre. Kein Wunder, daß diese sich subjektiv verraten fühlen und entsprechend reagieren. Die Briefe von Heidi Schulz, Rico Prauss, Christian Klar, Helmut Pohl, Rolf Heissler sowie die Prozeßerklärungen von Rolf Clemens Wagner und Eva Haule sind in der aktuellen Clockwork 129a Nr. 33 34

dokumentiert (zu beziehen über `clockwork 129a`, Leibnitzstraße 24, 55 118 Mainz). Die teilweise übertriebene Härte vorallem gegenüber Birgit Hogefeld und die Vorwürfe gegen die Illegalen korrespondieren mit dem Fehlen einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Stellungnahmen zur neuen Politik oder dem Frontprozeß in den 80er Jahren.
Die meisten, der bisher bekanntgewordenen Stellungnahmen von GenossInnen `draußen` vermeiden einen so eindeutigen Bruch mit den Cellern und Birgit. Schließlich ist subjektiver Verrat an den 11 Gefangenen nicht gleichzusetzen mit politischen Verrat, der allein diesen totalen Bruch rechtfertigen würde.

Fragen die RAF und die Gefangenen

Mehrere GenossInnen formulierten Fragen an beide Gruppen. Sie machen Widersprüche offen, die durch die scheinbare Klarheit des momentanen Bruchs verdeckt wurden. Nur einige Beispiele:

- Die Lübecker Gefangenen Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby haben sich neben den Cellern aktiv für die neue Politik der RAF nach der Aprilerklärung eingesetzt; Irmgard hat diese Erklärung im Namen aller Gefangenen unterstützt. Bisher gibt es von ihnen keine öffentliche Erklärung, wo für sie der Bruch mit dieser Politik einsetzte. Diese Frage stellte der Gefangene aus dem Widerstand Norbert Hofmeier, der eine kritische Unterstützung der Celler und Birgit äußert, ebenfalls an die Lübekerinnen.
- Helmut Pohl schrieb noch in seiner August-Erklärung: "Heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den Versuch (KGT-Initiative P.N.) als überholt anzusehen. Wenn (...) sie glauben, die Ernte der letzten zwei Jahre einfahren zu können (...), dann kann ich ihnen gleich antworten. Ich mache die politische Aussage, die ich die letzten Jahre vertreten habe, heute nicht mehr. Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein." Hier wäre doch zumindest ein Ansatz zum Weiterdiskutieren. Wenn Helmut in der neuen Politik eine gewisse Zeit positive Momente gesehen hat, worauf haben sich diese Hoffnungen gegründet? Wann hat er, anders als die Celler, die Illusionen verloren?

Die RAF schreibt in ihrer Replik auf Brigittes Brief, daß es von einigen Gefangenen, die die dort genannt werden, um 1990 herum eine Initiative gab, daß die Illegalen den bewaffneten Kampf einstellen sollen, damit die Möglichkeiten einer Freilassung der Gefangenen erleichtert wird. Mittlerweile hat Helmut den Fakt bestätigt, nur die Interpretation anders gewichtet. Warum haben die Gefangenen nicht selbst etwas dazu geschrieben, um der RAF die Gelegenheit zu nehmen, das nun in der unsolidarischen Schlammschlacht den Gefangenen um die Ohren zu hauen.

Perspektiven:

Das Interesse an der Klärung dieser Fragen und Widersprüche vor einer vorschnellen Positionierung ist positiv zu bewerten und könnte dahingehend interpretiert werden, daß die Diskussionen der letzten Jahre Ergebnisse zeigen. Statt kritikloser Unterordnung unter die Politik der Gefangenen wird versucht, stärker eigene Kriterien zur Auseinandersetzung mit der Politik der Gefangenen bei Beibehaltung der prinzipiellen Solidarität zu entwickeln. Das ist kein Plädoyer für eine neutrale Haltung im Konflikt. So ist die Stellungnahme der schweizer GenossInnen vom Komittee gegen Isolationsfolter (KGI) nachvollziehbar, die den offenen Bruch für längst überfällig halten und aus einer von ihnen schon früher entwickelten kommunistischen Kritik an den Positonen der RAF, die Gefangenen um Brigitte unterstützen.

Klassenkampf...

Ihre Kritik ist u.a.: "Es ist immer die politische Schwäche der eigenen, der revolutionären Seite, welche die Grundlage für letzliche Niederlagen schafft. Und eine der politischen Schwächen ist, dass das Projekt RAF keine Fortsetzung ihrer ursprünglichen Ausgangslage fand und deshalb den notwendigen Schritt oder Sprung in der objektiv veränderten Situation nicht schaffen konnte.... Zentraler Punkt dieser Schwäche ist das frühe Verlassen einer Klassenposition...." (aus einem Flugblatt der KGI vom November 1993 unter der Überschrift `Der Bruch betrifft auch uns`).

Eine zentrale Schwäche der BRD-Linken ist es, nicht schon früher eine Kritik an der RAF von revolutionären Positionen aus begonnen zu haben. Das wäre eine Unterstützung für die GenossInnen in den Knästen und für die Illegalen bei ihrer Positionsbestimmung gewesen.

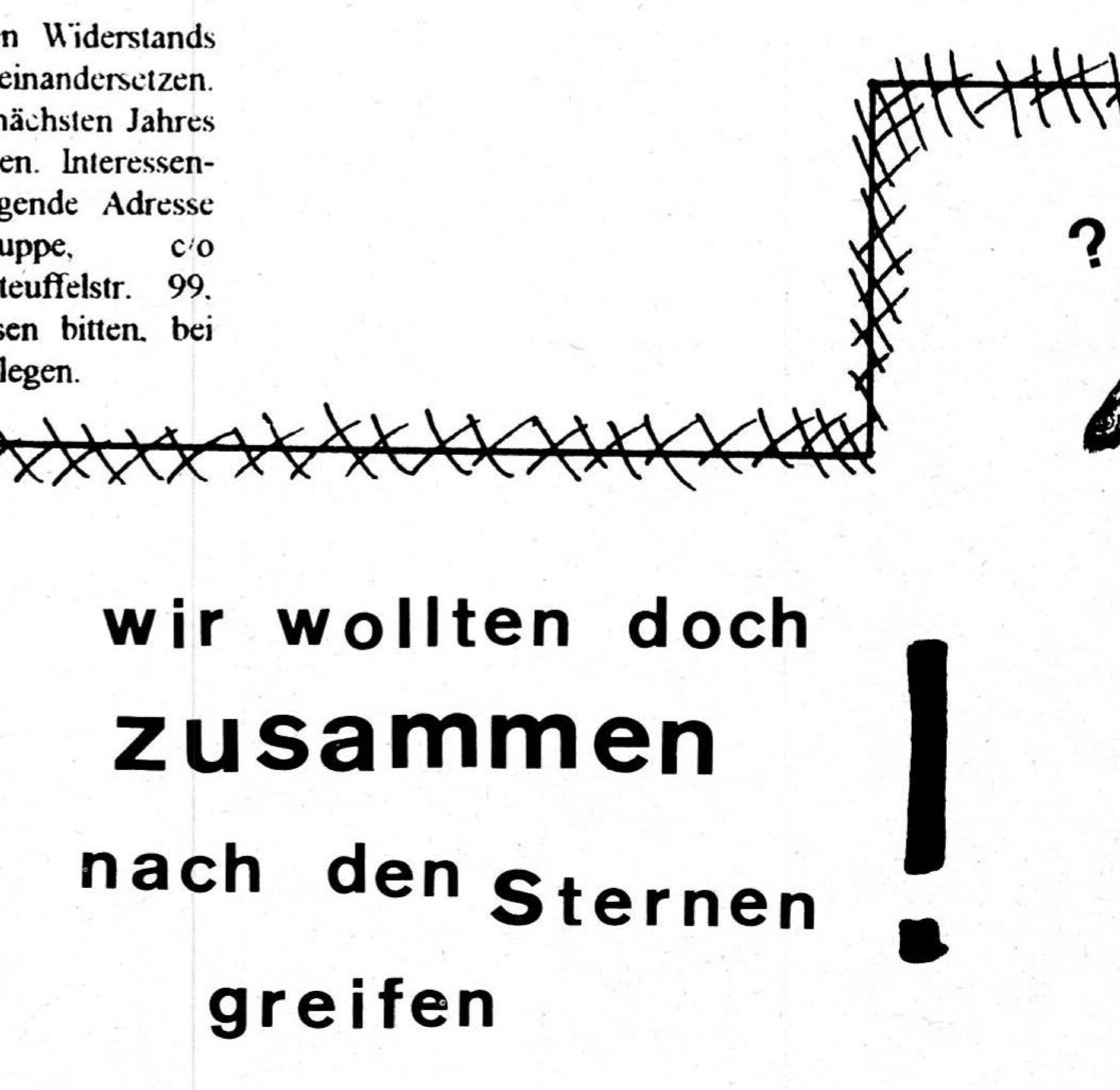
... und Kampf gegen Patriarchat und Rassismus

Einige GenossInnen haben jüngst eine Initiative begonnen, die diese Diskussion vorantreiben soll. Sie verstehen sich als Kommunisten, die das Entstehen der Metropolenguerilla in den 70er Jahren als Vorantreiben kommunistischer Theorie und Praxis begriffen haben und die aktuell die Debatte um die `triple opression` (das Vorhandensein von kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Unterdrückung als eigenständige Widersprüche in der Gesellschaft) als eine solche Weiterentwicklung begreifen.
Von diesen Prämissen ausgehend dokumentieren sie Beiträge von AntiimperialistInnen, Feministinnen und KommunistInnen, die sich mit der Politik der RAF und des antiimperialistischen Widerstands seit Mitte der 80er Jahre auseinandersetzen. Die Broschüre soll anfang nächsten Jahres beim GNN-Verlag erscheinen. InteressentInnen können sich an folgende Adresse wenden: Broschürengruppe, c/o Kopierladen `M99`, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin). Die Genossen bitten, bei Nachfragen Rückporto beizulegen.

Alle müssen raus!

Der Bruch unter den Gefangenen darf den Blick auf das staatliche Kalkül nicht verdekken. Die KGT-Initiative ist nicht etwa gescheitert, wie jene meinen, die sich anfangs Chancen damit ausrechneten. Vielmehr ist sie wie Rolf Heissler schrieb, in voller Blüte und erntet ihre ersten Früchte. Sie ist das staatliche Instrumentarium, daß der aktuellen Situation unter den Gefangenen am Besten angepaßt ist. Geheimdienststrategen wie Lochte waren die Vordenker dieser differenzierteren Aufstandsbekämpfungsstrategie. Vorbild ist das Vorgehen gegen den revolutionären Widerstand in Italien Ende der 80er Jahre. Durch kleine Zugeständnisse sollen schon bestehende Brüche unter den Gefangenen verstärkt werden. D.h. aktuell konkret einige Gefangene kommen nach der Verbüßung von 2/3 ihrer Strafe raus, wenn sie hinreichend glaubhaft gemacht haben, daß sie persönlich den bewaffneten Kampf nicht mehr aufnehmen werden, wie Rico Prauss oder Andrea Sievering. Ali Jansen konnte als schwerkranker, seit Jahren haftunfähiger Gefangener zwei Monate vor seiner Entlassung durch öffentlichen Druck die Freilassung erreichen. Ein Großteil der Gefangenen soll auf unabsehbarer Zeit hinter Gittern bleiben, dazu dienen die aktuell laufenden Prozeße gegen Gefangene, die teilweise schon zu mehrmals lebenslänglich verurteilt wurden. Daher gilt für uns draußen ungeachtet der Differenzen, sie müssen alle raus.
Durch den Aufbau kommunistischer Strukturen den Kampf der Gefangenen um ihre Freilassung unterstützen!

Vorabdruck aus
Spezial (Hannover), 1 10



Brief von Birgit Hogefeld an Brigitte Mohnhaupt

Hallo Brigitte.
Und jetzt? Alle sagen, sie wollen keine Schlammschlacht, Tatsache ist aber, wir sind mittendrin.

Wir müssen das in dieser Form aufhören, alle und sofort.

Brigitte, ich habe in der letzten Woche lange über Deine bzw. Eure Kritik an diesem „Alleingang" der Celler Gefangenen und mir nachgedacht, und ich finde, es war nicht richtig, daß wir das so gemacht haben.

Auch wenn diese Initiative überhaupt nichts mit dem zu tun hatte, was Ihr uns unterstellt, sondern Ausdruck eines sehr verschiedenen Politikverständnisses ist, geht das so nicht.

Das, was inhaltlich dazu zu sagen ist, hat Karl-Heinz schon geschrieben. Zu mir war Christian Ströbele deshalb gekommen, weil er wissen wollte, was ich von einer solchen Initiative halte und ob sie den Diskussionen innerhalb der RAF zum Zeitpunkt meiner Verhaftung entspricht, und außerdem wollte er meine Interpretation des Briefs der RAF vom Juli 93 in bezug auf die Frage einer möglichen Eskalation hören. Ich habe ihm gesagt, daß ich diese Initiative richtig finde und mir sicher bin, hätten wir davon gewußt, wir hätten sie befürwortet.

Es ist ja so, daß die Texte der RAF aus dem letzten Jahr in allerhöchstem Maß „untaktisch" sind — für Freund und Feind liegt ein Großteil der Gedanken, Überlegungen und Fragen offen auf dem Tisch. Wir hatten uns für diese Transparenz entschieden, weil wir angesichts des hohen Grades an Unorganisiertheit der radikalen Linken, fehlender gemeinsamer Diskussionsgrundlagen und ihrer (uns eingeschlossen) weitgehenden gesellschaftlichen Isolierung keine Alternative dazu gesehen haben. Trotz aller Problematik, die damit verbunden ist, wenn eine Gruppe wie die RAF sich so weitgehend berechenbar macht, haben wir in dem Schritt zu einer von uns aus offenen Diskussion die Chance gesehen für eine gemeinsame Diskussion mit allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften bei der Suche nach Wegen, wie hier grundlegende Veränderungen durchgesetzt werden können.

Vor diesem Hintergrund war auch die erste Frage von Christian Ströbele, ob die Initiative in bezug auf diese Wirtschaftskreise im Widerspruch zum Diskussionsprozeß der RAF steht, keine wirkliche Frage, sondern er kam, um sich darüber zu vergewissern, was ihm aus den Texten sowieso schon klar war. Er hat diese Texte gelesen und verstanden; er wollte, daß sich die Regie[...] in dieser Auseinandersetzung bew[...] und er sieht in einer weiteren Eskalat[...] keinen Sinn.

Die Initiative, zu Reuter zu gehen, damit aus dieser Ecke Druck auf Kohl ausgeübt wird (was ja die RAF ihnen letztes Jahr in einem ihrer Texte auch schon vorgeschlagen hatte), halte ich für grundsätzlich sinnvoll. Bei unserem Gespräch war es allerdings so, daß wir angesichts der allgemeinen politischen Lage und Entwicklung beide wenig (bis keine) Chancen gesehen haben, daß sich darüber in der aktuellen Situation tatsächlich was bewegen läßt — gerade nach Bad Kleinen, der Erschießung von Wolfgang und dem damit eingeleiteten Wahlkampfthema „innere Sicherheit", mit dem sich die CDU Wählerstimmen von rechtsaußen sichern will.

Zusammengefaßt: das Ergebnis des Gesprächs zwischen Christian Ströbele und mir war, daß wir beide sinnvoll fanden, jede Möglichkeit zu nutzen, die Bewegung in diese festgefressene Situation bringen kann, daß wir aber den gegenwärtigen Zeitpunkt dafür für unglaublich ungeeignet hielten.

Mich hat kürzlich jemand gefragt, wie ich es denn gefunden hätte, wenn so was innerhalb der RAF gelaufen wäre, also einzelne was angeschoben hätten, was nicht Ausdruck bzw. Ergebnis eines gemeinsamen Diskussionsprozesses ist. Das kann ich mir gar nicht vorstellen — aber vielleicht sollten wir genau darüber mal zusammen reden.

Auch bei kontroversen Auseinandersetzungen haben wir immer wieder miteinander geredet, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zu finden — das war oft nicht einfach, und es ging nur, weil alle es unbedingt wollten. Und so waren dann auch die Texte im letzten Jahr von allen getragen. Genau das ist aber bei Euch als Gefangenen-Gruppe schon sehr lange anders — und das ist nicht nur Resultat der Bedingungen im Knast, sicher, die machen das sehr viel schwieriger, aber das ist auch alles. Mein Eindruck ist, von Mehrheitsmeinungen abweichendes Denken soll es nicht geben, diese Einstellung hat z. B. dazu geführt, daß Ihr nie zusammen an diesem über 70 Seiten langen Text von Karl-Heinz, in dem er sich mit der Geschichte der RAF auseinandersetzt, diskutiert habt. Die allermeisten von Euch haben ihn einfach ignoriert, und solche Beispiele gibt es viele — ich finde, wir sind eine Gruppe, durch deren Kampfgeschichte sich über lange Zeit eine weitgehende Unfähigkeit zu selbstkritischer Reflexion zieht.

Daß bei einem solchen Maß an Nicht-Diskussion aus Unterschieden unüberbrückbare Widersprüche werden, liegt auf der Hand. Ein Moment dabei ist sicher auch, daß einige von Euch Unterschiede im Denken nicht auszuhalten scheinen — darauf komme ich z. B., wenn ich mir den Brief von Rolf (Heißler) an mich anschaue. Er schreibt darin an einer Stelle, daß, wenn es mir nicht um den Konsens ginge, dann ginge es mir um nichts, dann wäre jede Diskussion ziellos und unverbindlich — das drückt für mich eine Haltung aus, die Diskussionen erschwert und sehr schnell auch inhaltlich einengt, außerdem ignoriert sie die Realität.

Das, was ich in meinem Brief an Helmut zu „Akzeptanz von Unterschieden" geschrieben hatte, das war ja nicht einfach ausgedacht — ich bin ja nicht im Juni vom Mond gefallen und hier gelandet, sondern mir war seit dem Tag meiner Verhaftung bewußt, daß so was wie ein „Gefangenen-Kollektiv", in dem es einen Platz gibt für jemanden wie mich, mit meiner Geschichte, meinem Denken und meinen Vorstellungen, nicht existiert. Da hatte ich keine Illusionen, allerdings hätte ich auch nicht gedacht, daß es so wird, wie's dann war, nämlich daß Ihr überhaupt nicht (bis auf Rolf) mit mir redet und jede Initiative von mir, mit Euch ins Gespräch / Diskussion zu kommen, ins Leere laufen laßt.

Das ist für mich der aktuelle Hintergrund, vor dem dieser „Alleingang" gelaufen ist.

Ihr hättet das alles schon sehr viel früher auflösen müssen, einfach auch um handlungsfähig zu sein bzw. zu bleiben, denn Ihr zusammen seid das ja schon lange nicht mehr. Ich denke, daß das, was die RAF in ihrem Text jetzt geschrieben hat, stimmt: „es war eine falsche Hoffnung, daß sich die Widersprüche im Kampfprozeß auflösen lassen" — deswegen ist es gut, daß das jetzt alles auf den Tisch gekommen ist.

Allerdings finde ich diese Sorte Spaltung oder Trennung, die Ihr wollt, nicht den richtigen Weg — besser hätte ich gefunden (aber das habe ich ja schon im Brief an Helmut geschrieben), wenn wir geschafft hätten oder schaffen würden, ein Zusammenhang zu werden, in dem unterschiedliche Meinungen Platz haben und so auch an bestimmten Fragen unterschiedliches Vorgehen möglich ist, wobei allerdings allen klar sein muß, wer was trägt und wer nicht — diese Lähmung muß doch für Euch alle unerträglich gewesen sein.

Ich sage das aber nicht, weil ich das die beste Form finde, natürlich wäre mir eine Gruppe, die aus einer gemeinsamen Diskussion und deren Ergebnis ihre Initiativen bestimmt, auch lieber, doch um daran zu glauben, bin ich zu sehr Realistin.

Aber egal wie die Form von uns aus dann genau aussehen wird, wir müssen einen Rahmen finden, in dem wir alle, zusammen mit anderen, einen Diskussionsprozeß organisieren, dessen Ziel die Neubegründung einer Politik ist, die die Entwicklungsrichtung auf ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben hier — und in Verbindung mit den Kämpfen in anderen Ländern — weltweit durchsetzen kann.

Ich finde, daß viele von Euch für eine produktive Diskussion ihren „Diskussionsstil" ändern sollten — Ihr seid oft bloß am Zurückschmettern, ohne eigene Vorstellungen zu entwickeln.

Wenn Christian (um das nur mal an einem Beispiel deutlich zu machen) die ganze Problemstellung aus dem Text von Lutz „Gedanken gegen die Mauern" und den Texten der RAF aus dem letzten Jahr zu der Frage der gesellschaftlichen Isolierung der radikalen Linken in diesem Land mit dem Satz „Rückkehr in die Gesellschaft" darstellt und entgegenhält: „Man müßte dagegen die bewußte Entscheidung für das Konzept einer Politik der bewußten Minderheit und der Verankerung im Emanzipationsprozeß der Weltmassen erneuern" — dann drückt sich darin für mich die Weigerung aus, sich mit dieser Frage auch nur beschäftigen zu wollen. Denn was heißt denn „bewußte Minderheit" — gerade aus unserer Geschichte? Sicher, du kannst einen Satz wie: „radikale Politik ist hier eine Minderheitsposition" sagen, das ist eine dieser Aussagen, mit der du immer recht hast, aber das wars dann auch — als Antwort ist sie nur Rhetorik. Dieser Satz beantwortet — für mich zumindest — überhaupt nichts, er tut nur so und verhindert dadurch, daß wichtige Fragen überhaupt aufgeworfen werden. Die RAF und ihr politischer Zusammenhang waren ja in manchen Zeiten schon „Minderheit", wie man mehr gar nicht Minderheit sein kann — nur, ist oder war das richtig so oder sind dem Fehler von unserer Seite aus vorangegangen? Welche Lehren ziehen wir aus unseren eigenen Erfahrungen und denen von anderen, die mit der Vorstellung Fokus / „kleiner Motor" ... gekämpft haben? Was machen wir mit der Erfahrung unserer GenossInnen von action directe, die das fast vollständig ohne Verankerung in der sowieso schwachen Linken in ihrem Land versucht haben? Und wie sind diese Erfahrungen ins Verhältnis zu setzen damit, daß „der bewaffnete Kampf auch in der jetzigen historischen Situation eine Option für revolutionäre Kräfte" ist. Diese Satz stimmt ja, er wird so lange seine Gültigkeit haben, solange der Imperialismus existiert und die Menschen nicht leben läßt. Nur, was gibt uns die Kenntnis dieser Option für die Beantwortung aktueller Fragen über den Weg, wie hier eine Kraft für die Umwälzung der Verhältnisse aufgebaut werden kann, in die Hand? Mir sehr wenig. Für mich stellt sich vielmehr die Frage — und da ist wieder der Zusammenhang zu vorher und der Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung emanzipatorischer und auf Befreiung ausgerichteter Kämpfe —, welche Voraussetzungen hier und heute für die Umsetzung dieser Option existieren bzw. aufgebaut werden müssen.

Das und vieles mehr müßten wir endlich zum Gegenstand unserer Diskussion machen — diese Ein-Satz-Antworten finde ich dabei völlig untauglich, dafür ist das doch allen viel zu wichtig.

Ich denke, wir müssen gleichzeitig aber auch rausfinden, auf welche Basis wir unser Verhältnis neu aufbauen wollen, denn mit diesem grenzenlosen Mißtrauen, das daran deutlich wird, daß Ihr dachtet, Euer Leben sollte hinter Eurem Rücken von uns verdealt werden und Ihr für ewig (auch von uns) eingemauert, geht doch überhaupt nichts.

Und die BAW usw. wissen das alles und versuchen es gegen uns zu benutzen, um uns gegeneinander auszuspielen; schon bei meiner Verhaftung hatte mir dieser Bundesanwalt, der mich verhören wollte, eine lange Rede gehalten über den „Zustand" der Gefangenengruppe und daß es sie eigentlich nicht mehr gibt.

Seitdem versuchen sie, uns (die RAF, Wolfgang und mich) Euch und anderen gegenüber als verantwortungslose Idioten darzustellen — sie lancieren solche Sachen wie, daß 30, 50, 200 Hinweise auf Leute aus dem „Umfeld" bei uns gefunden worden wären. Ich war lange davon ausgegangen, daß alle wissen müßten, daß das nicht sein kann (es sei denn, ein solcher Hinweis ist, wenn meine Mutter in einem Brief 10 Namen von Menschen nennt, die ihr zum Geburtstag gratuliert haben; wer aus unserer Verwandtschaft bei der Beerdigung von Tante soundso war oder wen sie im Prozeß gegen Gefangene getroffen hat — aber das ist wirklich lächerlich). Daß Wolfgang und ich in Bad Kleinen so gut wie nichts dabei hatten, sehe ich nicht als unser „Verdienst" an, denn ich kann mir tausend andere Verhaftungssituationen vorstellen, wo das anders gewesen wäre — und es gab ja aus unserem Zusammenhang früher sehr oft Verhaftungen, wo es anders war, wo z. B. Teile der Logistik aufgeflogen sind. Aber diese gezielt eingesetzten Lügen treffen seit Monaten auf fruchtbaren Boden — weil einigen darüber die Abrechnung mit der Politik der RAF, die sie falsch finden, möglich scheint, ohne daß sie das inhaltlich begründen müssen.

Mich versucht die BAW in eine Situation zu bringen, wo ich anfangen soll, all diesen Mist zu dementieren — und was übrig bleibt, was ich nicht dementiere, das stimmt dann also. Wieso kapiert das niemand, daß z. B. dieser letzte Brief von BAW / Steinmetz, in dem Namen von Leuten genannt werden, die die BAW angeblich als SchreiberInnen von Briefen an uns ausgemacht hat, nichts anderes ist als Aussageerpressung — sie wollen mich mit Eurem Mißtrauen dahin bringen, zu all diesen Sachen Stellung zu nehmen, also „Aussagen" zu machen.

Dieselbe Sorte Abrechnung läuft auch über die Tatsache, daß wir Fehler gemacht haben und Kontakt zu diesem Spitzel hatten — viele, die es besser wissen, tun so, als wäre es das erste Mal in der Geschichte der RAF, daß es dem VS gelungen ist, einen Spitzel direkt an uns ranzuschieben — heute soll es als Beweis dafür herhalten, daß der politisch eingeschlagene Weg falsch ist — aber Du / Ihr seid auf dieselbe Frage bei früheren Spitzel-Geschichten nicht gekommen.

Natürlich ist es hart, wenn über solch einen Fehler dein Freund erschossen wird und du selbst verhaftet wirst — ich überlege sehr viel daran, denke darüber nach — als ich jetzt in dem Text meiner Genossinnen und Genossen gelesen habe, daß sie vorhaben, dazu irgendwann was zu sagen, war ich sehr erleichtert, denn ich hatte das angefangen, bin aber immer wieder auf die Grenze gestoßen, daß ich das in dieser Situation und allein nicht kann — daß man dafür alle Fakten und Hintergründe zusammentragen muß und v. a. zusammen darüber reden können muß.

Der Versuch, uns gegeneinander auszuspielen, läuft auch aktuell weiter — diesmal umgekehrt.

Hier war letzte Woche in der Nacht auf Freitag auch diese „Selbstmordgefahr"-Konstruktion gegen mich angesagt. Die ganze Nacht über Dauerbeleuchtung, und alle 15 Min. kamen sie in die Zelle rein und haben mich angesprochen, angeblich konnten sie durch den Türspion nicht sehen, ob ich tatsächlich noch lebe. Am nächsten Tag kam dann der Sicherheitsinspektor, er ist einer, der in allem, was mich betrifft, bisher sehr viel persönlichen Ehrgeiz und Motivation gezeigt hat — und diesmal kam er angeschleimt: „Doch, es wäre ihre Fürsorgepflicht mir gegenüber gewesen ... Nein, das, was in den Zeitungen steht, seien nicht die wahren Gründe, hoffentlich würde ich die noch erfahren ... Mißverständnisse und eigentlich bei mir entschuldigen ..."

Ich habe in dem Moment noch nicht alles einordnen können, aber eins war mir sofort klar, das zielt gegen Euch, und sie denken, daß sie so den Keil weitertreiben können zwischen uns.

Diese Rechnung darf nicht aufgehen.

Wir sind es uns, unserem Lebenssinn und allem, wofür wir seit Jahren kämpfen und bereit sind, unser Leben zu geben, schuldig, daß wir jetzt mit aller Anstrengung nach einem Weg suchen, dieses grenzenlose Mißtrauen zu überwinden und neu eine Basis dafür herzustellen, von der aus wir alle Teil in dem notwendigen Diskussions- und Findungsprozeß sein können.

Gruß 16. 11. 93

FLÜCHTLINGE IM HUNGERSTREIK / HH

Der Hungerstreik geht weiter...

Seit Samstag, dem 11.12.93, sind Flüchtlinge auf dem Wohnschiff "Altona" im Hungerstreik. Nach mehreren Treffen Anfang Dezember mit Flüchtlingen aus anderen Unterkünften und UnterstützerInnen haben etwa 50 Flüchtlinge auf dem Schiff die Kantine besetzt und dort den Hungerstreik begonnen, um öffentlich Widerstand gegen ihre drohende Abschiebung und ihre schlechten Lebensbedingungen zu leisten. Die Behörden versuchen, die Hungerstreikenden zu spalten. Einerseits drohen sie mit der Polizei, mit juristischen Verschlechterungen, Abschiebungen usw. Bisher haben sie aber ihre Ultimaten und Drohungen nicht wahrgemacht. Sie versuchen den Hungerstreik auch zu isolieren, indem sie AnwältInnen, ÄrztInnen, der Presse und UnterstützerInnen, die auf das Schiff wollen, den Zugang verbieten.

Andererseits machen sie individuelle Hoffnungen: Sie wollen "die Einzelfälle noch einmal prüfen." Aber die Hungerstreikenden lehnen das ganze Verfahren der individuellen Prüfung ab. Sie handeln gemeinsam als Gruppe und fordern eine gemeinsame Lösung für die ganze Gruppe. Außerdem fordern sie einen allgemeinen Stop der Abschiebungen und die Abschaffung der neuen Asylgesetze.

Seit Samstag, dem 11.12., gab es mehrere Versammlungen, und wegen der Polizei gibt es 24 Stunden am Tag eine Wache von UnterstützerInnen vor dem Schiff.

Am Donnerstag, dem 16.12., gab es eine Demonstration von etwa 300 Personen aus der Stadt zum Schiff. Die Behörden hatten Angst vor der entstehenden Solidarität und ließen massive Polizeikräfte das Schiff absperren. Die Hungerstreikenden und andere Flüchtlinge, die zu den DemonstrantInnen gehen wollten, wurden von den Wachmännern daran gehindert. Die Polizei ist jetzt wieder weg, die Wache der UnterstützerInnen findet weiter statt, und es sind immer noch 30 Flüchtlinge im Hungerstreik. Die Behörden versuchen die Hungerstreikenden zu isolieren, damit sie nicht auf ihre Forderungen eingehen müssen. Am Freitag (17.12.) erst sind 50 Flüchtlinge auf der "Flotel Altona", die mit dem Hungerstreik sympathisieren, aber Angst hatten mitzumachen, verlegt worden – angeblich in bessere Lager. IN DIESER SITUATION IST ES DRINGEND NÖTIG, DIE AKTIONEN BEKANNTZUMACHEN UND AUSZUWEITEN. DAS IST DAS INTERESSE ALLER FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND.

Erklärung der hungerstreikenden Flüchtlinge auf den Schiffen HH-Neumühlen

Die wichtigsten Punkte zu unserer Situation

1. Wir werden abgeschoben, obwohl die Verantwortlichen wissen, daß die politische Situation in unseren Ländern, mit der wir konfrontiert werden, für uns lebensbedrohlich ist.
2. Wir werden menschenunwürdig behandelt, innerhalb der Schiffe, beim Sozialamt und besonders bei der Ausländerbehörde.
3. Wir fragen: Warum wird den Presseleuten nicht erlaubt, zu uns zu kommen, aber gleichzeitig darf die Polizei unbehelligt auf die Schiffe kommen, obwohl alle wissen, daß wir nichts anderes machen, als für unsere Rechte zu kämpfen.
4. Solange diese ungerechten Beschlüsse und deren Umsetzung nicht zurückgenommen werden, ziehen wir es vor hier zu sterben.

Wir kämpfen:
- gegen die Abschiebungen
- gegen das neue Asylges[illegible]elches unser Selbstverständnis bricht
- gegen die schlechten Unterbringungsbedingungen
- gegen die Verteilung in andere Bundesländer, in denen unser Leben gefährdet ist
- gegen die Verhaftungen (z.B. wegen Verstoßes gegen Aufenthaltsbestimmungen usw.)
- für den sofortigen freien Zugang der Presse und der BesucherInnen

Im Namen der beteiligten Flüchtlinge (unterschiedlicher Nationen), die entschlossen sind bis zum Tode.

Aufruf an alle
Flüchtlinge in Deutschland !!!

Flüchtlinge, wir wenden uns an Euch.

Seit Samstag, den 11.12 befinden wir uns in Hungerstreik um gegen die drakonischen Asylgesetze in Hamburg und in Deutschland zu protestieren. Das große Deutschland, das wir als den demokratischen Staat kennen, ändert sich. Wir hatten Vertrauen in es, da es einen besseren Schutz der Menschenrechte bot. Heute erstaunt uns durch sein antihumanisches Verhalten, das sich in willkürlichen und mißbräuchlichen Abschiebungen zeigt.

Deswegen fordern wir, die Flüchtlinge auf der Floatel Altona HH, alle anderen Flüchtlinge auf, ihre Kräfte zu einen, bis die drakonischen Abschiebungsgesetze abgeschafft sind.

Flüchtlinge aller Bundesländer vereinigt Euch!

Wir bitten euch, diese oder sinngemäße Texte in euren Städten oder Regionen möglichst vielen Flüchtlingen bekannt zu machen. Überlegt euch auch selbst Aktionen und bleibt in Kontakt mit uns. Kontakt: Volkshaus Hamburg, Neuer Kamp 31, 20359 Hamburg, Tel.: 040/4391311, Fax: 4304783 & Antirassistisches Telefon HH: 431587, Fax: 040/4304490

AUFRUF AUFRUF AFRUF !!!

Flüchtlinge Flüchtlinge

Wir wenden uns an Euch:
Seit Samstag, den 11/12 befinden wir uns in Hungerstreik um gegen die drakonischen Hamburger Gesetze zu protestieren.

Großdeutschland, das wir als den demokratischen Staat kennen, ändert sich. Wir hatten Vertrauen in es, da es einen besseren Schutz der Menschenrechte bot. Heute erstaunt uns durch sein antihumanische Verhalten, das sich in willkürlichen und mißbräuchlichen Abschiebungen zeigt.

Das wegen fordern wir, die Flüchtlinge auf der Floatel Altona HH, alle anderen Flüchtlinge auf, ihre Kräfte zu einen bis die drakonische Gesetze, betreffen die Abschiebungen abgeschafft sind.

Flüchtlinge alle Länder vereinigt Euch
Wir danken für Euer Verständnis

Polizisten sperren „Altona" ab

Zugang zu Hungerstreikenden auf Flüchtlingsschiff verwehrt

tol HAMBURG, 17. Dezember. Die Hamburger Sozialbehörde verschärft ihre Haltung gegenüber den 30 Flüchtlingen, die sich in der Kantine des „Floatels Altona" seit einer Woche im Hungerstreik befinden. Am Donnerstagabend wurde der Platz vor dem Schiff von mehreren hundert Polizisten abgesperrt, um zu verhindern, daß eine Demonstration von Unterstützern in die Nähe der „Altona" gelangt.

Mehrfach ist Ärztinnen sowie Rechtsanwälten der Zutritt zu den Flüchtlingen, die gegen das Asylverfahrensgesetz und ihre drohende Abschiebung protestieren, verweigert worden. Die Sprecherin der Sozialbehörde Christina Baumeister begründet das mit der ausreichenden medizinischen Versorgung an Bord. „In Wirklichkeit", so Baumeister zur *FR*, gehe es diesen angeblichen Ärzten darum, „politisch Druck zur Unterstützung des Hungerstreiks auszuüben."

Die Hungerstreikenden hatten um die Untersuchung durch Vertrauensärzte gebeten, nachdem ein Hungerstreikender nach seiner Einweisung ins Krankenhaus entlassen worden war, obwohl seine Schmerzen nicht nachgelassen hatten.

Kurzer Prozess auf Rhein–Main

Lager und Abschiebungen auf dem Flughafen

Der Rhein–Main Flughafen ist der wichtigste Flughafen Deutschlands und Europas. Er ist eine Drehscheibe fuer internationale Finanzhaie, fuer den Warentransfer und fuer die Tourismusbranche.
Dieser Ort der fuer Einige grosse Gewinne bietet und fuer andere den Antritt einer Urlaubsreise bedeutet, ist fuer fluechtende Menschen aus aller Welt mit der Hoffnung verbunden in einem Land angekommen zu sein, das ihnen Asyl gewaehrt und in dem die Menschenrechte geachtet werden.
Es ist aber auch schon immer so, dass viele feststellen muessen, dass diese Demokratie nicht haelt was sie nach aussen verspricht.

Ein Grossteil der Abschiebungen werden ueber den Rhein–Main Flughafen abgewickelt, und schon seit Jahren kann ein Teil der ankommenden Fluechtlinge den Transitbereich des Flughafen nicht verlassen. Denn wer den Transitbereich verlaesst betritt deutschen Boden und hat somit ein Anrecht auf die Stellung eines Asylantrages und dessen Pruefung und Bearbeitung.
Allerdings konnten die Fluechtlinge frueher aus dem Transitbereich heraus einen Anwalt einschalten und auch fuer unabhaengige
Beratungen gab es Mittel und Wege (wenn auch wenige).

Was vor einigen Jahren noch fast zu einem Skandal wurde ist seit dem 1.7.93 Gesetz. Alle ankommenden Fluechtlinge werden in das Lager C 183 im Transitbereich des Flughafens verbracht. Dort wird ohne irgendeine vorherige Beratungsmoeglichkeit, die Befragung durch das Bundesamt fuer Asylangelegenheiten durchgefuehrt.
Anhand dieser Befragung wird entschieden, ob die Personen Anrecht auf Asyl haben oder nicht. Bis zu dieser Entscheidung, die innerhalb von 6 Wochen faellt, bleiben die Fluechtlinge in dem Internierungslager am Flughafen.

Seit dem Inkrafttreten des Flughafen–Sondergesetzes ist kein neues Lager gebaut worden, sondern das alte Gebaeude wird weiterverwendet. Das Gebaeude besteht innen aus 2 Raeumen in denen nur Etagenbetten stehen. Die Raeume wurden fuer den stundenweisen Aufenthalt von 88 Menschen bis zu ihrer Erstbefragung durch den BGS konzipiert und

ist voellig ungeeignet fuer die laengere Unterbringung von Menschen. Tueren und Fenster sind verriegelt und koennen nur zentral von aussen geoeffnet werden. Genauso ist es mit der Heizung und dem Licht.

Ein BGS'ler sitzt in einer Art Pfoertnerloge und bedient die "Asylanten Entlueftungsanlage". Es gibt keinerlei Rueckzugsmoeglichkeiten fuer Frauen und Familien und die Fluechtlinge sind 24 Stunden am Tag schwer bewacht. Auch die Anhoerung oder Beratungstermine finden nur unter BGS–Aufsicht statt.

Schon eine Woche nach Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes traten die ersten 33 Fluechtlinge am Frankfurter Flughafen in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie konnten die Zustaende im Internierungslager und das ohnmaechtige Warten auf die Abschiebung nicht laenger ertragen.
Durch den Hungerstreik, der vom 7.7. – 11.7.93 dauerte, wurde den Fluechtlingen zumindest ein Freigehege am Flughafen zur Verfuegung gestellt, zu dem sie mit Pendelbussen gebracht werden, damit "sie mal an die Luft kommen".

In das von aussen mit Panzerspaehwagen und Maschinenpistolen bewachte Gebaeude, haben nur die MitarbeiterInnen des Flughafensozialdienstes freien Zugang. Besuche koennen gar nicht empfangen werden und RechtsanwaeltInnen und PressevertreterInnen muessen sich beim BGS eine Sondererlaubnis geben lassen, die der Presse auch schon mal verweigert wird.
In diesem "Tor nach Deutschland" herrschen schlimmere Bedingungen als in jeder deutschen Strafanstalt.

Anhand von drei Beispielen sollen die "Kriterien" und die Prozedur der Schnellverfahren am Flughafen verdeutlicht werden.

1. Einreise ohne ausreichende Ausweispapiere

Ein Beispiel ist der Fall des tuerkischen Journalisten Levent Yanlik, der als Chefredakteur fuer die sozialistische Zeitschrift "Devrimci Genclik" gearbeitet hat. Seine Flucht konnte ihm nur mit Hilfe falscher Ausweispapiere gelingen, was zur Folge hatte, dass er hier 22 Tage um die Anerkennung

seiner Identitaet und gegen die Schnellabschiebung kaempfen musste. (Siehe Nachricht Seite 3)

2. Einreise aus einem sicherem Herkunftsland

Zu sicherem Herkunftslaendern hat Deutschland die afrikanischen Laender Ghana, Gambia und Senegal erklaert, sowie die osteuropaeischen Laender Bulgarien, Ungarn, Rumaenien und die slowakische Republik.

Bei diesen Laendern sieht das Gesetz vor, dass den Fluechtlingen im Flughafenverfahren Gelegenheit gegeben werden muss, um eine individuelle Verfolgung in dem angeblich sicheren Herkunftsland darzulegen. Dies wird jedoch vom Bundesamt nicht so praktiziert. Die Antraege werden meistens ohne weitere Pruefung mit dem Vermerk "sicheres Herkunftsland" als offensichtlich unbegruendet abgelehnt. Viele Fluechtlinge legen vor Gericht Widerspruch ein und einige koennen so die Entscheidung revidieren. Der spektakulaerste Fall in diesem Zusammenhang ist der zweier ghanaischer Fluechtlinge, die bis zum BVG (Bundesverfassungsgericht) gingen und dann einreisen konnten, weil das BVG festgestellt hat, dass das Bundesamt unzureichend geprueft hat (22.07.93) und das BAFL anweist kuenftig genauer zu sein.

3. Die Drittstaaten–Regelung

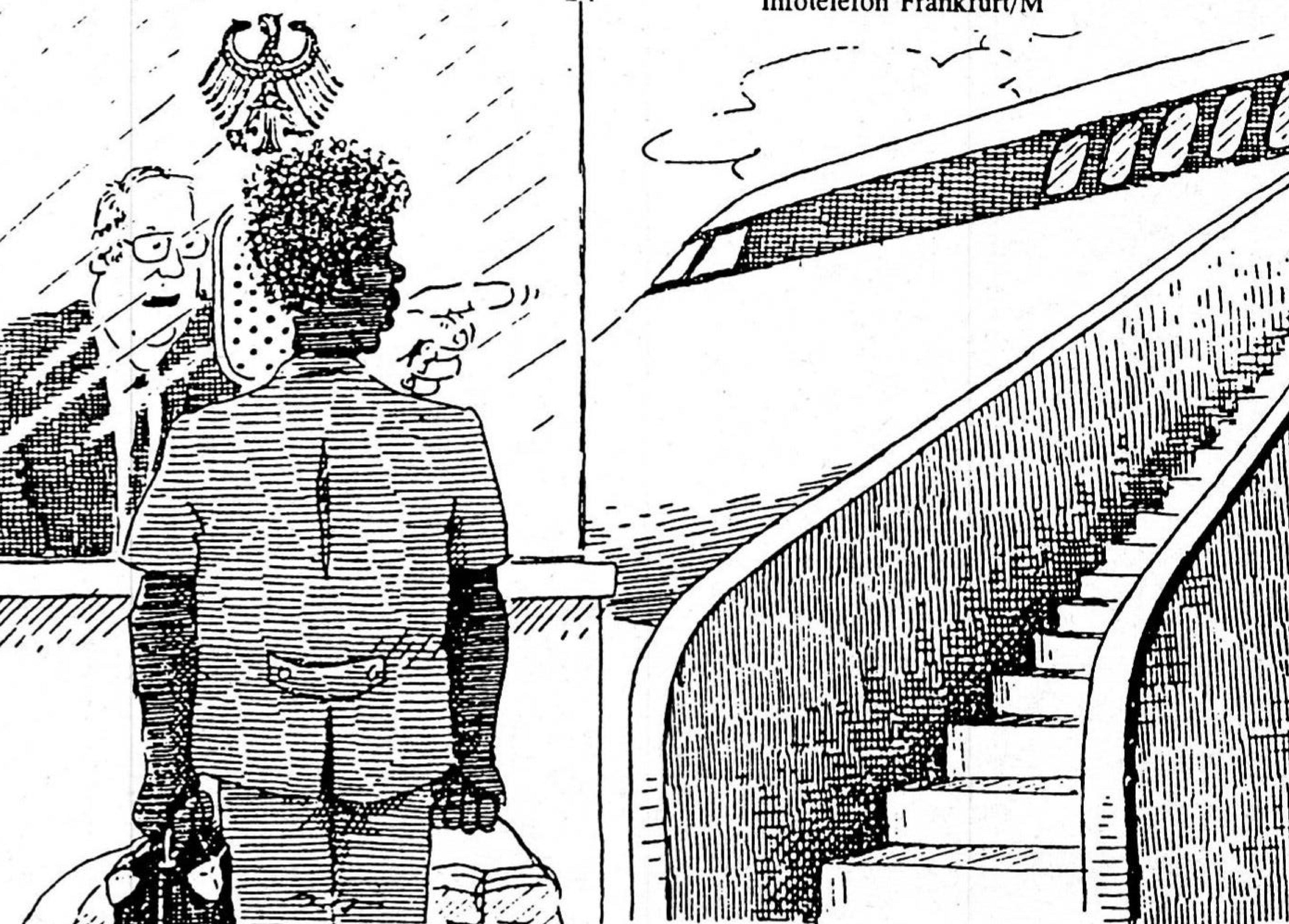
Fluechtlinge, die ueber sogenannte sichere Drittstaaten oder gar aus solchen kommen, haben keinen Anspruch sich auf das Asylrecht zu berufen. Diese Regelung, die den Fluchtweg statt die Flucht als Kriterium macht ist am meisten umstritten. Als sichere Drittstaaten gelten alle Anrainerstaaten Deutschlands, die skandinavischen Laender und alle EG– Mitgliedsstaaten. Fluechtlinge, die ueber diese Laender kommen, sollen moeglichst sofort ohne Anhoerung, ohne juristischen Rechtsbeistand zurueckgewiesen werden. Eine Irakerin, die als Spitzel angeworben werden sollte, ist in ihrem Land massiv bedroht worden, vom Auto angefahren und ihre Eltern verpruegelt, fast vergewaltigt worden

Ihre Eltern starben an ihren Verletzungen. Daraufhin floh sie ueber Griechenland nach Deutschland. Sie konnte ihre Schwester informieren und die wiederum einen Anwalt. Der erhob gegen den abgewiesenen Asylantrag Einspruch mit der Begruendung, dass in Griechenland eine Kettenabschiebung drohe. Das BVG liess sich auf die Begruendung ein und stellte

fest, dass Griechenland in diesem speziellen Fall kein sicherer Drittstaat sei. Genauso war es bei zwei Iranern. Kanther ruegte, dass sie das Asylrecht mit ihrer Entscheidung unterlaufen wuerden.

Diese Beispiele geben nur einen ungefaehren Eindruck ueber die taeglichen Schikanen der Behoerden. Gegenueber auslaendischen Einreisenden herrscht legalisierter Ausnahmezustand. Die Willkuer ist systematisiert und juristisch begruendbar. Was ausserhalb der Flughafenschnellverfahren passiert, wird gar nicht erst dokumentiert und wird nur durch Zufall bekannt. Taeglich werden ankommende Fluechtlinge gleich wieder, ohne irgendeine Moeglichkeit zu haben ueberhaupt einen Asylantrag zu stellen, zurueckgeschickt. Die in den letzten Wochen vom Bundesinnenminister stolz vorgewiesene Statistik, dass seit dem neuen Asylgesetz vom Juli dieses Jahres, die Zahl der Fluechtlinge drastisch zurueckgegangen sei – was als Beleg und Erfolg des neuen Gesetzes ausgegeben wurde –, enthaelt allerdings die sofort zurueckgeschickten Fluechtlinge nicht.

aus: Infobulletin Nr.6 /Dezember 1993 des antifaschistischen/antirassistischen Notruf– und Infotelefon Frankfurt/M



„Asyl? Ganz einfach: eine Treppe höher!"

Aufruf zum Ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994



Am 8. März 1994 - dem Internationalen Frauentag - werden Frauen streiken. Sie werden die Hausarbeit niederlegen, ihre Erwerbsarbeitsplätze bestreiken oder Dienst nach Vorschrift machen, nicht einkaufen, keinen Kaffee kochen, die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Und, und, und. Frauen protestieren gegen die Wiederherstellung eines großen Deutschland auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der 'Anderen' der Schwachen, der Armen und auf Kosten von Frauen. Frauen protestieren gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen.
Alle Frauen sind aufgerufen, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen am Streik zu beteiligen.

So lautet zusammengefasst der Erste Aufruf zum Frauenstreik 1994 des Streikkommitees Köln/Bonn (Adresse wie unten). Da behinderte Frauen hierin keine Erwähnung finden, gibt es einen Aufruf zum ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994, den wir im folgenden abdrucken:

In der Bundesrepublik leben mindestens vier Millionen Frauen mit einer Behinderung. Behinderte Frauen werden in Schule, Ausbildung und beruflicher Rehabilitation benachteiligt, auf dem Arbeitsmarkt beiseitegeschoben. Sie müssen von Arbeitslosengeld, Soziahlhilfe oder niedriger Rente leben. Sie finden keine behindertengerechten Wohnungen, die sie bezahlen können. Frauen mit Behinderungen sind in hohem Maße von sexueller Gewalt betroffen und häufig gezwungen, in Sondereinrichtungen, in sozialer Isolation und Abhängigkeitsverhältnissen zu leben. Die Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich treffen sie mit besonderer Härte. Die neue bioethische Debatte, die das Lebensrecht von Menschen mit Behinderungen in Frage stellt, hat sie als potentielle Opfer im Visier. Die rassistische Gewalt der Straße wendet sich mehr und mehr auch gegen Behinderte.

Vor diesem Hintergrund haben wir mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß Frauen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten in dem Ersten Aufruf zum Frauenstreik 1994 mit keinem Wort erwähnt werden. Wir wenden uns gegen die Ignoranz von behinderten Frauen in der feministischen Diskussion und plädieren dafür, den Aufruf um folgende Sätze zu ergänzen:

"[... Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person.] **Wir wollen, daß alle Frauen selbstbestimmt und unabhängig von ihrem Gesundheitszustand, ihrer Mobilität und ihren Kommunikationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Frauen und Männer mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen dürfen nicht länger diskriminiert werden.**"

Wir rufen alle Frauen dazu auf, diesen Aufruf zum Aufruf durch ihre Unterschrift zu unterstützen und ihn an die beiden Koordinationsstellen zu senden:

Streikkomitee Köln/Bonn c/o "Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V."
Niederichstr. 6, 50668 Köln
oder an:
Unabhängiger Frauenverband (UFV)
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

Verbreitet diesen Aufruf! Setzt Euch dafür ein, daß Frauen mit Behinderungen nicht länger unsichtbar bleiben und übersehen werden! Entwickelt Aktionsformen zum ***Frauenstreik 1994***, in denen die gesamte feministische Vielfalt und Kreativität Platz haben!

<u>*Die Erstunterzeichnerinnen:*</u>
Anne Waldschmidt, Sozialwissenschaftlerin, Bonn/Siegen, Prof. Dr. Ulrike Schildmann, Köln/Siegen, Monika Strahl, Sozialwissenschaftlerin, Bremen, Swantje Köbsell, Behindertenpädagogin, Bremen



FRAUENSTREIKTAG' 94 –
INTERNATIONALISTISCHER FRAUENKAMPFTAG
GEGENTHESEN ZUM FRAUENSTREIKTAGAUFRUF:
Zur Diskussion!

Laßt uns einen radikalen Gegenentwurf wagen und 'unseren' Beitrag leisten zu einem internationalistischen, revolutionären Frauenstreiktag!

AUFRUF ZUM FRAUENSTREIK 1994

Frauen sagen NEIN !

Die Wiederherstellung eines großen Deutschlands findet auf Kosten von Flüchtlingen, auf Kosten der "Anderen", der Schwachen, der Armen UND AUF KOSTEN VON FRAUEN STATT.

FRAUEN SAGEN NEIN ZUR INTERNATIONALEN IMPERIALISTISCHEN FRAUENVERSKLAVUNG!

Die Wiederherstellung des "großen Deutschlands" findet statt nicht auf "Kosten", sondern durch die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frauen. Kapitalistische Ausbeutung fand aber auch schon vorher statt. Sie ist Teil und Grundlage dieses Systems BRD. Und deswegen sagen wir nicht nur nein zu den Auswirkungen dieses Systems, sondern zu seinen Grundlagen überhaupt. Die Wiederherstellung des großen Deutschlands findet auch auf "Kosten" der Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika statt. Die Frauen in diesen Ländern bluten auch für den Reichtum hier: Schlechteste Entlohnung, grausame Arbeitsbedingungen unter anderem bei deutschen Firmen, leben in Slums, das Verhungern ihrer Kinder, das ist ihr Alltag. Viele Frauen müssen sich an Sextouristen verkaufen, um zu überleben.

Ein Frauenstreiktag am 8. März in der BRD, der nicht seine Solidarität mit den Frauen in diesen Ländern demonstriert, versinkt im Nationalismus. Wir sagen: "Ihr Kampf ist unser Kampf!" Nur wenn wir zusammen für die Befreiung aller unterdrückten Frauen kämpfen, können wir unsere erreichen!

Deswegen rufen wir auf zu einem

FRAUENSTREIK!

Damit wollen wir gegen den Abbau von Grundrechten, gegen den Abbau von Sozialleistungen und die wachsende Armut von Frauen, gegen die Zurückdrängung bereits erreichter Frauenrechte, gegen die Zerstörung der Umwelt und gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen protestieren.

AUFRUFEN ZU EINEM MILITANTEN FRAUENSTREIK!

Wir kämpfen um das alles auch, aber um noch viel mehr!

Wie blind die Verfasserinnen des Aufrufs der BRD Wirklichkeit gegenüberstehen zeigt, wenn sie nur gegen den "Abbau" von Grundrechten kämpfen! Hier und heute, wo ein Teil der Menschen, die hier leben und arbeiten, von den Grundrechten überhaupt ausgeschlossen sind, nur weil sie aus anderen Ländern kommen, reicht das wahrlich nicht aus! Vom Abbau von Grundrechten reden, ohne uneingeschränktes Asylrecht,–"Grenzen auf Bleiberecht für alle"– zu fordern, ist nicht verwunderlich wenn frau bedenkt, daß die DGB–Gewerkschaften (einige ihrer Vertreterinnen haben den vorliegenden Aufruf unterzeichnet) für die "Änderung" des §16 des GG eingetreten sind und "Ausländerquotenregelungen" fordern!

Der Aufruf ist nicht nur an diesem Punkt geprägt davon, daß er ganz offensichtlich nicht von und für alle unterdrückten Frauen in der BRD aller Nationalitäten, Hautfarbe etc. verfaßt ist.

Gegen die Vorbereitung deutscher Kriegsbeteiligungen zu protestieren ist heuchlerisch, wenn die die bereits stattfinden nicht benannt und bekämpft werden. "Bundeswehr raus aus Somalia" "Deutsche Waffen deutsches Geld morden mit in Kurdistan" das ist heute die Realität.

JETZT STREIKEN WIR!

DER FRAUENSTREIK WIRD AM 8. MÄRZ 1994 - INTERNATIONALER FRAUENTAG - STATTFINDEN.

Frauen werden die Hausarbeit niederlegen; betriebliche Aktionen bis hin zum Streik durchführen; nicht einkaufen (Kaufstreik); nicht mehr höflich lächeln; nicht nett sein; keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben. Auffällig und frech werden wir unsere Gemeinsamkeit und unsere Solidarität bekunden.

JETZT STREIKEN WIR – ABER WIE?

Der Frauenstreiktag wäre eine Chance, nicht immer nur hinnehmen, sondern selbst handeln. Aktiv sein, sich die Rechte nehmen, nicht drum bitten. Das wofür wir kämpfen, das was wir wollen in die eigenen Hände nehmen. "Auffällig" und "frech" werden wir nur, wenn wir die Grenzen dieser patriarchalen Gesellschaft überschreiten!

Aber was machen Gewerkschaftsbürokratinnen, ganz in der Tradition ihrer männlichen Gewerkschaftsbonzen und der "Staats"gewerkschaft DGB: Abwiegeln! Politischer Streik ist verboten! Natürlich haben wir Angst darum die Arbeit zu verlieren, wenn wir streiken, aber was müssen wir dagegen tun! Wir müssen viele, viele Frauen sein, die an diesem Tag streiken! Überall in den Betrieben, Büros, Warenhäusern, eben überall da wo wir arbeiten, viele, viele Frauen vom Streik überzeugen! Das ist unsere Kraft und Stärke! Wenn wir wollen, wenn "unser starker Arm es will, dann stehen alle Räder still"! Wir wollen aber nicht nur die Fabriken, die Büros bestreiken, die Hausarbeit niederlegen – wir wollen uns auch die Straßen, die Plätze, die "Öffentlichkeit" erobern, an diesem Tag unsere gesellschaftliche Kraft demonstrieren! Das wäre die einzige Alternative. Aber so wie der Aufruf ist, von wem er getragen und initiiert wird, und mit seinem kleinmütigen Geist wird er sicherlich die bewegende solidarisierende Kraft der Frauen nicht beflügeln, sondern viel eher zu einem Flop werden.

Wir nehmen es nicht mehr hin, daß Frauenlöhne immer noch um dreißig Prozent unter denen der Männer liegen, wir wehren uns gegen Männerseilschaften, an denen der Aufstieg von Frauen in gut bezahlte Positionen scheitert. Die geheime Parole "Männer gehen vor" hat dazu geführt, daß in den neuen Bundesländern vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen verdrängt wurden. Nun ist zu befürchten, daß Frauen auch noch den Preis für den EG-Binnenmarkt bezahlen müssen. Mehrere hunderttausend Frauenarbeitsplätze werden in den nächsten Jahren allein in Deutschland abgebaut werden.

Wir wollen "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" und wir fordern "Erhöhung der Frauenlöhne jetzt sofort", "Gleichstellung von Frauen in allen Berufen". Das ist das eine! Das andere, "den Aufstieg von Frauen in gut bezahlte Positionen", das ist nicht unser Ding. Wir wollen und können in diesem männerchauvinistischen System keine "Karriere" machen und Alibifrauen sein. Solange diese Gesellschaft eine kapitalistische ist und bleibt, heißt "gut bezahlte Position" in den meisten Fällen "von unten nach oben" zu gehen, sich an Unterdrückung und Ausbeutung zu beteiligen. Unser Ziel ist ein anderes. Wir wollen eine Gesellschaft in der tatsächlich die Grundlage für eine Gleichheit zwischen den Menschen, zwischen den Geschlechtern, zwischen den Nationalitäten etc. verwirklicht wird, eine Gesellschaft, die nicht auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln begründet ist, eine Gesellschaft die nicht durch die Ausplünderung anderer Völker lebt; ja eine sozialistische Gesellschaft!

Darum heißt für uns gegen die Vernichtung von Frauenarbeitsplätzen zu kämpfen, gegen das Abdrängen von Frauen an "Heim und Herd" aufzubegehren, gleichzeitig und vor allem auch gegen die Grundlagen dieser Gesellschaft zu rebellieren, die immer wieder Krisen, Elend, Armut, Frauenarbeitslosigkeit produziert. Kapitalismus und Imperialismus ohne Frauenarmut, Frauenarbeitslosigkeit etc. gibt es nicht!

Und noch eins, wir solidarisieren uns mit den arbeitenden Männern, die durch die Krisenentwicklung auch von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder werden, die Lohnkürzungen aufgedrückt bekommen etc. Wir verlangen von ihnen, daß sie sich unbedingt mit unseren Forderungen solidarisieren, daß sie nicht in Konkurrenz –wie das Kapital es vorgibt– zu uns, die Verschlechterung der Lage der Frauen hinnehmen, sondern, daß wir gemeinsam gegen die verstärkte Ausbeutung kämpfen und sie offensiv gegen Rationalisierung von Frauenarbeitsplätzen, Frauenentlassungen, erhöhte Arbeitslosigkeit von Frauen mit uns kämpfen. Nur indem wir uns nicht gegenseitig ausspielen lassen, werden wir gemeinsame Kampfpositionen auf–und ausbauen können.

JETZT IST SCHLUSS!

Schluß mit der Gewalt. Schluß mit der Demütigung. Im Krieg wird die Vergewaltigung als Waffe benutzt. Innerhalb der Ehe ist sie in Deutschland immer noch nicht verboten. Den Kampf der Männer um den Erhalt ihrer Vorherrschaft, durch Anmache und sexuelle Übergriffe, erfahren Frauen täglich und hautnah.

JETZT IST SCHLUß – ABER WOMIT?

Sexistische Gewalt überall, in allen Lebens-und Arbeitsbereichen, die Vergewaltigungen in Kriegen, auf der Straße, in der "Ehe" sind auch untrennbarer Bestandteil dieser menschenverachtenden Gesellschaft. Einige Gesetze können sicher was verbessern, aber sie werden nichts daran ändern, daß sexistische Gewalt, das 'freie' Verfügen von Männern über Frauen und Mädchen, ein Fundament der männerchauvinistischen Gesellschaft ist. Dazu gehören auch die Pornographie als ein ausgedehnter Industriezweig, Prostitution, die Institution der bürgerlichen Ehe und Familie etc.

UNS REICHT'S!

Wir wollen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen entsprechend unserem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung. Wir wollen die gleichmäßige Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern und eine eigenständige Existenzsicherung für jede erwachsene Person. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Lebensformen: allein, in Gemeinschaft, heterosexuell oder lesbisch. Eine Bevorzugung der Ehe durch den Staat lehnen wir ab. Jede Frau muß selbst ohne jede staatliche und ärztliche Bevormundung entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht.

UNS REICHTS – ABER ENDGÜLTIG!

Ja, uns reichts! Aber endgültig, wir wollen eine Gesellschaft, deren Entscheidungen im Interesse der unterdrückten, werktätigen Frauen sind, und die von ihnen gleichberechtigt getroffen werden.

In der BRD nehmen bereits Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungen teil, aber sie sanktionieren dieses patriarchale System. Frauen der herrschenden oder "oppositionellen" Parteien, wie Frau Wülfel, Frau Süßmuth, Grüne Frauen oder PDS "Volksvertreterinnen" – sie stehen in Macht und Bann der patriarchalen Herrschaft.

Alles was sie bewegen, das sind ein paar Reförmchen, mehr oder weniger; das hängt von der "Konjunktur" ab! Je mehr die Krise abgewälzt wird auf die werktätigen Frauen, desto weniger Reformen gibt es natürlich auch für sie. So ist die alte und die kommende Gesetzgebung zum §218 immer noch auf der Höhe der "Weimarer Republik"; sie ist Klassenrecht! Für Bourgeosiefrauen sind Zwangsberatung und Zahlzwang kein Problem, sie gehen in Privatkliniken und können alles bezahlen! Die werktätigen Frauen müssen entweder zum Sozialamt oder Kinder austragen, die sie nicht aufziehen wollen/können, weil sie kein Geld für eine Abtreibung haben!

Gleichberechtigte Lebensformen zu fordern, de jure ist das eine, das andere aber ist, daß wir erkennen, daß in diesen patriarchalen Strukturen es wirkliche Gleichberechtigung nicht gibt. Ob in "Singl", "ehelicher", "nichtehelicher" Lebensform Frauen sind in keiner Beziehungs"form" gleichberechtigt. Der Sexismus und die Abhängigkeit von Frauen von Männern zieht sich durch alle Lebensbereiche. Auch hier, ohne Veränderung der Gesellschaftsstrukturen, wird sich nichts wesentlich ändern!

Wir wollen, daß Immigrantionen und Immigranten, Flüchtlinge, nicht-weiße Deutsche, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden gleichberechtigt, angstfrei und sicher hier leben können.

Nun, der erste Schritt wäre: zusammenleben und zusammen kämpfen! Aber es ist kein Zufall, daß dieser Aufruf kaum von ausländischen Frauen, Flüchtlingsfrauen ..."erst unterzeichnet" ist. Sie sind keine "Mitkämpferinnen", sondern für sie soll stellvertretend mitgekämpft werden, d.h. sie werden einfach "einverleibt"...Hier zeigt sich, wie weit es mit dem "Frauenstandpunkt" der Verfasserinnen her ist! Für Flüchtlingsfrauen wird z.B. kein Asylrecht bei sexueller Gewalt eingefordert, für Imigrantinnen wird keine Gleichstellung im Aufenthaltsstatus gefordert, der sie von den Männern unabhängig macht, die doppelte und dreifache patriarchale Unterdrückung von Imigrantinnen durch die kapitalistische Ausbeutung, durch deutschen Chauvinismus und die feudalen Strukturen ihrer Lebenszusammenhänge wird nicht thematisiert.

Das ist nicht unser Kampf... Wir wollen gemeinsam mit allen unterdrückten Frauen aller Hautfarben, aller Nationalitäten, Jüdinnen, nicht-weiße Deutsche etc. uns auflehnen gegen Lohnsklaverei, Rassismus, Sexismus und Patriarchat. Nur so werden wir der jeweils besonderen Unterdrückung in der gemeinsamen Rebellion den Boden entziehen.

Es ist auch kein Zufall, sondern Maßstab dieses reformistischen Aufrufs, daß die politischen Frauengefangenen in der BRD, die Frauen des 2. Juni, der RAF, der IRA etc. in diesem Aufruf überhaupt nicht vorkommen. Das sind Frauen, die von diesem BRD-System vernichtet werden sollen, weil sie es in Frage stellen und in seinen Grundfesten versuchten anzugreifen. Unsere Solidarität ist an diesem Frauenstreiktag auch mit ihnen und allen politischen Frauengefangenen weltweit, sie sind lebendig in unseren Kampfen.

Die Pläne der Bundesregierung, bundesdeutsche Truppen an Kriegen teilnehmen zu lassen, lehnen wir ab und werden die uns nahestehenden Männer dabei unterstützen, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren.

Die Verfasserinnen sollten sich fragen, wofür denn eine Armee da ist, die keinen Krieg führt? Wir lehnen die Bundeswehr insgesamt ab, ob sie im Innern gegen streikende ArbeiterInnen eingesetzt wird, Flüchtlinge an der Grenze gewaltsam hindert nach Deutschland zu kommen, oder nach außen Krieg führt oder führen wird! Diese Bundesrepublik und ihre Bundeswehr sind sowieso nicht "unsere"! Wir lehnen die Bundeswehr insgesamt ab und sind für Volksbewaffnung.

WIR KÜNDIGEN DEN PATRIARCHALEN KONSENS UND BEGINNEN MIT EINEM WARNSTREIK.

DER PATRIARCHALE KONSENS KANN NUR DURCH DEN GEWALTSAMEN UMSTURZ DIESER VERHÄLTNISSE AUFGEKÜNDIGT WERDEN!

Der vorliegende Aufruf ist ein halbherziger, reformistischer Konsens der die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, den imperialistischen Staat BRD nur in einigen besonders augenfälligen frauenfeindlichen Auswüchsen angreift. Seine Hoffnung beruht nicht auf Widerstand und Kampf für eine andere Gesellschaft, sondern in der Hoffnung auf "Verbesserung und Reformierung" der bestehenden. So wie sein Inhalt, so seine Mittel! Diskutiert und thematisiert wird in die Breite und Länge in den Zusatzmaterialien, ob ein Streik im Betrieb juristisch abgesichert werden kann, wer das beantragen muß, etc. etc.

Militanter Frauenstreik – viele Frauenstreiks, Organisierung des Widerstandes gegen die frauenfeindliche Politik dieses Staates, sozialistischer, kommunistischer Frauenkampf als Teil der Kämpfe aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Vernichtung der Grundlagen dieses kapitalistischen Staates. Sozialistische Revolution, das ist der einzige Weg zu einer anderen Gesellschaft!

In der 1. Frauenstreiktag Info Nummer schreibt eine Frau, Rosa Luxemburg hätte den Aufruf zum Frauenstreiktag unterschrieben. O ja, sie hätte die Idee des Frauenstreiktages enthusiastisch aufgenommen, aber den reformistischen Inhalt des Aufrufs vernichtend kritisiert. Rosa Luxemburg, –ermordet von der monarchistischen Reaktion Hand in Hand mit den Sozialdemokraten der Scheidemänner,– war eine Vorkämpferin für die Befreiung der Frau und aller Unterdrückten in einer sozialistischen Gesellschaft: Ihre letzten Sätze in der Roten Fahne am 14. Januar 1919 waren:

"Ordnung herrscht in Berlin"! Ihr stumpfen Schergen! "Eure Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rasselnd wieder in die Höh' richten" und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!

Wir fänden es gut, wenn Frauen, die auch solche und ähnliche Kritiken am Aufruf haben, zumindest ein gemeinsames Papier verfassen.

Bolşevik Partizan

Frauengruppen im Ausland

Kontaktadresse: PLK Nr. 106606 C, D-80074 München

Wir lassen die Hafenrand GmbH unsere Häuser nicht mehr betreten.

Ab jetzt werden wir unsere Energie nicht mehr damit verschwenden, das Ende eines sowieso gescheiterten Vertrags möglichst lange rauszuzögern. Wir werden Neues in Angriff nehmen.
Wir mußten Dirksen den heutigen Tag als Begehungstermin nennen, um nervige und teure Prozesse zu vermeiden. Dirksen hatte den Termin verlangt, weil vor dem Haus ein Schutthaufen lag - wohlmöglich hat es ja sogenannte "bauliche Veränderungen" gegeben, und das interessiert ihn natürlich brennend. Vielleicht läßt sich daraus ja die 138. Kündigung schmieden. Es gab auch Umbauten. Das geht bloß Dirksen nichts an.

Dieser Schritt ist lange überfällig. Lange Jahre mußten wir uns wieder und wieder mit Dirksen rumschlagen.Von Anfang an war klar, daß er nur angetreten ist, um uns zu räumen (vgl. Kasten). Immer wieder ging es darum, keine neuen Kündigungsgründe zu liefern und Zeit zu gewinnen. Dafür hatten wir ständig nervigste Auseinandersetzungen um Begehungstermine, Verfügungen und Prozesse.

Und nicht zuletzt haben wir Monat für Monat einen Haufen Geld (13.000 DM) zur Hafenrand GmbH geschleppt. Insgesamt haben wir allein an Miete (ohne Betriebskosten) insgesamt ca. 132.000 DM an Dirksen gezahlt - wir bezahlen unseren eigenen Henker. Und das obwohl wir wissen, daß davon nicht eine Mark in die Häuser zurückfließt.

Im Gegenteil: wir führen jede Menge Baumaßnahmen von der durchlöcherten Regenrinne über Schwammsanierung und Lichtschachtverglasung bis hin zu zig kaputten Fallrohren mit eigenem Geld und eigener Arbeitskraft durch. Hätten wir das nicht all die Jahre gemacht, wären die Häuser lange wirklich unbewohnbar (Und sie sind wirklich schön). Dafür überzieht Dirksen uns dann mit Unterlassungsklagen incl. Androhung von Zwangsgeld (wie bei der Lichtschachtverglasung) und Strafanzeigen (wegen Sachbeschädigung!). Oder er läßt nach einer Fassadenrenovierung mit einem Riesen-Polizeieinsatz unser Gerüst klauen, das wir dann für 15.000 DM wieder auslösen müssen. Wir waren für Fassadenrenovierungen immer auf Blitzaktionen an Tagen angewiesen, an denen sich Dirksen keinen Polizeieinsatz leisten konnte, am letzten Hafengeburtstag zum Beispiel.

Die größte Gefahr - mal aus der Sicht der Häuser gesehen - heißt Voscherau. Gar keine Gefahr besteht dagegen, wenn Leute von uns was an den Häusern machen... Das Haus freut sich, wenn es eine unserer "illegalen" Baustellen auf sich zukommen sieht, und das Lachen bleibt ihm im Schornstein stecken, wenn dann Dirksen mit seinen Unterlassungsverfügungen und Begehungen kommt.

Voscherau sieht sich jetzt nach den Urteilen endlich am Ziel seiner Träume. So kann man sich täuschen.

- Wir leben hier seit zum Teil 10 Jahren und länger - einige von uns wurden hier geboren. Die Hafenstrasse ist für uns existenziell, und genauso werden wir auch drum kämpfen. Seit Jahren wird unsere Existenz hier in Frage gestellt und angegriffen. Das zehrt an uns und soll uns kaputt machen. Wir haben ein Recht, hier zu leben und darüber gibt es nichts zu verhandeln. Die ganze Diskussion um Räumung und Abriß muß endgültig vom Tisch.

- Der Senat hat seinen Anspruch auf die Häuser verwirkt. Er hat keinen Finger krumm gemacht, um sie zu erhalten. Alle notwendigen Arbeiten sind von uns gemacht worden. Die Häuser gehören sowieso uns.

- Eine Konstruktion, in der ein Senat oder ein Bürgermeister über das Eigentumsrecht die Entscheidungsgewalt über unsere gemeinsame Existenz oder Nicht-Existenz hat, scheidet für uns als Möglichkeit aus. Die Fortführung der Dirksen-Variante sowieso. Und wenn sie nicht gestorben sind, prozessieren sie noch heute.

- Wir wollen unsere Häuser den Menschen anpassen, die hier leben, und nicht andersrum. Wenn Umbauten in den Häusern notwendig sind, brauchen wir keinen Vermieter, der uns das erlaubt. Wir achten selber darauf, daß uns nicht die Mauern einstürzen.
Solange der Abriß der Häuser auf der Tagesordnung steht, ist es absurd, bauliche Mängel feststellen zu wollen.

- Wir wollen unsere Häuser nicht als "Privatbesitz". Schlimm genug, daß Wohnraum überhaupt Ware sein kann.
Wir können uns eine "Vergesellschaftung" unserer Häuser
vorstellen. Deswegen haben wir als Rechtsform die Genossenschaft ausgesucht. In der *Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße*, die es schon gibt, sind wir als Bewohnerinnen und Bewohner Gleiche unter Gleichen; wir wollen sie als Trägerin der Häuser -
innerhalb der Genossenschaft verwalten wir uns selber. Unsere Entscheidungen wollen wir weiter auf unserem Plenum bzw. in den Hausgemeinschaften treffen. Das Genossenschafts-Modell verlangt von uns die

Bereitschaft zur Auseindersetzung mit den Leuten, die bereit sind, die Verantwortung für die Häuser mit zu tragen (schon jetzt sind das mehr als 500). Und die Bereitschaft haben wir auch. Wir setzen uns mit allen auseinander, die unser Existenzrecht anerkennen.

- Daß wir bleiben und drumrum unsere FreundInnen & NachbarInnen vertrieben werden weil die Mieten unbezahlbar sind, soziale Einrichtungen schließen, auf dem DFDS-Gelände ein Monster- Aquarium und ein Luxushotel entsteht und Dirksen uns seinen stumpfen Neubau vor die Nase setzt, kann es jedenfalls nicht sein. Die BewohnerInnen St.Paulis haben da eigene Vorstellungen und wissen selber am besten, was sie brauchen.

! Übergabe der Häuser !

! Flora bleibt autonomes Stadtteilzentrum !

! kein Ausländer-Zuzugsstop in Wilhelmsburg oder sonstwo !

Es war für uns nicht besonders überraschend, daß unser Verhältnis zu Dirksens Hafenrand GmbH sich so entwickeln würde: Schließlich war Dirksen schon in seinen SAGA-Zeiten mit Räumungsklagen gegen uns beschäftigt.

Klar ist aber, daß Dirksen nur ausführendes Organ ist. Der Chef heißt Henning Voscherau. Den verbindet schon seit Jahren ein inniger Haß mit uns: schon 1985, also vor fast neun I Jahren erklärt er: "Das Projekt Hafenstraße ist gescheitert". 1987 tritt er sogar von seinem Job als SPD-Fraktionschef zurück, weil er seine Weste nicht mit Dohnanyi's Verhandlungskurs beschmutzen wollte: Dohnanyi hatte nach einem Gespräch mit uns - dem bisher einzigen zwischen einem Bürgermeister und uns - erklärt, er wolle sich im Senat für eine Vertragslösung einsetzen. Doch er bekam damals weder im Senat noch in der SPD-Fraktion dafür eine Zustimmung.

Mit Voscherau als Leithirsch setzte sich zunächst ein Machtgefüge aus rechter SPD, Wirtschaftsgrößen, Polizeiführung und Springer-Presse durch. Niemand hat mehr Hebel gegen eine Vertragslösung gezogen als gerade Voscherau. Hinter den Kulissen wirkte er als Wühlmaus, öffentlich forderte er immer wieder den Abriß des 6er-Blocks als Vorbedingung ("Ich will eine Rauchwolke sehen"). Hinter den Kulissen verhandelte unser Anwalt mit Dohnanyi über einen möglichen Vertrag. Die erste 3-seitige Version haben wir akzeptiert. Doch Dohnanyi wurde zurückgepfiffen. Bei der nächsten Runde erschien er mit - nach eigenen Angaben von Voscherau diktierten - für uns nicht annehmbaren Bedingungen. "Ohne Voscherau's Zustimmung", so Dohnanyi damals, "ist keine Vertragslösung durchsetzbar". Das Ergebnis von Voscherau's Anstrengungen: Am 10.11.87 erklärte der Senat die Vertragslösung für erledigt, einen Tag später bestätigte das die Bürgerschaft.

Daraufhin bauten wir die Barrikaden rings um die Häuser. Ein Aufruhr ging durch's Land. Der gesellschaftliche und politische Preis einer militärischen Räumung war durch die breite Unterstützung unabsehbar geworden. Der Senat sah sich aus unmittelbarem Zwang heraus veranlaßt einzulenken.

Wir konnten zwar mit den vielen anderen Menschen zusammen durchsetzen, daß der Senat überhaupt einen Vertrag unterschreiben mußte - Voscherau aber hat erreicht, daß es dann dieser unsägliche, nicht nur von Mieter helfen Mietern als "sittenwidriger Knebelvertrag" bezeichnete Pachtvertrag war. Aus den Zeilen dieses Vertrages sprang geradezu heraus, daß es nur darum geht uns möglichst viele Zwänge aufzuerlegen, mit dem Ziel uns möglichst bald ausschmeißen zu können. Das war uns auch damals schon klar, wir hatten aber die Pistole auf der Brust - die Stadt war schließlich von Bullen, BGS und Sonderkommandos belagert, unsere Gesundheit und unser Leben stand auf dem Spiel. Wir sahen keine Möglichkeit, Verbesserungen an dem Vertrag durchzusetzen.

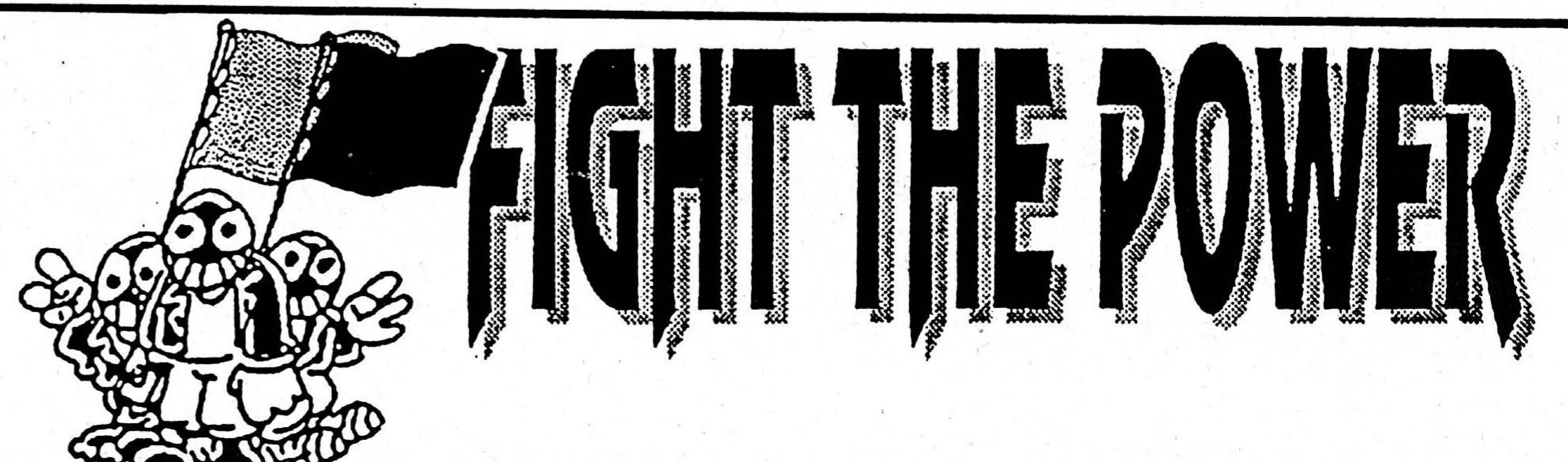
Unser Ziel zu bleiben hatten wir erstmal erreicht - wir haben aber damals den Vertrag nicht als ernsthafte Grundlage für die nächsten Jahre angesehen. Diese Einschätzung wurde ja auch ganz schnell von der Wirklichkeit bestätigt: Die zugesagten Instandsetzungsmittel wurden innerhalb kürzester Zeit wieder eingefroren, statt dessen bekam die SAGA eine halbe Million für die Verplanung des Hafenrandes. Dem Verein Hafenstraße und der Lawaetz-Stiftung als Eigentümerin der Häuser wurden alle erdenklichen Knüppel zwischen die Beine geworfen; weder die noch existierenden Unbewohnbarkeitserklärungen noch die Abrißgenehmigungen für den 6er-Block landeten im Mülleimer. Als Voscherau Dohnanyi dann vertreiben konnte, erklärte er uns ein weiteres Mal für gescheitert.

Die Lawaetz-Stiftung weigerte sich, eine von Voscherau geforderte Abmahnung wegen einer Parole an unseren Wänden auszusprechen. Voscherau nahm das zum Anlaß, kurzerhand "den Instrumentenkasten in Ordnung zu bringen" (O-Ton):

Die Hafenrand GmbH wurde gegründet, der bewährte für zwei Jahre von der SAGA ausgeliehene Dirksen wurde als Chef eingesetzt und unsere Häuser der Hafenrand GmbH überschrieben. Zielvorgabe: Räumung und Abriß innerhalb von zwei Jahren. Ruck-zuck war dann auch der Pachtvertrag gekündigt - letztendlich wegen eines Farbeies auf einen gegen die Tür pissenden besoffenen Fischmarkt-touries.

Voscherau: "die Mühlen der Justiz malen langsam, aber trefflich fein".

St.Pauli-Hafenstrasse, 17.12.93



Wer von Mißbrauch von Kindern spricht, darf zu Heterosexualität nicht schweigen!

Hey Gustav!

Nachdem dein Artikel in der Interim Nr. 262 "Weg gedrückt, aber immer noch da!" doch so schnell Wirkung gezeigt hat und schon in der nächsten Ausgabe "Mißbrauch in der Szene" Stellungnahmen zu einem Mann der Kinder sexuell ausbeute eingefordert werden, denke ich, daß es an der Zeit ist anders als "Pädophilie ist böse" darüber zu diskutieren.

Zum Ersten:
Viele deiner Beschreibungen der Verhältnisses zwischen Erwachsenen und Kindern samt gesellschaftlichen Rahmen scheinen mir so richtig zu sein. Ich verstehe aber nicht, warum du nur an diesem Punkt der Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern so panisch aufschreist. In Beziehungen mit Kindern sind Erwachsene doch ständig mit der Machtfrage konfrontiert. Bei jedem Interessensgegensatz mußt du dich fragen, ob du deinen Willen mit deiner Macht durchsetzt. Die Methoden dazu sind unterschiedlichst und erstmal zweitrangig. Egal wie du dich entscheidest, es ist *deine* Entscheidung. Das Kind hat Letztendlich wenig in der Hand seinen Interessen durchzusetzen. Von gleichberechtigten Partnern, wie du sie für sexuelle Kontakte forderst, kann m. E. auch auf allen anderen Ebenen nicht die Rede sein.

Gegenüber Kindern gibt es kein neutrales Verhalten, auch auf dem Gebiet der Sexualität nicht. Der Verweis an die Kinder, sie sollen es doch gefälligst untereinander treiben ist zwar gut gemeint, aber ignoriert zumindest den Wunsch nach einer eigenen Partnerwahl. Fragt sich, ob das so wichtig ist. Wichtig im Verhältnis zur Tatsache, daß Tausenden von Erwachsenen die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern am Arsch vorbeigehen und sie ausschließlich auf die Befriedigung ihrer eigenen achten? Oder ist es richtiger aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Situation zu sagen, *jeder* sexuelle Kontakt ist Mißbrauch, weil die Menschen, die was anderes dabei im Hirn haben, an einer Hand abzuzählen sind? Ich weiß es nicht!

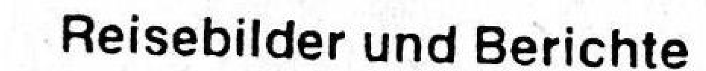
Ich hab aus diesem Zweifel heraus inzwischen alle Kontakte zu Kindern abgebrochen. Meine Erfahrungen sind folgende: Wenn du mit oben erwähntem Bewußtsein über deine Macht mit Kindern zutun hast, passiert es immer wieder, daß sie auf dich zukommen und mit dir rummachen wollen. Und dann sitzt du ganz schön im Schlamassel. Bei allen anderen Fragen ist klar, wenn wir beide Lust und Zeit haben, machen wir das. Und das würde ich auf sexuellem Gebiet auch so sagen, wenn da nicht mein Wissen über die ganze Scheiße wäre, die da in aller Regel abläuft. Ich könnte mich aus dem Konflikt natürlich einfach rausziehen und sagen ich hätte keine Lust. Das wäre eine Antwort, die ja auf sexuellem Gebiet auf jedenfall zu akzeptieren wäre. Aber das stimmt nicht. Ich habe auch Lust mit Kindern rumzumachen und das Ausredenerfinden gegenüber Menschen, die mir wichtig sind, will ich mir eigentlich abgewöhnen.

Zum Zweiten:

Deine Einwandvorwegnahme bezüglich heterosexueller Beziehungen:
So wie du es schreibst ist es richtig. Ein Unrecht wird durch ein anderes nicht besser. Aber ich hab da trotzdem ein paar Fragen, und zwar die Konsequenzen betreffend, die du aus deinen Beobachtungen ziehst. Beidesmal, bei dem Verhältnis Erwachsene/Kinder und Männer/Frauen haben wir es mit einem Machtverhältnis zutun, zumindest benutzen wir die gleichen Worte. Dieses Machtverhältnis ist es, worauf du deine absolute Position "*Jeder* sexuelle Kontakt zwischen Erwachsenen und Kindern ist Mißbrauch des Kindes" stützt. Bei Männern/Frauen formuliert das erstmal niemand so, zumindest wird bisher in unserer Szene von den Männern nicht ernsthaft gefordert sie sollen ihre sexuellen Beziehungen zu Frauen abbrechen. Mir fallen dazu zwei Gründe ein, warum das so sein könnte:
1. Das Machtverhältnis zwischen Männer und Frauen scheint doch wenigstens in unserer Utopie irgendwann einmal aufhebbar zu sein. Und vielleicht ist ja jetzt schon möglich, wenn wir uns ganz besonders anstrengen ein Bißchen von dieser Utopie zu leben. Ein Machtverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern scheint auf alle Zeit festgeschrieben zusein, denn wer kann sich denn ein Baby oder Kleinkind ohne Abhängigkeit von Älteren vorstellen? Ich nicht.
2. Vielleicht ist es aber auch nur eine Frage von Mehrheiten, von Sündenböcken, die man sich schaffen kann, die es so einfach machen mit Pauschalurteilen sich auf die Seite der Guten und Gerechten zustellen und mit den Fingern auf die Anderen, die Schweine zuzeigen. Und vielleicht ist es ja wirklich so, daß in Hetero-Erwachsenen-Beziehungen tatsächlich weniger oft Scheiße abläuft, als zwischen Erwachsenen und Kinder. Aber das ist doch eine Frage der Quantität und nicht der Qualität, oder?

Tschüß

Ludwig



Reisebilder und Berichte

über eine Fotoausstellung/Veranstaltungen zum Widerstand in Berlin - September 93 in Ljubljana/Slowenien, im Kunst- und Kulturzentrum Metelkova, einer gerade besetzten, ehemaligen Kaserne



Die, sich um den Verein Netz für Metelkova, zusammengefundene Gruppe hat am 10. September die gleichnamige, ehemalige Kaserne in Ljubljana (Slowenien) besetzt. Wir haben uns für eine rasche und spontane Aktion entschieden, nachdem wir erfahren haben, daß ein Teil der Gebäuden, für die sich das Netz bereits seit 1990 eingesetzt hatte, auf Anordnung der Stadtregierung abgerissen wird. Um ca. 20 Uhr haben wir erfahren, daß der Abriß bereits begonnen hat. Sofort haben wir begonnen, unsere Mitglieder darüber zu benachrichtigen. Um rund 22.Uhr haben wir in KUD (ein unabhängiges Kulturzentrum in Ljubljana) begonnen, freiwillige Beiträge für Kerzen, Fackeln, sowie Nahrung zu sammeln, und den Zeitplan der Abgänge zur Kaserne Metelkova von 3 verschiedenen Treffpunkten der sogenannten unabhängigen Szene in Ljubljana zu erstellen. Außerdem haben wir über das Radio Student (ein unabhängiges Radioprogramm, das während der StudentInnenbewegung in Slowenien in den 70-ern gegründet wurde) die HörerInnen aufgefordert, sich uns anzuschließen. Um Mitternacht kletterten rund 100 Leute über den Zaun und brach die Tür eines der noch unbeschädigten Gebäudes auf. Auf dem ersten, am 11.September um 1 Uhr stattgefundenem, Plenum versammelten sich über 200 Leute, und erste Gruppen wurden gebildet. Das Plenum wurde durch das Radio Student direkt übertragen und gesendet. Um 3 Uhr haben wir über das selbe Medium erklärt, daß wir im Gebiet der Kaserne Metelkova rund 3.000 m2 der Gebäude - Räumlichkeiten samt ihrer Umgebung abgesichert und befreit haben. Bis zum Morgen wurde Metelkova in einen Galerieraum umgewandelt. Um 10.45 Uhr wurde ihr Tor geöffnet und bereits 15 Minuten danach begann die erste Pressekonferenz. Um 15.00 Uhr wurde die erste Ausstellung eröffnet, die den Beginn eines überaus intensiven, bis jetzt noch ununterbrochenen, Kulturfestivals darstellte, das bereits seit 12 Tagen andauert. Trotz des Stromausfalls haben wir in dieser Zeit 16 Konzerte, 11 Theateraufführungen, fünf runde Tische, drei dichterische Lesungen und zahlreiche Ausstellungen veranstaltet, in denen über 50 Künstler ihre Tätigkeit vorgestellt hat. Außerdem haben wir in dieser Zeit sieben Erklärungen für die Öffentlichkeit geschrieben und die Stadt mit zahlreichen Plakaten und Flugblättern überschwemmt. In dieser Zeit erschien auch eine Sondernummer des M'ZIN (das Sprachrohr des Netzes für Metelkova). Am Dienstag, den 21.September findet die Eröffnung der ersten internationalen Dokumentarausstellung "Leben und Widerstand in Berlin" statt.

Die erste und einzige Reaktion der Machthaber auf unsere gewaltfreie Aktion war ein paranoider Brief des Präsidenten der Stadtregierung, in dem er uns mit "Gewalttätern", "Resten des kommunistischen Regimes" und ähnlichen blödsinnigen Ausdrücken beschimpft, und gleichzeitig entschieden verneint, daß seine Leute illegal die Gebäude in Metelkova abzureissen versucht haben (obwohl das polizeilich nachgewiesen wurde). Bereits am vierten Tag reichte das netz für Metelkova eine Klage gegen den unbekannten Verwüsterer ein und schrieb auf ihn sogar einen Steckbrief aus, den wir nun auf den Straßen Ljubljanas verteilen.



MREŽA ZA METELKOVO

Die Initiative Netz für Metelkova wurde vor drei Jahren ins Leben gerufen. Den roten Faden des Projekts bildet eine Konversion der Militärobjekte im Stadtzentrum für die Zwecke der Zivilgesellschaft. Es muß auch erwähnt werden, daß gerade in dem Zimmer, in dem wir nun diesen Bericht schreiben, der jugoslawische Krieg begonnen hat, und daß dieser Raum einen der Logistik-Zentren bildet, in denen die Massaker auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens geplant wurden.

Also, wir sind recht viele - zu uns gehören ca. 200 künstlerische Gruppen und Einzelpersonen, die sich in ihrer Tätigkeit keinesfalls durch Stromausschaltungen, anonyme Anrufe über minierete Keller (die angeblichen Minen sollte die jugoslawische Armee vor ihrem Rückzug aus Slowenien gelegt haben), oder Delogierungs-Drohungen und Besuche der Kriminalpolizei stören lassen.

Noch ein Wort über die Medien. Die Besetzung der Kaserne Metelkova stellt in Slowenien die erste Aktion dieser Art seit 1971 dar. Außerdem verfügt Slowenien, deren Bevölkerung knappe 2 Millionen zählt, über die selbe Zahl der nationalen Medien wie z.B. Österreich. Deshalb stellte die, noch dazu am Wochenende stattgefundene, Besetzung ein erstklassiges Medienereignis dar, was unser Öffentlichkeitsdienst ausgezeichnet ausgenutzt hat. Der Meidenklan war unserer Aktion bisher recht wohlgeneigt, und aus einigen Umfragen und den Reaktionen der Bevölkerung, die uns spontan und aus eigener Initiative hilft, können wir durchaus davon ausgehen, daß wir auch einen großen Teil der öffentlichen Meinung sich für uns gewonnen haben.

Homosexual Organizations in Slovenia

Am 10.September 1993 hat ein Zusammenschluß mehrerer Gruppen und SympathisantInnen die ehemalige Kaserne der jugoslawischen Armee-METELKOVA-, nicht unweit vom Bahnhof, besetzt.yo Auch Lesben und Schwule beteiligten sich an der Besetzung und sind dabei, lesbisch-schwule Freiräume dort zu schaffen. Als Treffpunkt, Performance- und Versammmlungsort wird es schon genutzt; im Entstehen ist eine Bar, ein Cafe'und vieles mehr... Ende September besuchte eine 10-köpfige Delegation aus Bärlin die besetzte Kaserne Metelkova und führte dabei Gespräche und einige Interviews mit den BesetzerInnen. So enstand auf dem besetzten METELKOVA-Gelände auch ein Interview mit Robert und Tom (Namen geändert), zwei Schwulen aus Ljubjana. Da die Aufnahme-Technik unseres Gerätes versagte, folgt nun eine Rekonstruktion und Zusammmenfassung des Interviews. Wir bitten um ihr Verständnis.

Schwule in METELKOVA
Interview mit Robert und Tom am 25.9.93 in Metelkova (Ljubjana)

Rob: Magnus (Schwulenorganisation) existiert seit 1984 und arbeitet politisch, kulturell und sozial.

Tom: ja, ich arbeite mit Magnus; es gibt auch noch den Roza Klub, und z.B. Revolver, eine schwul-lesbische Zeizschrift mit einer Auflage von 1500, die vierteljährlich erscheint. Oft kaufen ganze Gruppen eine einzige Zeitung und geben sie dann herum.(...) Schwule und Lesben arbeiten seit 6 Jahren zusammmen.

Rob: Wir sind so wenige, wir müssen zusammen arbeiten.

Tom: Es ist auch möglich, Artikel in die Tagespresse zu bringen, war vor 1991 auch möglich.(...) K4 ist jeden Sonntag eine Schwul-Lesbische Disco - sogar Leute aus Kroatien, Italien und Östereich kommen hierher. Techno, Hip-Hop, Disco, Tanz-Musik...all das läuft hier.(...)
Homosexualität ist offiziell nicht verboten, aber gesellschaftliche Diskriminierung ist natürlich dennoch vorhanden, das Denken in der Gesellschaft ist homophob. Viele trauen sich nicht,"to come out", sich öffentlich als schwul zu bezeichnen.
Es gibt auch Angriffe und Attacken auf uns Schwule, in öffentlichen Parks zB.

Rob: Unsere Schwulen - Community, also, die wir so kennen und die in Discos gehen, sind so 200-250 Leute. Es gibt natürlich mehr , aber die trauen sich nicht, es offen zu machen. Zu groß ist die Angst vor der Ächtung, Brandmarkung, Diskriminierung usw.
20 Leute sind wirklich aktiv. Und die, die vorher, also vor 91, aktiv waren, sind jetzt auch aktiv.

Tom: Es gibt keine Schwulen-Bar oder andere offen zugängliche Treffpunkte außer K4. In Metelkova wollen wir eine Bar eröffnen, einen Ort zum Treffen, für Beratung, Kultur, Veranstaltungen usw. schaffen. Metelkova ist großartig, es ergeben sich für uns Möglichkeiten, die es bisher nie gegeben hatte.(...) Ja kann, daß es auch hier Probleme geben wird, Eisenkreuz ist sehr rassistisch und sexistisch.



Rob: Für uns Schwule hat sich nicht soviel geändert seit der Unabhängigkeit Sloweniens. Homosexualität war vorher erlaubt und ist es noch immer. Mag sein , daß die Regierung uNs etWas mEhr eNtGegeN kommT usw.. die gesellschaftliche Homophobie ist geblieben. Gesetzlich ist hier eine sexuellle Beziehung eines 16-jährigen mit einem 18-jährigen verboten (so wie in der BRD auch).

Tom: Ja, Sex in öffentlichen Parks läuft.Es gibt zwei Parks in Ljubljana, da gehe ich manchmal hin.

Rob: Offiziell gibt es 47 Menschen mit AIDS und 200-300 Hiv+. Die Dunkelziffer ist logischerweise höher. Bisher starben schon mindestens 18 Menschen im Zusammmenhang mit Aids. Wir bemühen uns um alternative Therapien und Therapiefornmen. Die Behandlung in Krankenhäuser ist gut. Safer Sex wird kaum praktiziert - langsam entwickelt sich ein Bewußtsein.

Tom: Ja, der Krieg in Bosnien ist scheiße, was sind Kriege sonst ? Es kommen einige Schwule aus Serbien, Bosnien und Kroatien nach Slowenien; es gibt auch schwule Flüchtlinge. Wir haben persönliche Kontakte nach serbien, Kroatien usw. In Kroatien und Serbien haben sich Gesetze gegen Schwule/Lesben verschärft. So ist Homosexualität in Serbien verboten, nix läuft öffentlich, alles illegal unter konspirativen Bedingungen. Und all das nur ein paar Kilometer von hier entfernt.

Rob: Ja, wir unterstützen die Unabhängigkeit Sloweniens. Es ist besser jetzt - 99% der Bevölkerung haben so gedacht und gestimmt und sich dementsprechend politisch verhalten. Es sind verschiedene Kulturen (so ein Schwachsinns-Argument,**Anm. des Schreiberlings**)- warum sollen die mit Zwang zusammengehalten werden ? Das ist künstlich. Niemand von uns gehört jedoch zur extremen Seite /extreme Nationalisten.
Es ist besser jetzt - mehr Freiheit im allgemeinen.

HOMOSEXUELLE ORGANISATIONEN IN SLOWENIEN !!!!

Selbstverständnis der Roza Klub Organisation :

Der Roza Klub wurde 1990 von schwulen MAGNUS und lesbischen LL Mitgliedern des Studentischen Kultur Centers der Universität (SKUC) in Ljubljana gegründet. Roza Klub ist eine unabhängige politische Organisation von Schwulen und Lesben in Slowenien. Ihr Aufgabe ist u.a., sich am politischen Leben zu beteiligen, insbesondere, um die Verfassung und die Gesetzgebung zu verändern. Wichtig ist vor allem, Homosexuelle vor diskriminierenden Gesetzen zu beschützen.
Die Beziehung zweier homosexueller PartnerInnen ist noch nicht durch das Gesetz anerkannt. Zwei PartnerInnen können so z.B. keinerlei Vorteile und Leistungen, die das Sozial- und Gesundheitssystem bietet, in Anspruch nehmen. Es gibt keinen gesetzlichen Schutz für homosexuelle ArbeitnehmerInnen.

Wird die sexuelle Orientierung einer/es Homosexuellen entdeckt, so kann sie/er ihren/sein Job verlieren bzw. wird erst gar nicht eingestellt.



Roza klub
LJUBLJANA



Aktivitäten des Roza Klub 1993 :
- Beteiligung an der Besetzung der Metelkova-Kaserne und Errichtung und Aufbau unabhängiger Lesben- und Schwulen Räume (Bars,Treffpunkt,Versammlungsort usw.) auf dem Gelände.
- Organisierung eines internationalen Schwulen- und Lesben Camps in Bohinj, Slowenien vom 23.-29.August
- Veranstaltungswoche vom 6.-13.September, um Menschen mit HIV oder AIDS zu unterstützen. Das Ziel ist es, auch längerfristig, psychosoziale Unterstützung für Menschen mit HIV+/Aids zu schaffen.
- Woche des Schwulen und Lesbischen Films im Dezember in Kooperation mit Magnus und LL.
- Herstellung und Herausgabe von 4 Nummern des REVOLVER (schwul-lesbisches Magazin)
- Roza Disco. Die einzige schwul-lesbische Disco in Slowenien(jeden Sonntag von 22.oo Uhr - 4.oo Uhr)
- HOMONeT:Informationen in slowenischer und englischer Sprache auf Slowenischem VideoTex-System. Auf Computerbasis.
- Beteiligung der ILGA (Internationalen Lesben und Schwulen Assoziation) an folgenden Konferenzen:
  Wien,15.-18. April
  Berlin, Aids-Konferenz, 7.-10.Mai
  Barcelona, Weltkonferenz der ILGA vom 11.-17. Juli

Präsentation der LL Organisation:
1985 wurde unter Beteiligung von Lesben Lilit (eine Feministische Gruppe)gegründet. 1987 wurde dann LL (Lesben Organisation) als ein Teil von SKUC gegründet. Einer ihrer ersten Aktionen war die Beilage "Laßt uns Frauen lieben" in dem Mladina Magazin, einem kontroversen Jugend Magazin.
Die Ziele von LL sind, ein weites Gebiet lesbischer Kultur, Bewegung, Lebensstile und Eigenheiten zu dokumentieren und zugänglich zu machen. Ihre Resultate waren u.a. : Zwei Ausgaben von Lesbozine, eine Lesbische Filmwoche, Literaturabende, Vorlesungen, ein Internationales Lesben Camp in Rab (Kroatien), Frauen-Tanzabende...
LL ist öffentlich ständig präsent mit Themen wie Lesbische Identität, Coming Out, Homophobie, Lesbische Beziehungen, Lesbische Mütter.
"Unsere Gesellschaft hat keine Tradition einer Lesbischen Bewegung. Das ist auch der Grund, warum wir für unser Existenz-Recht kämpfen müssen.(...) Die gesellschaftliche Stille der "anderen Frauen" zu durchbrechen und Frauen zusammenzubringen ist nun eines unserer Hauptaufgaben."
LL kooperiert eng mit Lilit und ist Teil von Roza Klub.
LL ist außerdem auf dem internationalen Level aktiv und Mitglied von ILIS (Internationaler Lesbischer Informations Service) und ILGA (Internationale Lesben und Schwulen Assoziation).

Aktivitäten von LL 1993:
- Herausgabe von Pandora, eines monatlich erscheinenden lesbischen Informations-Bulletins.
- Arbeit an dem Buch "Anthologie und Geschichte der Lesbischen Bewegung in Slowenien"

- Betreiben eines Archivs: sammeln lesbischer Bücher, Magazine, Texte und Zeitungsartikel
- Ausstellung: Fotoausstellung in der K4-Galerie in Ljubljana
- Erstellung einer Dokumentation der Lesbischen Szene in Slowenien.
- Sessions, Ausflüge, Picnics, Sportveranstaltungen, Erholung..
- Teilnahme an Internationalen Konferenzen .



Präsentation der Magnus Organisation:
MAGNUS, auch eine Sektion von SKUC, wurde 1984 als Kultur Organisation für die Sozialisierung der Homosexualität gegründet. Zuerst organisierten sie sog. MAGNUS-Festivals mit einem großem Angebot von Aktivitäten, um homosexuele Lebensweisen zu propagieren. MAGNUS organisierte auch ein Schwules Film Festival, auf dem die wichtigsten internationalen Schwulen-Filme liefen. Seit ihrer Gründung war und ist Magnus eng mit der Alternativ-Szene in Slowenien verbunden.
1993 startete MAGNUs seine Aktivitäten an Schulen und Universitäten, um auch unter den StudentInnen eine Lobby für Homosexuelle in Slowenien zu bilden.
Magnus ist eine nicht-kommmerziellle Organisation und wird aus staatlichen Geldern finanziert.

Aktivitäten von MAGNUS 1993:
-Das Projekt **Homosexualität und junge Menschen** vom 1.9.-31.12.: Vorlesungen und Veranstaltungen an allen Slowenischen Realschulen in Kooperation mit LL mit dem Ziel, jungen Menschen zu zeigen, daß Homosexualität keine Krankheit ist, sondern eine normale soziale Erscheinung und eine Form des Lebens. Und das es keinen Grund gibt, Homosexuelle aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Außerdem soll erreicht werden, daß Homosexualität in Schulbüchern nicht, so wie es einem Buch für Gesundheitserziehung zu lesen ist, als seltsame sexuelle Erfahrung dargestellt wird. Das Thema Homosexualität muß einer notwendigen anti-diskriminierenden und von Akzeptanz begleiteten schul-und bildungspolitischen Auseinandersetzung unterliegen:
Homosexualität als eine natürliche Form des Lebens!-
- Aufbau und Verfestigung eines Schwulen Netzwerkes in Slowenien in Zusammmenarbeit mit der Universität in Maribor.
- Studentisches Kulturfestival vom 17.-23-Mai:
  Runder Tisch über homosexuelle Kultur in Kooperation mit LL und Roza Klub.
- Beteiligung an Internationalen Konferenzen.



Kersnikova 4
Ljubljana
Slovenia
tel. +386 1 124 089
fax +386 1 329 185

Addresses

Organizations:

ROZA KLUB
Kersnikova 4
61000 Ljubljana
SLOVENIA
telephone: +386 1 124 089
every Tuesday and Thursday, *12:00 p.m. to 2:00 p.m.*
telefax: +386 1 61 329 185

MAGNUS, gay section
Kersnikova 4
61000 Ljubljana
SLOVENIA
meetings every Thursday at *5:00 p.m.*, room 404
telephone: +386 1 124 089
every Tuesday and Thursday, *12:00 p.m. to 2:00 p.m.*
telefax: +386 1 329 185

LL, lesbian section
Kersnikova 4
61000 Ljubljana
SLOVENIA
for further information send a letter
telephone: +386 1 124 089
every Tuesday and Thursday, *12:00 p.m. to 2:00 p.m.*
telefax: +386 1 329 185

YOLDASHIMM, association of homosexual couples
p.o. box 47
61104 Ljubljana
SLOVENIA

Disco club:

KLUB K4
Kersnikova 4
61000 Ljubljana
SLOVENIA

Pink disco - gay and lesbian disco club
Sundays, 10:00 p.m. to 04:00 a.m.





Toronto's Neo-Nazis: The Boys In The Hoods

The growth of the far right in Toronto is not a new phenomenon. The Heritage Front is not the first Toronto-based fascist group but the most recent example of a movement which dates back to the 1930s: when the Canadian Nazi Party ran candidates in Toronto; when the Balmy Beach Club in the east end was renamed the Swastika Club; when nazi thugs attacked Jewish youth at Christie Pits Park, youth who defended themselves and their community by physically trouncing the nazi mob. Even the nazis of the 1930s cannot be isolated from the history of racism in Canada – from the genocidal policies used against the First Nations to the history of violent racism directed against the African and Asian communitis.

This ongoing legacy of racism provides fertile grounds for the growth of groups like the Heritage Front and the Church of the Creator today. It's the historical context of racism which makes some white people vulnerable to recruitment by these hateful organizations, and the strong links between groups in Canada, the U.S., Europe and South Africa make the white supremacist movement dangerous to us all.

It is often tempting to ignore neo-nazi organizing and violence. It is sometimes easier to see them as misfits or isolated extremists rather than face the larger problems of widespread racism, homophobia and anti-Semitism in society. But the first step to confronting hate violence is understanding how racism and prejudice has played a crucial role in the history of Canada, and how the struggles against it – from the time of Columbus to today – must inform and shape both our anti-racist analysis and activism. Who Are The People In Our Neighbourhood?

Many of us here in Ontario see neo-nazi, Ku Klux Klan and other far right organising as something that happens in Alberta, Saskatchewan or Quebec – yet southwestern Ontario is the most active area of organized white supremacy in Canada. Our region is perhaps the organizational centre for the Canadian far right.

The leadership of the local neo-nazi movement is very experienced, many of them having worked with Toronto racist organizations since the 1970s and 1980s. Some have travelled internationally to meet and work with their European and U.S. counterparts. Many have done prison time for "the cause".

The main public figure in Toronto is Wolfgang Droege. Droege has been active in the Canadian far right since the 1970s when he worked in both the Toronto based Western Guard and later with the Canadian Knights of the Ku Klux Klan, where he rose to become the number two man in the national organization. Droege is a friend and "racial comrade" of both David Duke, the former KKK leader turned racist politician and U.S. presidential candidate, and Tom Metzger, leader of the violent California-based White Aryan Resistance (WAR).

The Heritage Front was founded in 1988 when Droege and other white supremacists left the racist Nationalist Party of Canada. The Front bases itself on the National Association for the Advancement of White People, the organization formed by David Duke after leaving the Klan. The NAAWP presented itself not as a white supremacist organization but as a "white separatist" group concerned with "equal rights for whites".

"Equal rights for whites" has become a popular slogan used by the right to justify attacks on the traditional targets of white supremacy. Under this banner, groups such as the Heritage Front denounce women's rights, non-white immigration, lesbian and gay rights, Native land rights and educational curriculum which stresses anti-racism or tells the history of Nazi Germany and the Holocaust - all of which in their minds adds up to a conspiracy to destroy the white race. Like the NAAWP, the Front hides the blatantly racist and anti-Semitic rhetoric of the past behind rants against immigration laws, crime, lesbian and gay right, affirmative action, perceived attacks on (their) free speech, anti-racists, etc., in hopes of appealing to the existing prejudices in white Canadian society.

The Heritage Front runs a telephone hateline which is used to broadcast verbal attacks against the communities which don't fit into their world vision - communities which in reality represent just about all of us. They also publish a monthly magazine called Upfront which carries articles by both Front members and fascist organizations in the U.S. and Europe. (It even boasts a regular column by David Duke!) The Front holds several secret rallies a year often featuring prominent KKK and neo-nazi leaders and Holocaust deniers from the U.S. and Europe. (The meetings are not advertised for fear of a massive anti-racist response, such as that organized by ARA in November 1992 which shut down a HF gathering!)

Despite their claims of merely seeking "free speech" and "open debate", the Heritage Front has time and time against revealed its true violent nature. In June 1993, three Front members, including Droege and his henchman Pete Mistrevski, were arrested on assault and weapons charges following an attempted assault of anti-racists. The other Front member arrested, Chris Newhook, has already been convicted and is now serving a 12 month sentence. Another Front diehard, Elisse Hategan, is facing charges of distributing hate material targeting the Black community. (Typist's note: Hategan has recently left the HF and is now giving information about its activities to anti-racist organizations. She will also testify against Droege and other HF members in some of their upcoming trials.)

Droege himself has already done prison time in the U.S. for his racist activities, including three years for his part in an attempted neo-nazi armed invasion of the island of Dominica, which was intended to establish a base for the international fascist movement. One of Droege's responsibilities after the invasion was to have been running a cocaine processing plant.

The flip side to the Heritage Front's "soft" image is the Church of the Creator (COTC), perhaps the most violent neo-nazi organization in North America. The COTC has chapters in the U.S., Canada, Europe and South Africa and is known for paramilitary training and using violent attacks as part of its efforts to make the earth a "whites-only" planet.

The "church" part of the organization is based upon the teaching of the millionaire racist and one time Ontario-resident, Ben Klassen (who took the Hitler-thing full circle in August 1993 by committing suicide). Klassen wrote the "White Man's Bible" which serves as the ideological/"spiritual" basis for COTC. It provides a "religious" excuse for their violence and hatred by teaching that white people alone are made in the image of god and that all other races (or "mud races" as they call them) are inferior.

The Toronto COTC is the organization's main representative in Canada and among the most important chapters internationally. COTC people from the Toronto/Hamilton area have played major roles in the international leadership and the most popular COTC rock band, RaHoWa (short for Racial Holy War), is based here. RaHoWa and other COTC bands are crucial in fundraising for their violent racist activities and in recruiting young people and skinheads as stormtroopers. The concerts pump up the bonehead fans with violent hatred and "sieg heils", often resulting in assaults on the public after the show lets out. In June 1993, Heritage Front skinhead Jason Hoolans brutally assaulted a Tamil man after a RaHoWa gig, leaving the man partially paralysed.

Local COTC boss and RaHoWa "singer" George Burdi (aka Rev. Eric Hawthorne) recently helped found a Detroit-based record label called Resistance Records to make and distribute neo-nazi recording across North America and Europe. The label's first release is a RaHoWa CD entitled "Declaration of War" (as if we didn't get the idea...).

The Toronto COTC also boasts a Security Legion (or "White Berets"), a group of skinheads who train in martial arts and weapons and provide security for many neo-nazi events in the city. Toronto media recently identified Eric Fischer, a former sergeant is the Canadian Airborne Regiment, as the leader and trainer of the Security Legion. Eric, along with his brother and fellow Security Legions member, Elkar (another Airborne veteran), were arrested during the summer of 1993 with a third COTC bonehead for kidnapping a Heritage Front member, assaulting him, and threatening to kill him by injecting him with window cleaner (and to think they treat their own this way.) Another Security Legions member, Richard Manely, was recently sentenced to nine months in prison for illegal possession of weapons and ammunition. (He's another Airborne veteran...coincidence???) The Links

The fact that the HF and COTC use different methods does not reflect a split but an attempt to build a broad racist front attracting all manner of potential recruits, from older bigots to younger militants. Not only do Burdi and Droege associate openly, but Burdi is often prominent figure at Heritage Front rallies., where he either speaks or performs with his band. In April 1993 Burdi appeared with Droege at an Ottawa press conference announcing the launch of the Heritage Front's Ottawa chapter. It's apparent that Burdi (who was arrested for the May 1993 assault of an Ottawa anti-racist) is effectively the number two man in the HF.

The Heritage Front also acts as a front for the movement. As a public organization, unlike the secretive COTC, the Heritage Front is a contact point for newly initiated racist and fascists who can later be directed towards more violent groups.

The primary recruiting ground for both these organisations is young white people. It is from these ranks that the fascists, as they have done in Europe, hope to draw their stormtroopers.

If we are to learn anything from history, it is that fascism is not a movement to be ignored as irrelevent. Recent experiences in Germany, where organized gangs of neo-nazis regularly carry out vicious attacks – including arson and murder – against immigrants and refugees, Jews and anti-racists has demonstrated the violent agenda and goals of their movement. The German government's move to punish the victims of these attacks by tightening immigration and refugee laws (!) rather than go after the racist thugs shows the powerful effects of institutionalized racism in western society, and the limits of looking to government and police for solutions to the problem.

Unlike Germany, the Canadian far right has neither the numbers nor power to influence government policy, but neither did the German far right five years ago. If we choose to ignore the growth of neo-nazism in this country – and choose not to challenge the everyday racism, sexism, homophobia, and anti-Semitism which we encounter in our own lives – then we allow the grounds to remain fertile, and racist movements will continue to grow accordingly.

If we choose to act against racism and prejudice – in our schools, in our families, among our friends, and on the streets – then we can begin to pull up the weeds before they spread...

Anti-Racist Action
P.O. Box 664, Stn. C
Toronto, Ont.
M6G 3S1 CANADA
Infoline: 416 631 8835

die tageszeitung, Montag, 20. Dezember 1993 ■ Berlin

Geschenke vom Bund

■ Demonstration gegen Einberufung / Nacherfaßte 69er verbrannten auf dem Ku'damm 1.500 Musterungsbescheide

Gleich sechs Weihnachtsmänner marschierten im Stechschritt an der Spitze. Nachdem die Polizeiführung am Samstag die Demonstration der rund 700 von der Einberufung bedrohten Männer auf dem Kurfürstendamm verboten hatte, mußten die Protestierenden auf die Lietzenburger Straße ausweichen. Die Absicht der Wehrdienstverweigerer war es, den mit Weihnachtseinkäufen beschäftigten BerlinerInnen ihr „Geschenk" von der Bundeswehr vorzustellen. Denn als „Weihnachtsgeschenk ganz besonderer Art" betrachten die 24- und 25jährigen des Jahrgangs 1969 die Bemühungen der Kreiswehrersatzämter, viele von ihnen noch in diesem Jahr zur Armee einzuziehen. „Die vom Kreiswehrersatzamt werden noch ihre Freude an uns haben! Das Jahr 1994 wird als ein Jahr der Fehleinberufungen in die Geschichte der Bundeswehr eingehen", versprachen die Demonstranten. Viele von ihnen stehen im Berufsleben, studieren oder haben bereits Familie.

Trotz der von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) angekündigten Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr auf 350.000 Mann sieht die Wehrbereichsverwaltung keinen Anlaß, auf die Einberufung zu verzichten. Der Abteilungsleiter für das Wehrersatzwesen, Reinöhl, sprach gegenüber der taz von Wehrgerechtigkeit und Gleichbehandlung der Wehrpflichtigen. Den Widerstand der jungen Männer gegen ihre nachträgliche Erfassung bezeichnete er als künstliche Aufregung. Schließlich, so Reinöhl weiter, müsse auch im übrigen Deutschland jeder bis zum 25. Lebensjahr mit einer Einberufung rechnen.

Schlimm genug, meinen die Betroffenen. „Wir werden an unseren Arbeitsplätzen gebraucht, nicht bei der Bundeswehr!" erzählte ein anonymer Wehrdienstgegner. Am Ende der einstündigen Demo fand eine Kundgebung auf dem Joachim-Friedrich-Platz statt. Der Berliner Kabarettist Martin Buchholz ermutigte die Wehrdienstverweigerer dazu, ihr Widerstandsrecht zu nutzen, bevor aus Widerstandsrecht wieder Standrecht werde. Eine Mutter eines von der Erfassung Betroffenen forderte den Verteidigungsminister auf, unverzüglich mit der Verfolgung und dem Mißbrauch der jungen Männer für überholte politische Zielsetzungen Schluß zu machen.

Die Kundgebung endete mit der öffentlichen Verbrennung von Musterungs- und Einberufungsbefehlen. Wie der Sprecher der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Christian Herz, sagte, sind bei der Aktion mehr als 1.500, größtenteils amtlich niedergelegte Schreiben der Bundeswehr vernichtet worden.

Peter Lerch

einzuschränken. *Sozialistischen Partei* (PSR). (12,8 Prozent

EVA FOREST, Links-Politikerin und Anti-Folter-Aktivistin aus dem spanischen Baskenland, im Interview:

„Wir hofften, die Demokratie bringt mehr Veränderungen"

Zeittafel

29.11.1945	Gründung der Volksrepublik Jugoslawien mit 6 Republiken (Serbien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro,Bosnien-Herzegowina, Slowenien) und 2 autonomen Gebieten (Wojwodina und Kosova)
1948	Bruch Stalin / Tito
4.5.1980	Tod Titos
1981	erste Unruhen in Kosova
1981-1987	Machtkampf in der serbischen KP führt 1987 zur Wahl von Milosevic (serbischer Nationalist) zum Präsidenten der serbiscchen Republik
1988	Prozeß gegen slowenische Journalisten führt zu massiven öffentlichen Protesten,Demonstrationen gegen Armee in Slowenien, Armee interveniert nicht
1989	
Januar	Generalstreik in Kosova
16.2.	Gründung der sozialdemokratischen Partei Sloweniens
Frühjahr	Protest in Slowenien gegen Ausnahmezustand in Kosova, auch unterstützt vom politischen Establishment,das aber in der Bundesversammlung in Belgrad dem Ausnahmezustand zugestimmt hat
28.3.	serbisches Parlament verabschiedet Verfassung zur Zentralisierung der Republik; Aufhebung der Autonomie Kosovas
16.6.	Verfassungsänderung in Slowenien, Recht auf Ausscheiden aus dem Staatenbund wird festgelegt Politik der Defensive gegen Hegemonial- und zentralistische Ambitionen, egal von welcher Seite;fühlen sich nicht für die Demokratisierng des ganzen Landes verantwortlich; Kosova-Problematik hat nur geringen Stellenwert
1990	
Januar	Slowenien und Kroatien fordern Mehrparteiensystem und losen Bund unabhängiger Staaten
Februar	Austritt von Kroatien und Slowenien aus BdKJ, Wirtschaftsblockade Serbiens gegen Slowenien
März	Slowenien erklärt seine wirtschaftliche Unabhängigkeit
April	Parlamentswahlen in Slowenien und Kroatien, bringen überall nationale Kräfte an die Macht
23. Dezem.	Volksentscheid in Slowenien, 88 % für Abtrennung von Jugoslawien

1991	
20. Februar	slowenisches Parlament [illegible] Auflösung Jugosl. vor; Verfassungsänderung : Landesrecht bricht Bundesrecht
18. März	serbischer Block im Staatspräsidium legt die Ämter nieder,d.h. das Staatspräsidium ist nicht mehr handlungsfähig, Ausnahmezustand wird von Armee und Staatspräsidium diskutiert EG plädiert für den Erhalt Jugoslawiens
19.Mai	95 % in Kroatien für Unabhängigkeit
20.Mai	Einstellung von US-Wirtschaftshilfe
31.Mai	EG für Einheit, winkt mit Kredit
25.Juni	Verkündung der Unabhängigkeit Sloweniens
27.Juni	Zusammenstöße von Bundestruppen und slowenischen Grenzposten
2. Juli	Flughafen von Ljubljana wird bombardiert
5. Juli	EG-Waffenembargo
8.Juli	Brioni-Abkommen, in dem eine dreimonatige Aussetzung der Unabhängigkeit und der Waffenstillstand vereinbart werden
18.Juli	Staatspräsidium beschließt Rückzug der JVA aus Slowenien, Unabhängigkeit im Gegensatz zu Kroatien akzeptiert
7.Septem.	Friedenskonferez der EG in Den Haag
26. Septem.	UN-Sicherheitsrat beschließt Waffenembargo gegen Jugoslawien
8.Okt.	Unabhängigkeit für Kroatien und Slowenien treten in Kraft
25.Okt.	letzte Bundestruppen verlassen Slowenien
23.Nov.	neue Verfassung in Slowenien
1992	
15.Jan.	EG erkennt die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an
April	Sturz von Peterle (Ministerpräsident)
22. Mai	UNO nimmt Bosnien, Kroatien und Slowenien als Mitglieder auf
30. Mai	Sanktionen gegen Serbien und Montenegro
28.Okt.	Vance und Owen
6.Dez.	Neuwahl des Parlaments: Verteilung : 23 % Liberale 14 % Christdemokraten 14 % Linksbündnis(Sozialdemokraten & Ex-Kommunisten) 18 % Rechtsextreme
1993	
Januar	Koalition des Historischen Kompromisses, d.h. Liberale + Christdemokraten + Linksbündnis

Die Na und! meldet sich zurück !?!

Die Na und! ist von nicht einmal einer handvoll Leuten initiiert und zum Schluß hat's nur noch eine Person gemacht.
Es gab die Idee in München ein Diskussionsforum für autonome/linksradikale Menschen zu machen, daß aber auch eine gewisse Kontinuirlichkeit und Aktualität besitzt. Das projekt ist im prinzip von der münchner Szene skeptisch und mißtrauisch beaügt worden. Aber nachdem es die "Na und!", die alle 2-wochen erschienen ist, schon ein paar Nummer gab, kamen vereinzelt sogar Artikel direkt an die Na und! und sogar zwei Tafeln Schokolade. Für uns zeitungsmacherInnen war aber das zeitungmachen ziemlich streßig.
1. hatten wir immer keine bis wenig kohle
2. Der vertrieb war schlecht und dadurch der bekanntsheitsgrad nicht gerade berauschend, außerdem war der vertrieb eine zusätzliche Belastung für uns Zeitungsmacherinnen.
3. Die Resonanz war mit der zeit doch nicht so groß.
4. Wir waren keine "richtige " Redaktion

Aber s gab auch positive Dinge
1. Nachdem die "Na und!" eingestellt wurde, fanden dies einige leute ziemlich schade und trauig
2. Es gibt jetzt mehr leute die eine Zeitung machen wollen.
3. Die Wichtigkeit eines Austausches durch eine zeitung wurde zumindest einigen bewußt

Ich wollte keine theoretische Abhandlung über das zeitungssterben der autonomen medien abhandeln, sondern über die Interim die info weiterzugeben, das uns sachen für die "Na und!" nicht mehr zugeschickt werden sollen, weil dies erfreulicher weise außerhalb münchens in letzter zeit ziemlich oft geschehen ist.

Im Moment sind gerade einige Leute am Anfang einer diskussion, die am Zeitungmachen interessiert sind, wie wir uns das Zeitungmachen vorstellen. Ich denke auf jeden fall, daß wir uns eher melden als bei der "Na und!", wenn aus München wieder eine autonome Zeitung gibt

Es geht voran
ein F.'chen

P.S.: Ich hoffe wenn das neue zeitungsprojekt, dann endlich mal ernsthafter von der Szene angenommen wird und das das neue zeitungsprojekt zur einer festen struktur innerhalb von München wird.
Nochwas: In einer der letzten Interim's gab es auch Artikel von der Stadtratte aus münchen. Im Prinzip müßte diese Kritik direkt an die Redaktion der stadtrattegehen, jedoch soll für menschen außerhalb Münchens kurz erklärt werden warum ich die Stadtratte nicht als ein Austauschmedium betrachte.

1. Eine Zeitlang kam die Stadtratte ziemlich unregelmäßig, hat sich aber zum Glück verändert.
2.Die Form ist langweilig und spricht mich nicht an, was eigentlich schade ist, da es ab und zu interessante Artikel gibt.
3. Es fehlt mir irgendwie die Vielfalt der texte und des layouts. Sprich es gibt zu viele theoretische Texte, es gibt wenig Texte einfach beim Frühstücken schnell zum Durchlesen (z.B: Volxsport). Wenn ich jetzt einen zuschicken würde, würde dieser in dieses einhetliche Computerlayout reingepresst. Nichts gegen Computer, aber Widertsand braucht Phantasie.
4. Mir ist bei der S. auch nicht klar, wenn sie ansprechen will, was sie sein will.

eine kleine nicht bis ins Detail durchdachte kritik

Was heißt INFOLADEN ?

Wir wollen mit dem Projekt Infoladen vielen Menschen einen von der herrschenden Meinung und von genormten Richtlinien grundsätzlich verschiedenen Lebensinhalt zugänglich machen. Es soll aber nicht dabei bleiben, nur eine Alternative zu stellen, sondern darüber hinaus Möglichkeiten und Ansätze bieten, diesen gesellschaftlichen Zwängen entgegenzutreten.
Diese entsprechen einem Mechanismus von Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung, dessen Aspekte - wie z.B. Rassismus, Frauenunterdrückung oder Ellenbogenmentalität - eng zusammenhängen.

Wir wollen mit diesem Zustand brechen. Brechen, damit ist gemeint, Lösungen suchen, Diskussionen führen und unterstützen, Alternativen aufzeigen und Widerstand wieder möglich machen, um dem erschreckenden Prozeß der Vereinzelung und Resignation Einhalt zu gebieten.
Dieser Versuch erstreckt sich von politischen / kulturellen Veranstaltungen über die Bereitstellung von Räumen für Arbeitsgruppen bis hin zu einem großen Angebot von Infomaterial (Archiv, Bücher, Broschüren).
Außerdem stehen für Euch, Fax Küche, Computer, Farben, Telefon, Kopierer . . . zur Verfügung.

Uns ist wichtig, diese Möglichkeiten eigenverantwortlich und selbstbestimmt gemeinsam zu gestalten, auch wenn zwischen uns Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Es existiert eine Ladengruppe, die sich alle 2 Wochen trifft.

Wochentermine

Sonntag : - nix -

Montag : -Büro von 16.30 - 18.30 Uhr.
-Stadtratte - Stadtzeitung für und gegen München. Kritisch -politisch - zu billig. Wir treffen uns jeden Montag um 20.00 Uhr, damit die Stadtratte alle sechs Wochen (meistens) erscheinen kann. Alle Leute die mitmachen, zuhören, oder Artikel abliefern wollen, sind herzlich eingeladen. Die autonome Frauenredaktion trifft sich am Mittwoch 20.00 Uhr in der Nümfe.

Dienstag: - Cafe. Antifaplenum mit Film: Diskussion, Austausch,aktuellen Infor mationen, ab 19.00 Uhr

Mittwoch: - Jeden *1. Mittwoch* im Monat um 20.00 Uhr findet das offene Ladenplenum statt - Eure Anregungen, Kritik, Verbesserungsvorschläge etc. sind erwünscht !!

Donnerst.: -17.00 - 21.00 Uhr Büro
- 17.00 - 19.00 Uhr Frauenkontakte
-19.00 - 21.00 Uhr EA ist da

Freitag: - nix -

Samstag: -Bunter Tag. Öffnungszeiten siehe aktuelle Termine. (Rückseite)
An diesem Tag sei Eurer Phantasie keine Grenze gesetzt. Vorschläge wären: Wunschfilm, Volxküche, Mitternachtscafe, Tauschmarkt und, und, und.

Infoangebot

Es gibt Infos zu:

- Kriegsdienstverweigerung -Patriarchat - Sexismus - Antifa - Guerilla & bewaffneter Kampf - Rassismus - Wohnungsnot - Häuserkampf - Anti-AKW-Bewegung - Tierschutz - staatliche Repression - polit. Gefangene - Männerbewegtes - linke Gesellschaftstheorien - Psychiatrie - Weltwirtschaft - Internationalismus -
. . . das alles und noch viel mehr . . .
Schaut doch einfach selbst !!





FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

31.12. 23.00 Uhr

AB MARCHSTR./EINSTEIN-UFER

U-Bhf. E.-Reuter-Pl./S-Bhf. Tiergarten

Mittwoch, 29.12

Fußball-Hallenturnier mit turkiyemspor,
17.00 Uhr, Weißenseer Weg.

Freitag, 24.12.

REV. KULTURFEIER IM KOB
Potsdamerstr. 157 in Schöneberg

Filme: "Die Buntkarierten"
(DEFA Spielfilm 1949, 35mm)
Geschichte einer Arbeiterfamilie in B
Berlin 1910-1945

"Panzerkreuzer Potemkin"
(UdSSR 1925 von S. Eisenstein)

mit PELLKARTOFFELN UND QUARK, WEIL DAS MACHT STARK
Genossen und Genossinnen, Freunde der revolutionären Kultur - ihr seid herzlich eingeladen
(nicht nur) ROT FRONT

Donnerstag, 06.01.

Kundgebung zum Räumungsprozeß Marchstr.
9.00 Uhr, Landgericht Berlin
Littenstr.

Dienstag, 04.01.

Film: "Das Seelenkartell"
Geheime Machenschaften einer Sekte.
Ein Film von Ulrike Bremer und Kamil Taylan über die Sekte "Universelles Leben".

im: **Clash, Uferstr. 13, 13357 Wedding**
(U-Bahn Pankstr. oder Nauener Platz)
Zeit: 21.00 Uhr

Antifaschistisches Kino im Clash
ab jetzt jeden Dienstag ab 21.00 Uhr !!!

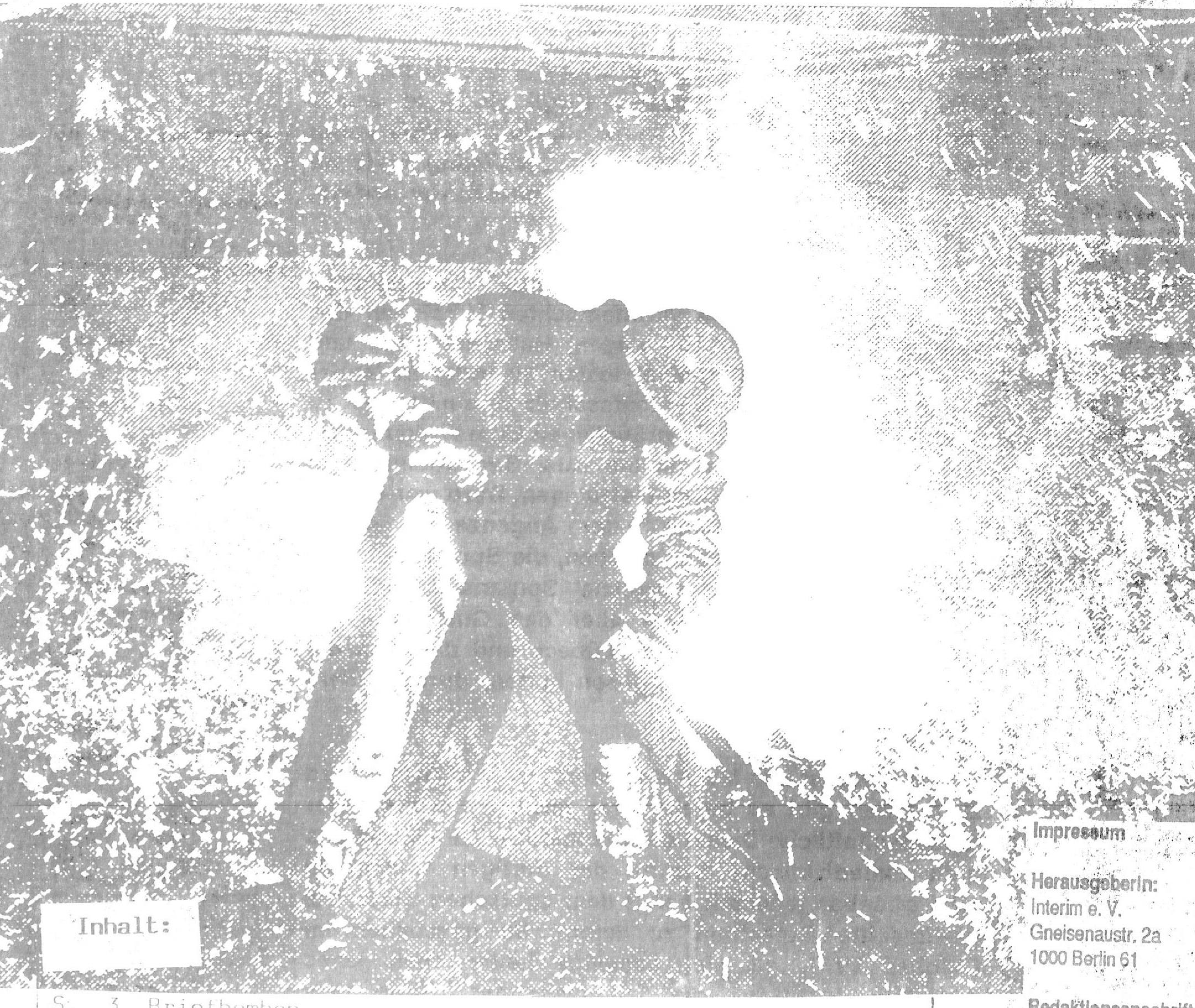
BETRIFFT : ♀ABEND IM EX

Ab Januar wird es den regelmäßigen monatlichen Frauenabend im EX nicht mehr geben.

Wir haben uns dazu entschieden, nachdem die letzten Monate einmal mehr gezeigt haben, daß der Abend so kaum mehr genutzt wird, trotz verstärkter Werbung und diverser Aufrufe. Wir können es als Thresenfrauen nicht leisten, einmal im Monat eine Veranstaltung oder ähnliches zu organisieren, und offensichtlich wird das Ex als reiner Kneipentreffpunkt für Frauen nicht gebraucht.

Klar ist, daß die Kneipe weiterhin bei Bedarf als Frauenraum zur Verfügung steht für Partys, Veranstaltungen uä. Und außerdem gibts in absehbarer Zeit nochmal ne ♀HCMETALHIPHOP-Party, weil die letzte so superNETT war ! A lot of thanksnoch mal an all jene Frauen, die sich im letzten halben Jahr mit uns bemüht haben, den ♀Abend zu retten.

......und trotzdemaußerdem+gerade: keep kicking ! Die EX♀EN



Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Diesmal findet ihr sämtliche Papiere, die sonst im Ordner gelandet wären, auf S. 33. Wir haben sie superverkleinert, dabei aber auf SuperQualität geachtet. Was euch interessiert also einfach hochkopieren.
Zusätzlich kommen die Schriften noch in den Ordner.

Ordnerinhalt:

- Anti-Racist-Aktion, Toronto, Canada
- Interview mit Eva Forrest, Baskenland
- Zeittafel zum Thema Slowenien
- Infoladen München
- Mitteilung von "Na und!", München
- taz- Ausschnitt zur Demo gegen Einberufungen

Wolfgang Grams wurde ermordet!

Am 27.6.1993 wurde Wolfgang Grams in Bad Kleinen von GSG 9 Beamten erschossen. Birgit Hogefeld wurde verhaftet und sitzt seitdem in Isolationshaft; beide waren seit Jahren in der RAF organisiert. Wolfgang starb an zwei Nahschüssen, der eine in den Bauch, der andere, aus nächster Nähe, in den Kopf.

Direkt danach erfolgte eine einzigartige Vernebelungstaktik: die veröffentlichten Versionen des Tathergangs, gespickt mit Lügen, Halbwahrheiten und manchmal auch Wahrheiten, lösten einander in immer schnellerer Folge ab. Der Staatsschutz versuchte Zeit zu gewinnen, um nach einer gründlichen Übersättigung der Öffentlichkeit mit Neuigkeiten aus Bad Kleinen die rechtsverbindliche Version festzulegen. Dazu war es u.a. notwendig, die Aussage einer Augenzeugin [siehe Kasten] unglaubwürdig zu machen, die Spuren auf dem Bahnhof durch die eingesetzte Spurensicherung zu verwischen und vor allem aber das Gutachten des rechtsmedizinischen Instituts Lübeck und das, das die Angehörigen in Auftrag gegeben hatten, durch andere Gutachten zu ersetzen.

In dieser Kunst aus Mord bzw. Mordverdacht Selbstmord zu machen gibt es bereits eine gewisse Tradition: der wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich und das gerichtsmedizinische Institut der dortigen Universität sind offenbar jederzeit bereit dem deutschen Staat das gewünschte Gutachten zu liefern. So geschehen im Oktober 1977, als der damalige Leiter eben jenes Züricher Instituts die Stammheimer Tode als Selbstmorde begutachtete. Seitdem wird diese Version gerichtlich und polizeilich durchgesetzt. Und jetzt soll auch Wolfgang Grams sich selbst erschossen haben - gegenteilige Behauptungen werden kriminalisiert. So wurden z.B. gegen einige Leute aus Wilhelmshaven wegen einer Plakataktion und gegen sechs Leute aus Köln wegen eines Transparentes, jeweils zur Ermordung von Wolfgang Grams, 129a-Verfahren (Werbung für eine terroristische Vereinigung) eingeleitet.

"Wolfgang hat für ein menschenwürdiges Leben gekämpft und gegen die Verbrechen des Imperialismus" (aus der Gedenktafel, die am 11.Juli 1993 im Bahnhof von Bad Kleinen angebracht worden ist), deshalb wurde er ermordet. Das Gutachten der Stadtpolizei Zürich kann uns nicht täuschen!

Glaubt den Lügen der Mörder nicht!

Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse zu Bad Kleinen!
Sofortige Aufhebung der Isolationshaft von Birgit Hogefeld!
Einstellung aller § 129a - Verfahren!
Freilassung aller politischen Gefangenen!

Glaubt den Lügen der Mörder nicht!